

Offener Brief

an den Landeshauptmann und an den Landesrat für Schule und Kultur

Die harten Angriffe der Jungen Generation in der SVP und der „Dolomiten“ auf die Südtiroler Hochschülerschaft, weil diese sich mit einer Delegation der KPI, die im Februar dieses Jahres unser Land zu einem Studienaufenthalt besucht hatte, zu treffen wagte, haben eine Problematik (wiederum) aufgezeigt, die über den engeren Rahmen der Beziehungen SH - JG - Dolomiten hinausgeht und daher die Art berührt, mit der in letzter Zeit in unserem Lande mit den kulturellen und politischen Minderheiten, mit andersdenkenden Kreisen und Persönlichkeiten, verfahren wird. Die Tatsache, daß Südtirol in ein Presse- und Kulturmonopol eingeschlossen ist, hat der Intoleranz, der Verleumdung und der Strategie der Unterstellungen eine für die demokratischen Länder Europas einzigartige Dimension der „Straffreiheit“, den Vorteil der Widerspruchslosigkeit gebracht. Die antikommunistischen Kreuzzüge, die seit bald zwei Jahren ununterbrochen über unser Land rollen, haben eine Polarisierung geschaffen, die keine Zwischenpositionen, keine Vermittlung mehr zulassen. Das Klima des Kalten Krieges hat hier zur Folge, was ganz Europa noch vor Jahren so verhängnisvoll zu spüren bekam: man ist entweder auf der einen oder auf der anderen Seite. Was dazwischen liegt, wird zerrieben. Wer sich nicht vor den Karren des Antikommunismus spannen läßt und darin aufgeht, wird notgedrungen zu den Kommunisten gezählt — es sei denn, er schweigt vollkommen und stellt fest, daß es für ihn keine kulturelle Rolle mehr gibt. Die innere oder äußere Emigration scheint die einzige Alter-

native zu sein. Wie verhängnisvoll eine derartige kulturelle und politische Polarisierung für die Freiheit der Meinungsäußerung, der künstlerischen Gestaltung, des gesellschaftlichen Engagements sein kann, muß Südtirol in dieser Zeit erfahren. Wer nicht mit jenen ist, die bei uns Politik und Presse beherrschen, ist gegen sie: tertium non datur! Wer nicht mit ihnen ist, wird ohne Zögern zum Kommunisten oder zum „Wegbereiter für den Kommunismus“ gestempelt, ohne daß eine Möglichkeit der Rechtfertigung, der Verteidigung, der Erklärung auch nur irgendwie in einem annehmbaren Verhältnis zu Form und Heftigkeit des Angriffes (und nicht selten der Verleumdung) bestünde. Und wer dann einmal das Zeichen des Kommunisten trägt, ist erledigt. Diese unerhörte Vereinfachung (und Einengung) der kulturellen Auseinandersetzung läßt die Tendenz zur kulturellen Gleichschaltung erkennen, die ihre bedenklichen Folgen bereits mehr als deutlich zeigt und jede Form des Dissenses trifft. Wer den Dissens im eigenen Lande nicht duldet, ist wohl nicht legitimiert, sich mit der berechtigten Forderung der Meinungsfreiheit in anderen Ländern ein Feigenblatt zu verschaffen. Daran ändert auch die unterschiedliche Intensität der Einengung der politischen und kulturellen Freiheit, die hierzulande und in jenen anderen Ländern herrscht, nichts.

Für den Vorstand der Südtiroler Hochschülerschaft:

Der Vorsitzende
Günther Pallaver

Mitarbeiter an dieser Nummer:

- Guido DENICOLO'
39020 Schluderns, Glurnser Straße 21
- Richard GASSER
39050 St. Pauls, Feldweg 13
- Robert HOCHGRUBER
39030 Luttach/Ahrntal Nr. 44
- Nobert C. KASER
39031 Bruneck, Romstraße 4
- Gottfried MASONER
39042 Brixen, Spaurstraße 5
- Klaus MENAPACE
39040 Tramin, Rathausplatz 6
- Renate MUMELTER
39100 Bozen, Dr.-Streiter-Gasse 10
- Siegfried NITZ
39100 Bozen, Roenstraße 55
- Günther PALLAVER
39051 Branzoll, Schwarzadlerstraße 7
- Wolfgang RAFFEINER
39057 Eppan, Maria-Rast-Weg
- Helmuth SCHUSTER
39100 Bozen, Rentscher Straße 22-A
- Arno TEUTSCH
39055 Leifers, Dantestraße 19
- Pepi TINKHAUSER
39031 Bruneck, Tennisweg 3
- Markus VALLAZZA
A-5020 Salzburg, Arenbergstraße 1
- Gunther WAIBL
39031 Bruneck, Alpinstraße 6

INHALT

- 1 Klaus Menapace: Zur kulturellen Situation in Südtirol
- 4 SKOLAST-Gespräch: Kultur und Kulturarbeit in Südtirol
- 8 Gottfried Masoner: Südtiroler Laien musizieren und singen
- 10 Siegfried Nitz: Zweisprachigkeit in Südtirol
- 13 Markus Vallazza: Kastrierte Kultur?
- 14 Wolfgang Raffener: Kultur und Information
- 15 Redaktion: Wer durch Schweigen redet
- 17 N.O.: Forumdiskussion im Waltherhaus
- 18 R.M.: Eine Bürgerinitiative in Südtirol
- 19 Arno Teutsch: Klassenbewegung und Autonomie
- 20 Guido Denicolò: Klassenkampf oder Autonomie?
- 24 Richard Gasser: SH-Statistik
N.C. Kaser: Das Fingerspitzengefühl
- 27 ASM fordert Richtigstellung
- 28 Robert Hochgruber: Antwort an Pallaver
Helmuth Schuster: Neuerlich entlarvt?
- 29 Günther Pallaver: Duplik an die Kollegen Hochgruber und Schuster
Pepi Tinkhauser: Benachteiligte Redakteure
- 30 Gunther Waibl: Buchbesprechung: Die Opfer des Tiroler Widerstandes
Wolfgang Raffener: Leserbrief
- 31 Promotionen

Die Spalte der Pressereferenten

„Kultur und Kulturarbeit in Südtirol“: mit diesem Rahmenthema präsentieren wir die dritte Nummer des SKOLAST. Als Titelfeld haben wir den Text des „Offenen Briefes“ des SH-Vorstandes an den Landeshauptmann und an den Landesrat für Schule und Kultur abgedruckt. Dies ist kein Zufall. Nein. Die in diesem Appell aufgezeigte Problematik spielt gerade auch in den Problemkreis, den wir als Thema für diese SKOLAST-Ausgabe ausgewählt haben, sehr weit herein. Der „Offene Brief“ ist also als Beitrag zum Thema zu verstehen. Es ist bekannt, daß er auch von 83 maßgeblichen Persönlichkeiten unterzeichnet worden ist; die Unterschriften sind im Innenteil zu finden. Die italienische und ausländische deutschsprachige Presse hat diese Initiative der SH mit sehr viel Aufmerksamkeit bedacht und in manchen Fällen eingehend behandelt. Auch in Südtirol konnte der „Offene Brief“ —, trotz des schamhaften Verschweigens durch die „Dolomiten“ —, einem großen Teil der Bevölkerung mitgeteilt werden.

Zum Rahmenthema dieser Nummer haben Menapace und von Hartungen ein Rundgespräch mit Hans Wielander, Luis Walter und Franz Pichler geführt, das wir abdrucken. Weiters sind uns Beiträge von Siegfried Nitz, Gottfried Masoner, Wolfgang Raffener und Klaus Menapace zugegangen. In dieser Nummer ist schließlich auch die „mit Spannung erwartete“ SH-Statistik zu finden. Auf eine besondere Auswertung und Bewertung haben wir verzichtet: sie seien Sache eines jeden einzelnen.

Die Diskussion zum Thema „Autonomie und Arbeiterbewegung“ wird ebenfalls mit zwei Beiträgen weitergeführt. Sie war bekanntlich mit einem Artikel von Arno Teutsch (Nr. 1) begonnen und dann durch einen Beitrag von Romano Viola (Nr. 2) fortgesetzt worden. Für die nächste Nummer haben wir uns bereits Beiträge von Otto Saurer und Siegfried Stuffer sichern können.

Und nun noch schnell zum Thema der nächsten Nummer. Es wird heißen: „Frau sein in Südtirol“. Wir hoffen, damit beizutragen, die Realität der Frau in unserem Lande endlich zur Sprache zu bringen und aus den üblichen ideologischen Floskeln herauszureißen. Beiträge von Einzelpersonen und Basisgruppen, von Männern und Frauen sind bei dieser Arbeit herzlichst willkommen! Redaktionsschluß: 1. September 1978.

Klaus Menapace
Guido Denicolò

Kultur und Kulturarbeit in Südtirol

Klaus Menapace

Zur kulturellen Situation in Südtirol

Dieser Aufsatz beansprucht keine Vollständigkeit, kann sie auch gar nicht beanspruchen. Der Themenkomplex Kultur ist zu verzweigt und vielschichtig, um hier mehr als Andeutungen, Fragen und Überlegungen dazu wiederzugeben. So soll auch dieser Aufsatz unter dem Gesichtspunkt gelesen werden, Anregungen zu geben, sich mit diesem Problemkreis auseinanderzusetzen und sich eigene Meinungen dazu zu bilden.

Voraussetzungen

Der Begriff Kultur bleibt abstrakt und unberechenbar, wenn er sich nicht aus dem historisch-politisch-sozialen Kontext definieren und sich konkret in die jeweiligen Verhältnisse einordnen läßt. So ist auch die kulturelle Situation in Südtirol von bestimmten Bedingungen und Entwicklungen, aus denen ihr Charakter und ihre Bedeutung resultiert, abhängig. Die Kultur in Südtirol ist ihrer wesentlichen Funktion nach eine Volkskultur (vgl. den ausgezeichneten Artikel von P. Tinkhauser „Volkskultur in Südtirol“ in Skolast 77/2). Diese Restriktion und Schwerpunktssetzung wird durch zwei Konstanten bedingt. Die erste grundlegende Bedingung für die Entwicklung der kulturellen Situation in Südtirol hat ihren Ausgangspunkt in der ökonomischen Situation. Südtirol ist ein Land mit vorwiegend agrarwirtschaftlicher Struktur, bedingt durch seine geographisch-geologischen Gegebenheiten. Unsere kulturelle Tradition ist in einem bäuerlich-ländlichen Bereich entstanden und hat typische Formen für solche Arten von Gemeinschaften entwickelt.

Der zweite wesentliche Ausgangspunkt ergibt sich aus der spezifischen historisch-politischen Entwicklung, durch die Südtirol zu einem sprachlichen und kulturellen Randgebiet geworden ist. Abgesehen von den Gefahren, Chancen usw., auf die später noch eingegangen wird, bewirkt diese Situation folgendes Phänomen: In der politischen Auseinandersetzung wird, extrem vereinfachend ausgedrückt, der Volkstumsbegriff als Ausdruck des Kampfes um eine als bedroht empfundene sprachlich-kulturell-geistige Einheit dominant. Von dieser Entwicklung dialektisch betroffen und gleichzeitig auf sie einwirkend ist die kulturelle Situation. Diese beiden Voraussetzungen ergeben somit die Tradition, aus der sich die Kultur in Südtirol entwickelt hat: es ist eine stark be-

lebte Volkskultur mit vorwiegend ländlich-bäuerlicher Ausrichtung.

Politisch-soziale Entwicklung und Instrumentalisierung von Kultur

„Für Südtirol war die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg eine Zeit der Restauration. Die Wunden, die der italienische Faschismus geschlagen hatte, wollte man durch ein Zurückdrehen der Zeit heilen, durch ein Anknüpfen an das, was vorher gewesen war. Zerbrochene kulturelle Identität sollte wiederhergestellt werden durch restaurierte Tradition... Dazu kam, daß eine politische Aufwertung der Tradition dazu benutzt werden konnte, die eigene Machtposition auszubauen und die Aufmerksamkeit von anderen Gegenwartspunkten abzuziehen.“ (Tinkhauser). So wurde eine kontinuierliche Entwicklung und eine Auseinandersetzung mit der Gegenwart verhindert.

über genannten Probleme politisch instrumentalisiert. Einer der Hauptträger dieser Instrumentalisierung ist dabei die offizielle Kultur- und Bildungspolitik, deren Ziele und Inhalte im wesentlichen deckungsgleich mit der derzeit herrschenden politischen Auseinandersetzung in Südtirol sind.

Auf diese die kulturelle Situation in Südtirol maßgeblich beeinflussenden Konstanten wird noch einzeln eingegangen. Die Instrumentalisierung von Kultur führt zu weiteren untragbaren Situationen, die hier nur stichwortartig angeleitet werden können: Einschränkung von Kreativität und Spontaneität, Erschwerung der kulturellen Identitätsfindung, Verhinderung von Auseinandersetzung mit gegenwärtigen Problemen, Abdrängen und Totschweigen von Kritik und Alternativen (siehe Südtiroler Kulturzentrum oder Abwanderung von Künstlern).

Bildungsdefizit

Zu den wichtigsten Faktoren der kulturellen und bildungspolitischen Situation eines Volkes gehört die Sprache. Sprache ist überhaupt die Voraussetzung für eine Kultur und die sprachli-

Dank und neue Bitte!

Der Aufruf der Redaktion und des Finanzreferenten zur Unterstützung des SKOLAST hat ein erfreuliches Echo gefunden. Wir danken allen jenen, die bisher mit ihrem freundlichen Beitrag unserer Zeitschrift und ihrer Sache geholfen haben.

Aber es hat noch nicht gereicht!

Wir wiederholen unseren Appell an jene Personen, Leser und Freunde, die glauben, daß unser SKOLAST eine nützliche Rolle spielt. Die Kontokorrentnummer bei der Post lautet: 14/117. Das Bankkonto: 114.000 Südtiroler Landes Sparkasse, Bozen, Stadtgater 1.

Der Vorstand des SR

Die von politischen Zweckmäßigkeiten bestimmte Aufwertung von Tradition ist eine der Konstanten, mit denen versucht wird, die eigene Machtposition zu zementieren. Zwei weitere Konstanten, die die offizielle politische Auseinandersetzung in Südtirol wesentlich bestimmen, sind für eine Analyse der kulturellen Situation bedeutsam: die starke ethnische Trennung und die Privatisierung der offiziellen kultur- und bildungspolitischen Initiativen. Sie zeigen die politische Bedeutung dieser Initiativen, ihre Verwendung im Versuch, durch Rahmung der politischen Themenkreise auf Fragen des Volkstumskampfes die verschiedensten Probleme wie soziale Gegensätze, Intransparenz der Entscheidungsstrukturen, Interessensverletzung der Arbeitnehmer, usw. aus der Diskussion auszuklamorn. Die Manifestation der ethnischen Rolle wird als Surrogat- und Ablenkungsfunktion für die

che Bildung ein ziemlich sicheres Gradmesser für den kulturellen Stand eines Landes. Südtirol ist durch die politisch-historische Entwicklung der letzten Jahrzehnte zu einem sprachlichen und kulturellen Randgebiet geworden. Diese Situation bringt eigene Gefahren und Chancen. Über die Gefahren, die die Nähe des italienischen Sprachraums mit sich bringt, ist schon anderswo genug geschrieben worden. Die Gefahren, die das eigene Verhältnis zur Sprache in Südtirol mit sich bringt, werden unter dem Tisch gekehrt. Allzu einfach werden eigene Versäumnisse von dreißig Jahren mit dem Hinweis auf den gewiß unübersehbaren Schaden, den der Faschismus gebracht hat, verdrängt.

Die Situation an Südtirols Schulen ist nach wie vor sehr beunruhigend. (vgl. zum Problemkreis Bildung den Artikel von Seidl/Erugger/Kückels-Strangl: „Die Verdrängung sozialer Pro-

blembereiche als Folge einer erstarrten Volkstumspolitik: Südtirol seit dem "Paket", in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 77/2). Gezielte Maßnahmen, die nicht nur die Symptome, sondern auch die Wurzeln des Bildungsdefizites beseitigen könnten, werden allerdings nicht oder nur kaum unternommen. Es gibt kein eigenes Landestheater, die Untersuchung von Brenner-Knoll in Skolast 77/1 über das Bibliothekswesen in Südtirol deckt katastrophale Mängel auf. Die volkstumspolitischen Lippenbekenntnisse zur Erhaltung von Sprache und Kultur muten geradezu grotesk an, wenn man bedenkt, daß im Trentino für das Bücherwesen im Jahre 1976 600 Millionen ausgegeben wurden, in Südtirol ganze 84 Millionen. Eine im Hinblick auf die Privatisierung bemerkenswerte Tatsache ist, daß von den insgesamt 299 Leihbüchereien der deutschen und ladinischen Volksgruppe 266 von der katholischen Kirche geführt worden. Ein weiteres Zahlenbeispiel: für die Tessmann-Bibliothek, die faktisch eine in Südtirol fehlende Landesbibliothek ersetzt, wurden im Jahre 1977 35 Millionen ausgegeben, für die Musikerziehungskurse im gleichen Jahr aber 280 Millionen. Die Relation spricht für sich. Ein pädagogisches Institut, das die Ausbildung des Lehrpersonals für Südtirol verbessern und den spezifischen Bedürfnissen und Verhältnissen adäquat gestalten soll, ist immer noch im Planungs- bzw. Aufbau stadium und natürlich, wie in Südtirol generell üblich, von privater Natur. Es fehlen eigene Forschungsstätten, die spezielle Problematiken aufarbeiten und es fehlt nicht zuletzt eben eine Universität, die die spezifischen Besonderheiten erforscht, aufarbeitet und neue kulturelle und geistige Anregungen, Auseinandersetzungen und Alternativen nach Südtirol hereinbringt.

Eine kurze Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang auch die Medienlandschaft, vor allem der Empfang von ausländischen Sendern. Das Pressemonopol, das die „Dolomiten“, die einzige deutschsprachige Tageszeitung Südtirols, innehat, ist hinlänglich bekannt, deren politische Ausrichtung ebenfalls. Bemerkenswert allerdings sind die Fernseh- und Radioprogramme, die aus dem deutschsprachigen Ausland bezogen werden können. Das ZDF mit sicherer CDU-Mehrheit wird dem weitaus kritischerem ARD vorgezogen, ebenso wurde der informativere und anspruchsvollere ORF 2 dem ORF 1 vorgezogen. Eine ähnliche Tendenz, Kritik und Alternativen, aber auch Qualität und Information aus der Südtiroler Medienlandschaft entfernt zu halten, zeigt sich an der Auswahl des Empfanges der österreichischen Radiostationen, wo zwar Ö Regional (ein verbesserter Bozener Sender) und Ö 3 empfangen werden können, nicht aber der qualitativere Ö 1. Diese Aufzählung bleibt notwendig oberflächlich, schematisch und ergänzungsbedürftig. Eine weitere, diesen Rahmen

sprengende Analyse erscheint mir jedoch notwendig.

Kulturelle Erstarrung

Der Verlust von Heimat, die Unterdrückung von Minderheiten, der Versuch ihrer Assimilation ermöglichen erst ein besonders ausgeprägtes Bewußtsein von Volk und Heimat. „Heimatbewußtsein prägt sich erst im konservativen oder restaurativen Kampf um die Erhaltung von Heimat aus, das heißt in einem Moment, in dem sich der Verlust der Geborgenheit in ihr abzeichnet... Die durch das faschistische Trauma und die auch noch nach dem Krieg bestehenden Ungerechtigkeiten bedingte Abwehrhaltung gegenüber den Italienern führte unter anderem zu einem völlig restaurativen Heimatbewußtsein, zu einer konservativen Kulturpolitik, die auf eine ziemlich einseitige Erhaltung und Förderung von Brauchtum ausgerichtet ist“ (Tinkhauser). Zerbrochene kulturelle Identität sollte wiedergestellt werden durch restaurierte Tradition. Die Beschäftigung mit Kultur wurde zur Beschäftigung mit der Historie. Dieser Rückzug ins Historische, in die erstarrte Tradition hatte für die Entwicklung der Kultur in Südtirol verhängnisvolle Folgen. Diese restaurative Kulturpolitik verhinderte eine Reflexion der neuen Situation, der neuen Gegebenheiten und Probleme. Die wirtschaftliche und soziale Struktur Südtirols hat sich entschieden verändert durch den Einbruch neuer Phänomene, von denen hier nur Fremdenverkehr und Industrie stellvertretend zitiert werden. Nun sollte Kultur, will sie ihren Anspruch erfüllen, kritische Auseinandersetzung mit solchen Prozessen wie auch Initiator neuer Entwicklungen zu sein, das heißt die Berechtigung von Kultur manifestiert sich als Auseinandersetzung mit der Gegenwart. Diesen Anspruch aber kann die Kultur Südtirols kaum mehr erfüllen. Die Tradition hat sich selbstständig, ihre Formen und Inhalte haben sich in den letzten Jahrzehnten praktisch nicht mehr weiterentwickelt. Statt sich mit neuen Problemen auseinanderzusetzen, wurde die Kultur ideologisch filtriert und auf eine Restauration beschränkt. Es ist bezeichnend, daß die sogenannten besten Kulturerzeugnisse der Volkskunde sich vorwiegend mit Altem beschäftigen, dessen Konservierung scheint ihr oberstes und einziges Gebot. Die Beschränkung der Volkskultur auf historisch gewordene Formen und Inhalte höhlt ihre Existenzberechtigung praktisch aus. Es ist augenscheinlich, daß die Kulturpolitik in Südtirol die Entwicklung der letzten Jahrzehnte bewußt nicht mehr mitvollzogen hat. Das eindrucksvollste Beispiel, wie Kultur zur Tradition erstarrt und diese Tradition politisch instrumentalisiert wird, sind die Schützen. Obwohl es weder aus Zielen und Aufgaben, noch aus den tatsächlichen Aktivitäten ersichtlich wird, daß eine

Berechtigung als kultureller Verein vorliegt (der Anachronismus des Schützenwesens überhaupt ist eine andere Frage), werden die Schützen immer wieder als Kulturträger ersten Ranges für Südtirol hingestellt, eine Behauptung, die sich wohl schwerlich belegen läßt. Vielmehr ist dies ein Ausdruck, wie die sogenannte offizielle Kultur in die derzeit in Südtirol herrschende Politik integriert wird, als eminent politischer Ausdruck einer bestimmten, von präzisen Erwägungen determinierten Art von Volkstumskampf.

Bedingt durch diese Instrumentalisierung von Tradition hat die Kultur in Südtirol ihren Zusammenhang mit sozialen Faktoren längst verloren, sie erscheint beziehungslos und als „schöner Schein“ (wie es übrigens die Literaturbeilagen in den „Dolomiten“ auf erheiternde Weise beweisen).

Einige Eindrücke: Erst kürzlich fand in Bozen die Preisverteilung eines literarischen Wettbewerbs des Arbeitskreises Literatur im Südtiroler Künstlerbund mit anschließender Lesung der Preisträger statt. Es ist bezeichnend, daß der überwiegende Großteil der Gedichte und Prosastücke in keiner Weise auf die eigene Situation oder auf die spezifische Situation der eigenen Umwelt, Tradition, Problematiken, Verhältnisse usw. einging und daß niemand eigene formale Techniken und Mittel einsetzte. Einer solchen Erstarrung in nicht mehr die Gegenwart miteinbeziehende Formen und Inhalte wird aber sogar noch der absolute Vorrang gegeben, indem man Vorzüge wie „zeitlose Prosa“ usw. preist. Auch die Bände z. B. der Werkreihe Literatur im Athesia-Verlag sind größtenteils nur in beschränktem Ausmaß Auseinandersetzung mit den angeführten Faktoren, das heißt ihre Auseinandersetzung definiert sich größtenteils in einer bestimmten statischen Form des Begriffs Heimat im Sinne einer Naturlandschaft, die auch ihrerseits ahistorisch und überzeitlich wirkt.

Die gleiche gegenwarts- und gesellschaftsabgewandte Daseinsweise von Kultur zeigt sich, allerdings auf eine noch mehr zu Pessimismus stimmende Art und Weise, in den Produktionen für die breite bäuerlich-ländliche Schicht der Bevölkerung Südtirols. (Man muß sich nur einmal das Niveau der Bühnenstücke der Volksbühnen und im Fernsehprogramm vor Augen führen!)

Die Problematiken und insbesondere die Widersprüche einer solchen Art von Kulturauffassung zeigten sich in beeindruckender Weise in der Diskussion um das Theaterstück „Niemandesland“ von Ebensberger, die, abgesehen von der inhaltlichen Aussage des Stückes, in aller Deutlichkeit die Frage nach Sinn und Zweck von Kulturproduktion stellte.

Die Bilanz ist insgesamt allerdings alles andere als ermutigend. Die Kulturformen werden auf bestimmte Brauchtumsformen reduziert, auch die-

se aber haben eine Weiterentwicklung und Auseinandersetzung mit der Gegenwart längst aufgegeben und obwohl immer wieder von lebendigem und volksverbundenem Brauchtum gesprochen wird, ist Brauchtum und Tradition zur inhaltsleeren Fremdenverkehrsattraktion und belustigenden Unterhaltung degeneriert.

Ethnische Trennung

Mehrere Untersuchungen (Bildungsforschung in Südtirol, Schriftenreihe des Assessorats für Kultur, Heft 12, Bozen 1976, und andere) haben ergeben, daß „bei einem Großteil beider in Südtirol lebenden Volksgruppen ein großes Ausmaß an Offenheit, an Bereitschaft zum Erlernen der anderen Sprache und an Interesse für die Medien und die Kultur der anderen Gruppe festzustellen ist. Dieser Offenheit stehen jedoch institutionelle Strukturen gegenüber, die durch einen politischen Prozeß zustande gekommen und durch informelle zwischenmenschliche Beziehungen allein nicht aus der Welt zu schaffen sind. Diese institutionellen Strukturen stammen jedoch aus einer Zeit, in der die Verteidigung von Volkstumsinteressen das primäre politische Ziel der deutschen Sprachgruppe war. Beispielsweise sind die Strukturen des gesamten Bildungswesens in Südtirol auf dem Prinzip der strikten Trennung zwischen deutschsprachigen und italienischsprachigen Schülern aufgebaut. Dieses Prinzip war von der deutschen Gruppe als Abwehrmaßnahme gegen italienische Assimilationsbestrebungen politisch durchgesetzt worden“ (Seidl/Brugger/Köckeis).

Diese Institutionalisierung wäre nun nach Erreichen der Sicherheiten für das Überleben der deutschen Volksgruppe in ihrer Eigenart durch das Paket obsolet geworden, im Gegenteil, Südtirol besäße als nunmehr ethnisch geschütztes sprachlich-kulturelles Randgebiet die einzigartige Möglichkeit der Grenzüberschreitung, sich Ausdruck und Wesenszüge zweier Sprachen und Kulturen zu erwerben, eine unschätzbare Bereicherung auf kulturellem und geistigem Gebiet zu erfahren, sich die Fähigkeit eines entsprechenden Verhaltens in unterschiedlichen Kontexten anzueignen, die Chancen zur Entfaltung der eigenen Persönlichkeit merklich zu erweitern.

Dennoch werden diese Möglichkeiten durch die herrschende politische Situation in Südtirol äußerst erschwert, wenn nicht verhindert. Die starre ethnische Trennung, in Zeiten der manifesten Bedrohung der Volksgruppe verständlich, wird auch heute, unter geänderten Vorzeichen, fortgesetzt. Die Landesräte für Kultur arbeiten getrennt, die gegenseitige Aufnahme von und Bereicherung durch die verschiedenen sprachigen kulturellen Veranstaltungen wird durch verschiedene Methoden (Angriff auf führende kulturelle Unternehmungen, Fotschweigen von Initiativen in der Presse, usw.) verhindert. Ein Kuriosum am Rande: die

Apartheidpolitik setzt sich neuerdings sogar bis in den Sportbereich durch.

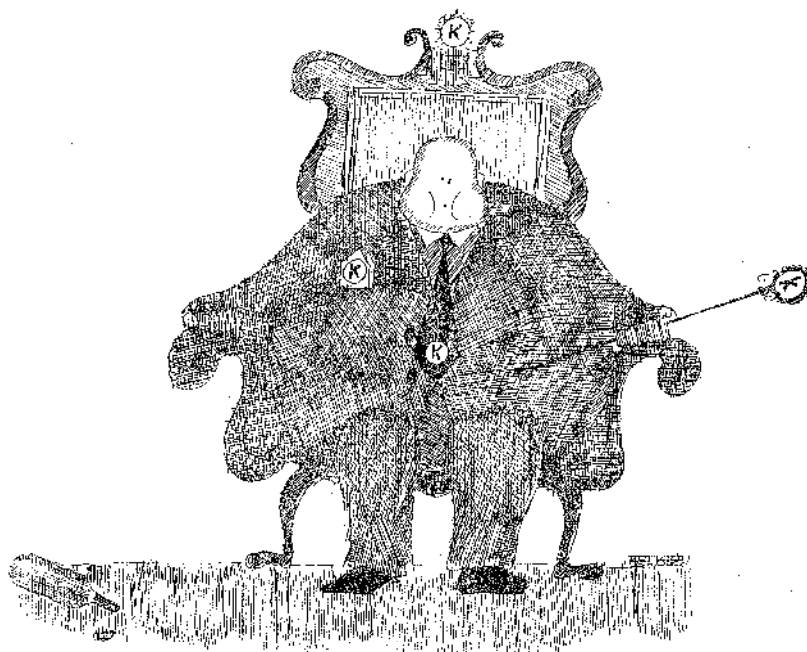
Außer den nicht genutzten Chancen, die oben angeführt wurden, bewirkt die ethnische Trennung (die somit auch hier notgedrungen eine Erstarrung mit sich bringt), im Zusammenhang mit der mangelnden Anregung aus dem deutschsprachigen Ausland, ein weiteres Phänomen, nämlich die Abwanderung eines Großteils der Südtiroler Avantgarde ins Ausland oder in den italienischen Kulturraum, die dann, eben auf Grund der ethnischen Undurchlässigkeit, der deutschsprachigen Bevölkerung Südtirols verlorengeht.

Privatisierung

„In der Zeit der Bedrohung der zentralen Interessen der deutschsprachigen Bevölkerung in Südtirol war es notwendig, viele Initiativen, die anson-

der Bundesländer, darunter an erster Stelle das Land Tirol, direkte und indirekte finanzielle Hilfe wird auch aus Bayern und einigen anderen deutschen Bundesländern geleistet. Weiters sind auch private Vereine wie zum Beispiel die „Stille Hilfe für Südtirol“ und das „Kulturwerk für Südtirol“ in der BRD mit erheblichen Mitteln am Aufbau kultureller Einrichtungen in Südtirol beteiligt gewesen und noch beteiligt.“

Die ausländischen Gelder machen Südtirol von den idyllischen Konzepten der Geldgeber und der Personen abhängig, die die Verteilung der Mittel in der Hand haben. So wird eine große Summe von Geldern für Musikkapellen, Schützenvereine und Kulturbäuser ausgegeben, durch die die traditionelle Kultur einer bäuerlichen Gesellschaft aufrechterhalten wird, während andere Projekte, etwa solche zum Ab-



Kulturbonze

sten in das Aufgabengebiet der öffentlichen Hand fallen, privaten Institutionen zu übergeben. Dies hatte die Nebenwirkung, daß wichtige Einrichtungen, die für die Südtiroler Bevölkerung geschaffen wurden, nur in einem geringen Ausmaß der öffentlichen Kontrolle unterstellt sind. Die überragende Bedeutung privater Institutionen ist einerseits dadurch bedingt, daß das Land lange Zeit hindurch Einrichtungen unterstützt hat, zu deren Förderung es offiziell keine Kompetenzen hatte... Die Intransparenz der Entscheidungsstrukturen ist jedoch -- zweitens -- durch die Abhängigkeit vieler kultureller Initiativen von finanziellen Mitteln aus dem Ausland bedingt. Über die vom Ausland kommenden Gelder gibt es keine öffentliche Diskussion und keine Einsicht in die Bilanzen. Geldgeber sind vor allem das österreichische Bundesministerium für Unterricht und Kunst, aber auch ein-

bau des Bildungsdefizits der deutschen Bevölkerungsgruppe, weder konzipiert noch unterstützt werden.“ (Seidl/Brugger/Köckeis-Stangl).

Die -- wiederum in der damaligen Zeit notwendige -- Privatisierung von Strukturen wird auch heute noch fortgesetzt. Der Versuch, durch diese Privatisierung Kultur ideologisch zu filtern und auf eine Restauration zu beschränken, ist klar ersichtlich. In diese Richtung geht auch die vorne erwähnte Aufwertung und Förderung von Brauchtumsvereinen, Musikkapellen, Schützen usw. als Träger der offiziellen Kulturpolitik. Ein großer Teil der kulturschaffenden bzw. -verwaltenden Organisationen sind privater Natur. Sie erstrecken sich von den Bibliotheken und Leihbüchereien über das Pädagogische Institut bis hin zum Südtiroler Kulturinstitut mit seinen umfassenden kulturellen Aufgaben und zu universitären Ersatzeinrichtungen wie

das Südtiroler Bildungszentrum. Ein markantes Beispiel, wie Vereine als Werkzeuge dieser Kulturpolitik durch ihre konservativen Dachorganisationen gesteuert werden, bietet der Bund Südtiroler Volksbühnen, dessen Zentrale das Angebot an Theatertexten bestimmt, aus welchen die Vereine dann auswählen (vgl. Tinkhauser).

Diese Privatisierung von Kulturpolitik bewirkt eine zweifache Art von Konditionierung. Einerseits wird die Möglichkeit der öffentlichen Kontrolle drastisch eingeschränkt, das Legitimationsproblem entfällt, Motive und Inhalte der Initiativen bleiben maßgeblich unüberschaubarer und undurchdringlicher. Diese Privatisierung kann andererseits gegen bestimmte Organisationen repressiv eingesetzt werden, das heißt es gibt keine Möglichkeiten seitens dieser Organisationen, Forderungen an die öffentliche Hand zu stellen, sie sind immer auf das Wohlwollen dieser privaten Organisationen angewiesen (es gibt z. B. genügend Beweise, wie selektiv die Verwaltung des „Hauses der Kultur — Walther von der Vogelweide“ ihren privaten Charakter einsetzt).

Diese Intransparenz der Entscheidungsstrukturen wird in den zahlreich in Südtirol vorhandenen Vorfeldorganisationen fortgesetzt. Eine weitere Art der Repression durch Privatisierung, die näher zu untersuchen wäre, ergibt sich dadurch, daß die Kirche durch den Besitz vieler und oft der einzigen Säle der Dörfer auf dem Lande eine große Macht hat und diese Macht (wie es der Fall Kulturzentrum unter anderem zeigt) durchaus selektiv einsetzt.

Perspektiven

Erst in letzter Zeit mehrten sich die Versuche, in der kulturellen Entwicklung eine neue Art des Selbstverständnisses zu finden. Es sei nur stellvertretend an die Bücher Zoderers oder an die verschiedenen Theaterinitiativen der letzten Jahre (IGTST und SÜDTIROLER INITIATIVE) erinnert. Auch das lokale Fernsehprogramm hat mit der Ausstrahlung von neuen Südtiroler Theaterproduktionen eine neue Verantwortung bewiesen. Zwei der gelungensten Experimente möchte ich erwähnen, als Beispiel für schöpferischen Umgang mit der Tradition und deren Gegenwarts- und Gesellschaftsbezug zugleich: das Theaterstück „Szenen aus dem Bauernkrieg 1525“ des Südtiroler Kulturzentrums und der Gedichtband „Kornrudi“ von Luis Stefan Strecher.

Als vorerst wichtigste Aufgabe für die Hinbringung der Kultur in Südtirol zu einer gegenwarts- und gesellschaftsbezogenen Position erscheint mir eine den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechende Neudefinition des Begriffs Volkskultur. Es muß überdacht werden, für wen Kultur produziert werden soll, welche Problematiken aufgegriffen, welche Positionen eingenommen werden sollen. Kultur muß aus ihrer inhaltsleeren und for-

mal erstarrten Situation herausgerissen und schöpferisch erneuert werden. Eine Kultur, die zum Klischee, zur Karikatur ihrer selbst wird, die sich auf die Tradition beschränkt und diese verselbständigt, kann kein Verständnis

mehr aufbringen für die Probleme, die die Gegenwart mit sich bringt, sie wird anachronistisch und läuft sich selbst tot. Dieser Gefahr entgegenzuwirken, bleibt eine der vordringlichsten Aufgaben.

Kultur und Kulturarbeit in Südtirol

SKOLAST-Gespräch mit Franz Pichler (Südtiroler Kulturzentrum), Luis Walter (Freilichtspiele Unterland) und Hans Wielander (Arunda).

SKOLAST: Wir haben das Thema in drei Hauptgebiete eingeteilt: kulturelle Erstarrung, ethnisches Problem und Privatisierung der Kultur in Südtirol.

Zum ersten: Die Kultur hat in Südtirol durch die politische Situation einen besonderen Stellenwert bekommen. Kultur und Tradition wurden zu politischen Instrumenten; da der Volkstumskampf seit 1918 im Vordergrund steht, werden Traditions- und Brauchtumsträger zu Kulturträgern hochstilisiert und manipuliert, wie z. B. die Schützen, die Brauchtumsvereine usw. Das bedingt, daß die Kultur mit den sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen nicht mehr mitgeht und somit erstarrt. Diese Erstarrung bewirkt eine Einschränkung der Kreativität, eine Verhinderung von Auseinandersetzungen und eine Abdrängen und Totschweigen von Alternativen. Ein eigenständiges Kulturleben existiert nur in Ansätzen. Es fehlt ein Landestheater, es fehlen Forschungsstätten, durch die spezielle Problematiken aufgearbeitet werden, es gibt stattdessen ein Pressemonopol, ein reiches Radioprogramm, und die ausländischen Fernsehprogramme (ZDF und ORF I) sind politisch genehm, die Programme der Volksbühnen haben mit Kultur meist wenig zu tun.

Pichler: Ich bin grundsätzlich nicht mit dem Begriff „Erstarrung“ einverstanden. Dieser Kulturbegriff geht von falschen Voraussetzungen und von einem falschen Verständnis aus. Die Kultur der herrschenden Gesellschaft versucht natürlich, die kulturellen Ereignisse für ihre Zwecke und Absichten zu kontrollieren. So gesehen ist es also klar, daß die Kultur in Südtirol politische Momente aufweist und als solche in der politischen Zusammensetzung, die in Südtirol herrscht, erstarrt ist. Bis hierher bin ich einverstanden. Das Kulturverständnis, das ich meine, wenn ich von Kultur rede, ist hingegen ein anderes. Es äußert sich neben den etablierten Institutionen, ist etwas Dynamisches, das man nicht politisch programmieren, kanalisieren und letztlich für sich ausnutzen kann. Kultur ist Wachstum. Ausdruck einer Bewegung, und heute ist dies die Bewegung der Arbeiterklasse. Wir vom Südtiroler Kulturzentrum (SK) verstehen uns als Träger, als kleinen Teil dieser ganzen

Entwicklung, in der die Kultur der Arbeiterklasse zum Ausdruck kommt. Und hier ist keine Erstarrung, im Gegenteil, hier haben wir den umfangreichen Ausdruck einer Bewegung.

Walter: Ich möchte vorausschicken, daß über Kultur reden sehr abstrakt ist. Es muß klar gesagt werden, daß, wenn in Südtirol über das Kulturproblem diskutiert wird und man dieses aus der Sicht einer linken Ideologie betrachtet, natürlich zu achtzig Prozent alles falsch sein wird, was man in Südtirol macht. Das ist kein Werturteil, wohlgermerkt, sondern eine Feststellung. Wenn man die Dinge so sieht, erübrigt sich fast eine Diskussion. Dies sei nur als Voraussetzung gesagt. Ich glaube, daß von einer kulturellen Erstarrung nicht die Rede sein kann, denn es hat sich in den letzten Jahren sehr viel getan, z. B. meine Organisation, die Freilichtspiele. Auch das Kulturzentrum hat Leistungen erbracht und es wäre völlig falsch, aus einem ideologischen Standpunkt heraus zu sagen, daß alles falsch war, was sie gemacht haben. Nur möchte ich dasselbe auch umgekehrt vorausschicken.

Pichler: Ich habe nicht gesagt, daß auf der anderen Seite nichts gemacht worden ist. Ich habe nur gemeint, daß, wenn man von Erstarrung redet, wohl die kulturelle Entwicklung in einer bestimmten Phase als erstarrt betrachtet werden muß, weil sie sich selbst überholt hat. Da muß man dann schon zugestehen, daß es diese Erstarrung gibt, wenn man z. B. kulturelle Angebote einfach nur aus dem Ausland übernimmt. Das ist nicht unsere Kultur, damit können wir uns auch nicht identifizieren. Wenn bei uns — auf welcher Seite auch immer — Kultur gemacht wird, dann ist das unsere Kultur. Nicht aber, wenn sie von der politisch herrschenden Seite dogmatisch bevormundet wird.

SKOLAST: Zur Klärung: Unter kultureller Erstarrung verstehen wir, daß sich Tradition verselbständigt hat, daß verschiedene Organisationen als Kulturträger hingestellt werden, obwohl sie hier überhaupt keine Funktion haben, weil sie eben Ausdruck dessen sind, was man mit Kultur machen will. Das bedeutet, daß Kultur ein anderes Mittel ist, eine Art von Volkstumspolitik fortzusetzen, die die anderen Probleme wie soziale Gegensätze überdeckt und verdrängt, durch die Überbetonung

des ethnischen Abwehrkampfes, wobei die Kulturorganisationen als apolitisch dargestellt worden. In Wirklichkeit aber haben sie eine eminent politische Bedeutung. Unsere Kulturpolitik hat die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte bewußt nicht mehr mitvollzogen.

Walter: Es mag manches stimmen. Wenn ich bei den Schützen anknüpfen kann: Ich glaube, das ist kein Argument, daß man die Schützen einfach wegdenkt. Als Kulturorganisation sind sie soweit anzusehen, soweit sie kulturell tätig sind. Das klingt natürlich sehr einfach. Ein Verein, eine Organisation, ist so stark, so schwach die anderen sind. Betrachten wir es realistisch: die Schützen sind fest organisiert, hier liegt ihr Geheimnis. Sie kriegen nicht mehr Geld als andere, vielleicht noch weniger.

Zu den Fernsehprogrammen: Es ist eine alte Weisheit, daß Bewertungsmaßstäbe relativ sind, wieder aus der Sicht einer Ideologie. Nun muß man aber demokratisch sein und wenn die Mehrheit des Landes eine andere Ideologie hat, ist es logisch und selbstverständlich, daß man das Medium wählt, das die Mehrheit will. Es wäre falsch, wenn man der großen Mehrheit einen Sender aufzwänge, mit dem sie sich nicht identifizieren kann. Zu den Volks- und Heimatbühnen: Meiner Ansicht nach haben die Heimatbühnen nur eine einzige Funktion, nämlich die Leute zu unterhalten. Sie sollen keine großen Ansprüche stellen, das können sie auch nicht und das ist nicht ihr Zweck. Wenn sie Stücke wie „Die gemischte Sauna“ und ähnliches spielen — warum auch nicht! Warum sollen die Leute dauernd mit Problemen besetzt werden. Es wird ja auf dieser Welt nur mehr das Negativste gezeigt, warum soll man den Leuten nicht zwei Stunden Sorglosigkeit bereiten?

Pichler: Wenn Sie solche Sachen als Kulturinitiativen darstellen, muß ich mich schon fragen, welche Kultur das eigentlich ist.

Walter: Da kann ich Ihnen eine sehr konkrete Antwort geben: Ich habe schon gesagt, Heimatbühnen sind reine Unterhaltungssachen und haben nicht die Voraussetzung, anspruchsvolle Kultur zu machen. Die sollen diejenigen machen, die sich dazu berufen fühlen, die so viel Weisheit haben und glauben, sie weitergeben zu müssen.

Pichler: Man kann Kultur doch nicht in anspruchsvolle und nicht anspruchsvolle unterteilen.

Walter: Damit bin ich einverstanden. Es gibt in Südtirol keine Heimatbühne, die von sich sagt, sie wolle Kultur machen.

Pichler: Aber was sie machen, wird als Kultur deklariert.

Walter: Betrachten wir es also als Volkskultur.

Wielander: Ich möchte mehr konkret werden und die Frage aufwerfen, ob z. B. ein anspruchsvolles Stück überhaupt aufgeführt werden kann.

Das ist möglich. Man muß sich natürlich dahintersetzen und etwas Organisationstalent entwickeln. Und wenn so etwas möglich ist, dann scheint mir, sind eigentlich ganz gute Voraussetzungen vorhanden. Die Volksbühnen, Schützen usw. sind meiner Meinung nach ganz in Ordnung, sie sind irgendwie Zeichen einer gewissen Kreativität. Und wenn die ihre Arbeit machen und andere Gruppen nicht behindern, dann ist für mich ein Klima gegeben, in dem man arbeiten kann. Das Problem fängt erst dann an, wenn wirklich gute Sachen unterdrückt werden. Dann müßte man von kultureller Erstarrung sprechen.

SKOLAST: Natürlich kann man alles Mögliche machen — in Südtirol herrscht trotz allem noch Demokratie. Von wem wird aber Kulturpolitik betrieben? Einerseits von der Landesregierung, andererseits von den Randorganisationsformen. Das Ausschlaggebende ist aber doch, welche Haltung hinter der offiziellen Kultur und denen, die sie „managen“, steht. Das kann man doch nicht auf eine Organisationsfrage reduzieren. Die Randinitiativen haben die größten Schwierigkeiten zu überwinden. Es wird gesagt, man kann Theaterstücke aufführen. Wie lange hat das Kulturzentrum landauf landab Säle gesucht. Daß diese Zensur nicht lückenlos gelingt — Gottseidank! Aber die Tendenzen sind vorhanden. Von der Macht der Presse brauchen wir hier gar nicht zu sprechen. Die nicht-offizielle Kultur ist in Südtirol immer noch unterrepräsentiert. Illusionslos gesehen sind dies Randerscheinungen, die sicherlich auf viel Arbeit und Intelligenz beruhen, die unserer Ansicht nach aber nicht gravierend ins Gewicht fallen. Eine andere Bemerkung: Wir empfinden es als Zumutung und Gemeinheit, daß die Bauern gezwungen werden, über ihre eigene Trotteligkeit zu lachen, wie es bei den Volksbühnen der Fall ist, nur weil ihnen nichts anderes geboten wird. Es gibt doch anderes Volkstheater und andere Stücke, die nicht so vertrottelt wirken und trotzdem unterhalten sein können.

Pichler: Ich möchte den Ausdruck „Randerscheinung“ zurückweisen. Auch im Dritten Reich war die offizielle Kultur total propagiert und die Alternativkultur isoliert. Und dennoch, wenn wir heute von der Kultur der dreißiger Jahre sprechen, meinen wir gewiß nicht die Dritte-Reich-Kultur, sondern die Alternativkultur, wie z. B. den Expressionismus. Heute ist die NS-Kultur eine Randerscheinung. Kultur, die aus dem Volk und aus der wirklichen Bewegung kommt, ist auch in Südtirol trotz allem keine Randerscheinung, sondern unsere wirkliche Kultur. Schützen, Brauchtum usw. sind große Kultur gewesen, stellen aber nicht mehr unsere heutige Kultur dar; sie haben sich zur Tradition verselbständigt. Wir müssen aber darauf aufbauend diese weiterentwickeln, sie sind ein Fundament für die Kultur

von jetzt, aber nicht die Kultur von heute.

Walter: Zu Ihrem Argument bezüglich Volksbühnen: Natürlich haben Sie recht, ich habe keineswegs gesagt, daß das Kultur ist, nicht im geringsten. Aber jetzt komme ich zum Thema: Das sind Privatorganisationen und man kann diesen Privatorganisationen Vorränge machen, aber man kann nicht verallgemeinern oder die Schuld irgendeiner höheren Instanz in die Schuhe schieben. Würde man das tun und solches zu verbieten trachten, wäre es um die Demokratie schon sehr traurig bestellt. Wenn die Volksbühnen durch solche Stücke immer volle Theater haben und sich dadurch finanzieren können, bitte, da sind dann die Leute schuld, die hingehen. Ich war selbst im Vorstand und bin gegangen worden, weil ich gesagt habe, was man hier anbiete sei nicht mehr tragbar. Aber eben mit solchen Sachen erregt man Interesse und hat Erfolg.

SKOLAST: Sie würden also sagen, daß sich die Mehrheit der Südtiroler nur unterhält, wenn es auf der Bühne besonders blöd zugeht?

Walter: Auscheinend schon.

SKOLAST: Wir glauben, der Südtiroler hat nicht die Möglichkeit, anderes kennenzulernen, weil andere Initiativen von Presse usw. in den Dreck gezogen oder totgeschwiegen werden.

Walter: Das glaube ich nicht; es hat auch gute Stücke gegeben. Man führt aber gerade deswegen keine guten Stücke mehr auf, weil dann nur ein Drittel des Publikums kam. Es sind auch die nicht gekommen, die immer nur schreiben, wo die Kultur bleibe.

SKOLAST: Wir möchten nun zum Thema „ethnische Trennung“ übergehen. Der Apartheidspolitik, wie sie in Südtirol von den Verantwortlichen betrieben und gefördert wird, begegnet man nicht nur in der Kulturpolitik, sondern auch in Schulen, Kindergärten, Zetler und Rella arbeiten getrennt, man versucht von deutscher Seite führende kulturelle Unternehmen der Italiener zu torpedieren und zu sabotieren (Teatro Stabile), die kulturelle Erstarrung und die mangelnde Anregung aus dem deutschen Sprachraum bewirken ein Abwandern der Südtiroler Avantgarde, sei es ins Ausland als auch in den italienischen Kulturbereich. Das bedeutet dann aber, daß diese Avantgarde, die aus Erfahrung für die Impulsgebung einer Kultur von unersetzlichem Wert ist, aufgrund der ethnischen Undurchlässigkeit Südtirols verloren geht. Die Alternativen sind innere Emigration oder Auswanderung in den italienischen Kulturraum oder ins deutschsprachige Ausland.

Wielander: Diese Abgrenzung ist natürlich eines der Südtiroler Dogmen, man wird den Leuten diese Apartheidspolitik kaum ausreden können. Dabei gäbe es gerade auf kulturellem Gebiet die Möglichkeit, diese Trennung zu überwinden. Das ist ein Problem, das mit der Südtiroler Politik ganz allge-

mein zusammenhängt. Und wie ich sehe, wird dieser Trend immer klarer, weil sowohl die heutige politische Mehrheit der Italiener als auch die der Südtiroler immer mehr in diese Richtung geht.

SKOLAST: Wer verstärkt diese Tendenz? Man kann nicht sagen, sie wird verstärkt, man verstärkt sie, sondern hinter diesem „man“ steckt doch sicher irgend jemand oder irgend etwas.

Wielander: Die Meinung der Mehrheit. Im einzelnen kann man das nicht feststellen. Aber rein empirisch sieht man, daß sich das eher verstärkt und daß diese Verstärkung auch hingenommen wird, daß es sich dabei um eine Art politisches Arrangement der Volksgruppen handelt. Man hat auch hier wiederum die Möglichkeit, diese Grenzen zu überschreiten. Ich sehe immer die bestehenden Möglichkeiten, ich muß mich ja nicht in diese Apartheidspolitik hineindrängen lassen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß auch die Schweizer ähnliche Verhältnisse, allerdings ohne solche Konflikte haben. Sie leben miteinander sehr friedlich. Aber die französischen Schweizer führen sich dem französischen Kulturraum zugehörig, die deutschen Schweizer dem deutschen. Wer den Kontakt mit der anderen Kultur sucht, kann ihn dort und auch bei uns finden. Diesen Austausch kann man aber nicht von oben befehlen, das muß letztlich ein freiwilliger Akt sein. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß wir in der ARUNDA schon italienische Beiträge veröffentlicht haben und wir möchten eine ganze Nummer dem Thema „Italiener in Südtirol“ widmen. Dabei möchten wir bedeutende italienische Kulturträger, die in Südtirol leben, einmal sich selbst darstellen lassen.

SKOLAST: Nun wird ja die Förderung der Kontakte, die sogenannte Mischkultur, von den herrschenden politischen Kräften in Südtirol abgelehnt und bekämpft. Wie stehen Sie, Herr Walter, als SVP-Politiker dazu?

Walter: Ich kann dazu etwas sagen, weil ich direkt von der Front komme. Ich bin SVP-Fraktionssprecher im Gemeinderat von Neumarkt. Das Problem Mittelschule Neumarkt ist ein Paradebeispiel und ich glaube, das ist vielleicht ein Präzedenzfall, der Konsequenzen für ganz Südtirol nach sich ziehen könnte. Die Italiener dementieren mit nicht sehr sympathischen Worten wie Rassentrennung, nationalistisch, Apartheid usw. Es scheint allerdings, als hätten auch Leute aus unserer Volksgruppe diese scharfen Kanonen übernommen. Dazu muß man zunächst ganz klar feststellen, daß wir nie Rassentrennung betreiben könnten, weil es bekanntlich weder eine italienische noch eine Tiroler Rasse gibt. Wir Südtiroler können auch keine Nationalisten sein, weil wir keiner Nation angehören. Wir haben keine, wir sind ein heimatloses Land. Man soll nicht auf den Wolken leben. Die Realität ist, daß wir das ethnische Problem haben und es hat keinen Sinn mit schönen

Worten auszuweichen, „fratelli tutto il mondo“, damit kann man kein Problem lösen. Ich bin der Meinung, man sollte die Dinge klären. Jeder soll in seiner Volksgruppe so leben und sich so entfalten können wie er mag. Wenn er darüberhinaus noch eine Entfaltung in der Volksgruppe der anderen Sprachgruppe suchen will, wird ihm das niemand verbieten, ganz im Gegenteil. Aber es ist einfach utopisch, beide zusammenzulegen, das ist ausgeschlossen, nicht möglich und es wäre schädlich, wenn wir als Volksgruppe weiterhin Bestand haben wollen. Das können sich meinerwegen einige Intellektuelle oder Pseudointellektuelle leisten, aber man kann nicht vom Menschen auf der Straße verlangen, daß er zwei Volksgruppen angehört. Das kann er nicht. Ich setze voraus, daß jeder die zweite Sprache, die für uns eine Fremdsprache ist, zumindest genauso gut beherrschen sollte. Aber das setze ich auch bei den anderen voraus. Jeder muß letztlich das Recht haben, so zu leben wie er will, ohne von den anderen dauernd dazugeredet zu bekommen. Wenn die breite Masse, die gewaltige Mehrheit den Wunsch hat, eine separate Schule zu haben, dann glaube ich, kann man diesen Wunsch wohl respektieren. Wo bliebe die Demokratie, wenn eine Minderheit verlange, die Mehrheit müsse um der „convivenza pacifica“ willen tun, was die Minderheit wolle. Die Italiener sagen, die SVP mache „politica di campanilismo“. Natürlich, selbstverständlich — wir streiten das nicht ab. Die Italiener möchten, daß wir nur einen einzigen Kirchturm im Dorf haben und in diesem Kirchturm wären dann beide Sprachgruppen drinnen, allerdings mit dem Unterschied, daß es dann hieße, „qui si parla italiano“. Wir aber wollen zwei Kirchtürme. Die Italiener sollen in ihrem bleiben und leben wie sie wollen, und in unserem leben wir, wie wir wollen. Das ist eine Möglichkeit, damit man sich verstehen kann. Warum soll man dauernd Reibereien suchen? Jeder soll vor seiner Haustür kehren, dann geht's in Ordnung. Aber ich lasse mir nicht in meiner Wohnung kehren. Werden wir ganz konkret: Ich habe schon einmal gesagt, ich möchte von den Italienern statt „convivenza pacifica“ einmal „friedliches Zusammenleben“ hören. Dana glaube ich an diese Weisheit und bis dahin glaube ich eben nicht daran.

Wielander: Die Schweizer gehen sogar noch viel weiter. Wenn man im Tessin leben will, dann müssen die Kinder italienische Schulen besuchen, weil es keine deutschen gibt. Bei uns könnte man sich zumindest erwarten, daß die Italiener das deutsche Element mehr zur Kenntnis nehmen.

Pichler: Um in dieser Diskussion wieder auf das kulturelle Element zurückzukommen: Ich finde, es ist ein großer Fehler von seiten der Südtiroler vorhanden, weil wir als Grenzvolk eigentlich die einmalige Chance einer

Kulturzusammensetzung haben, wie sie kein anderes Volk hat. Das aber wird grundsätzlich abgelehnt, und hier finde ich gerade in der SVP-Politik einen ganz gewaltigen Fehler und ein ganz großes Versagen. Ich finde es schade, daß das Kulturinstitut bei diesem Gespräch nicht vertreten ist, denn gerade in diesem Punkt muß man über das Südtiroler Kulturinstitut sprechen.

Walter: Ich bedauere es auch, daß das Kulturinstitut und andere Organisationen nicht da sind, um ein offenes Gespräch zu führen.

SKOLAST: Zur Erklärung: Es waren außerdem noch Dr. Gruber vom Künstlerbund und Dr. Cescatti vom Kulturinstitut eingeladen. Dr. Gruber hatte bereits eine andere terminliche Verpflichtung, sonst wäre er gerne gekommen und Herr Cescatti hat die Teilnahme leider abgelehnt.

Pichler: Das ist ein Zeichen mangelnder Diskussionsbereitschaft und leider kann sich ein Privatverein das leisten, obwohl die Aufgaben des Kulturinstitutes derartig sind, daß man auch in diesem Kreise darüber reden müßte. Das Kulturinstitut geht praktisch einen Arbeitspakt in Sachen Kultur mit der SVP ein. Es hat viel Geld und mit diesem Geld geht es ins Ausland und kauft dort kulturelle Marktangebote auf, die hier irgendwo in Szene gebracht werden. Dann aber sagt Wielander, es gäbe bei uns kein Aufzwingen von Kultur. Es ist wohl doch ein Aufzwingen, denn es gibt keine oder nur ganz geringfügige Möglichkeiten, etwas anderes zu produzieren. Der überwiegende Anteil geht vom Kulturinstitut aus.

Wielander: Ich habe nur ausdrücken wollen, daß es genug Möglichkeiten gibt, etwas anderes zu machen. Mich interessiert z. B. das importierte Theater überhaupt nicht mehr. Wir in der ARUNDA machen demnächst eine Nummer zum Thema Konsumverweigerung, wo wir unter anderem auch diese importierte Kultur kritisieren. Selbstverständlich wird hier alles Mögliche serviert. Aber ich muß das ja nicht kaufen, ich kann selbst etwas machen. Und hier möchte ich anknüpfen: Wenn nämlich Gruppen überhaupt die Möglichkeit haben, etwas machen zu können, dann ist für mich eine ganz gute Basis vorhanden. Ich meine, das SKI macht eine Arbeit, die sehr gut sein mag, ich aber finde sie in gewisser Hinsicht noch ergänzungsbedürftig und bei der Ergänzungsbedürftigkeit möchte ich ansetzen. Ein Maler wie Kien zum Beispiel war in Südtirol kaum bekannt. Allerdings erscheint jetzt ein Buch von ihm, es wird eine Ausstellung gemacht — er wird also gezeigt werden. Die ARUNDA hat sich bereits in mehreren Nummern für diesen bedeutenden Maler durch entsprechende Beiträge eingesetzt. Die Wandlung der Einstellung in unserem Lande gegenüber diesem Künstler wurde dadurch zweifellos begünstigt.

Pichler: Das ist gerade der wunder Punkt, daß das Kulturinstitut aus dem Ausland. Kulturangebote bezieht und wir hier Leute haben, wie z. B. Kienlechner, die siebzig Jahre alt sind und nicht bekannt werden. Kien — so sein Künstlername — lebt in Italien. Ist hier nicht irgend etwas dabei, daß man sich von ihm distanziert? Die Institutionen, die am Hebel sitzen, haben Leute wie Vallazza oder Rosendorfer und andere nicht gefördert, ganz im Gegenteil. Sie haben gehen müssen. Das ist die Abwanderung unserer Kulturschaffenden und in diesem Sinne laste ich der SVP ein ganz großes Versagen an.

Wielander: Ich will gar nicht leugnen, daß die sogenannte offizielle Kulturpolitik diese Dinge vernachlässigt. Das habe ich nie bestritten.

Pichler: Sagen wir nicht vernachlässigt, sondern von vornherein ablehnt.

Wielander: Oder auch nicht versteht. Man kann es auch so sehen. Aber Kien z. B. erscheint jetzt in der ATHE-SIA-Reihe des Künstlerbundes, sicherlich keineswegs zur Freude der meisten Künstlerbundmitglieder und der meisten Südtiroler — aber immerhin ist es möglich. Und wir werden uns immer für solche Leute einsetzen, die von den anderen irgendwie vergessen werden und die wir für wichtiger empfinden als das, was man uns normalerweise aufs Tablett setzt. Ich bin überhaupt nicht einverstanden mit den Akzenten, die von der offiziellen Kulturpolitik gesetzt werden, nur sage ich, die sollen das halt machen, und wir versuchen, eine Alternative zu bieten.

Walter: Ich möchte etwas zum Problem der Abwanderung von Künstlern sagen. Um „groß“ zu werden, muß ein Künstler zweifelsohne das Land verlassen. Das ist auch kein Schaden. Er soll neue Möglichkeiten suchen und finden, es wäre nicht gut, wenn er hier bleiben würde.

SKOLAST: Aber das Land verlassen, um auf eine „Gesellentour“ zu gehen, ist eines, ins Exil zu gehen, weil man hier keine Möglichkeiten hat, von seiner Kunst zu leben, ist etwas anderes.

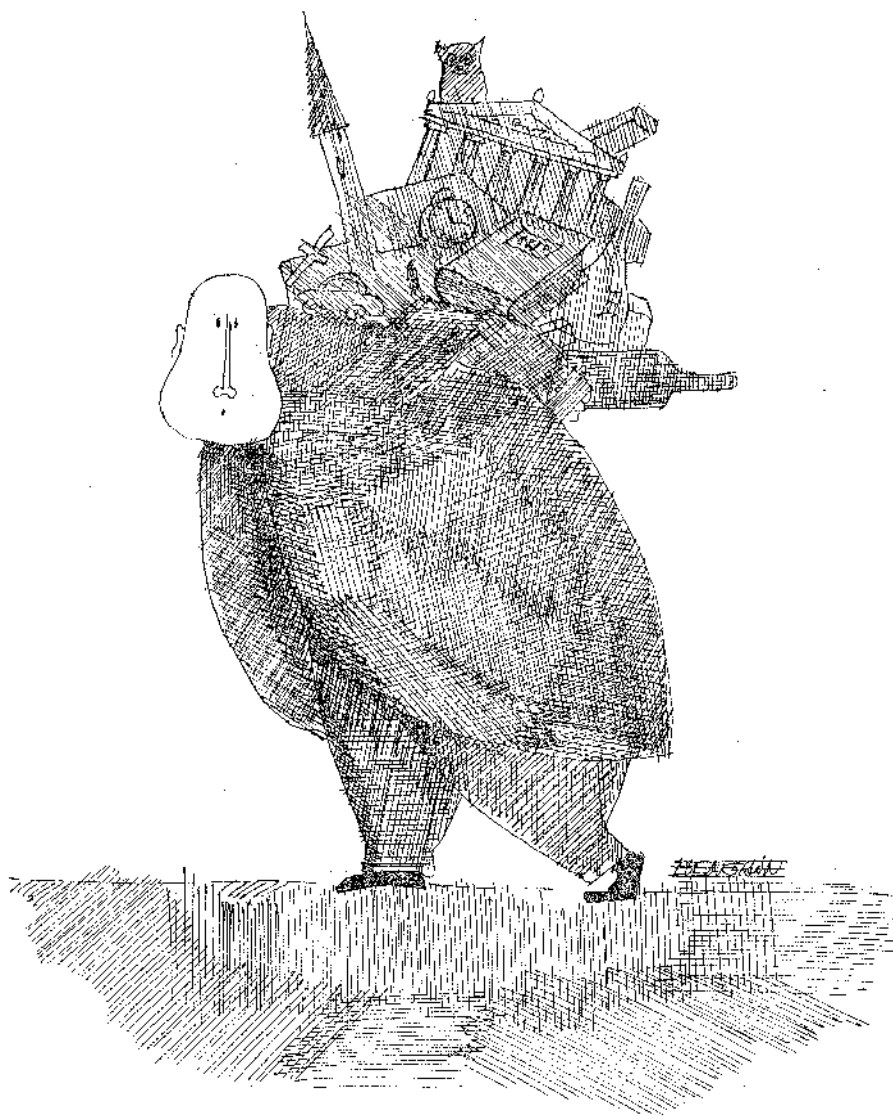
Walter: Bleiben wir auf dem Boden der Realität, man muß das konkret sehen. Das Angebot richtet sich nach dem Absatz, und der Absatz ist hier einfach zu gering. Man kann einen Künstler hier nicht einfach aufblähen, den Namen muß er sich selber machen. Es wäre völlig falsch, wenn man herginge und ihm dauernd finanzielle Spritzen gäbe, damit er ein großer Künstler werde.

Pichler: Ich behaupte aber, daß es nicht notwendig ist, ein Land zu verlassen, um ein großer Künstler zu sein. Kultur ist doch nicht vom Marktwert abhängig.

SKOLAST: Uns erscheint es suspekt, daß hier immer gesagt wird: solange man die Möglichkeit hat, etwas zu machen, ist alles in Ordnung. Und damit wären wir schon bei der Privatisierung von Kultur. Hier werden zwei

Dinge auf die gleiche Ebene gehoben, nämlich die gesamte offizielle Kulturpolitik und die Privatinitiativen, die einige Idealisten betreiben. Diese Gleichsetzung funktioniert schon deswegen nicht, weil die finanziellen Mittel ganz unterschiedlich verteilt sind. Die ganzen Kanäle der Veröffentlichungen sind ungleich verschieden; und ebenso die Überwindung von Schwierigkeiten. Trotzdem sagt man, es werde nichts aufgezwungen, es werden halt nur bestimmte Sachen angeboten. Das ist für uns doch eine Art von Zwang.

Wielander: Wir machen seit zwei Jahren die Zeitschrift ARUNDA. Vier Nummern sind in den „Dolomiten“ bisher — davon drei Nummern sehr negativ — besprochen und beurteilt worden. Wir bekommen beispielsweise ein Hundertstel des Geldbeitrages, den das FENSTER (Tiroler Kulturzeitschrift) von der Landesregierung erhält, wobei diese Zeitschrift ähnliche Herstellungskosten aufweist. Das bedeutet, daß die Unterstützung durch das Land praktisch ein Trinkgeld darstellt und daß z. B. die Reaktion der „Dolomiten“ negativ ausgefallen ist.



Kulturträger

Walter: Man müßte definieren, wer welche Kultur fördert. Die Presse z. B. kann Einfluß ausüben. Ich würde sagen, man muß die richtigen Stellen motivieren. Zweifelsohne geht nichts von alleine, und jede gute Sache stößt auf ihre Schwierigkeiten. Diese sind dazu da, überwunden zu werden. Auch wir bei den Freilichtspielen Unterland haben unendliche Schwierigkeiten gehabt, obwohl ich für die SVP wohl „offiziell“ genug sein müßte. Man kann nicht sagen, daß der SVP nächstehende Initiativen keine Schwierigkeiten haben.

SKOLAST: Das erscheint uns doch masochistisch. Man hat alle möglichen Schwierigkeiten, und dennoch sagt man, solange man trotzdem noch etwas machen kann, ist alles in Ordnung. Wäre es nicht an der Zeit, hier etwas zu ändern?

Wielander: Das ist ein anderes Konzept. Ich erwarte mir überhaupt keine konkreten Kulturimpulse von einer offiziellen Stelle.

SKOLAST: Wieso kann man sich nicht erwarten, daß die offiziellen Stellen kulturelle Impulse unterstützen? Auch Sie, Herr Walter, haben die größ-

ten Schwierigkeiten. Es ist aber doch leicht möglich und auch öfter geschehen, daß durch diese Schwierigkeiten viele gute Initiativen gescheitert sind. Dann aber hat niemand Schuld, niemand kann dafür, unsere Kulturpolitik ist nicht repressiv, und jeder kann machen, was er will. Aber reden wir auch einmal von anderen Problemen der Privatisierung; z. B. von den Sälen, die den Pfarreien gehören und nicht zur Verfügung gestellt werden, wenn die Initiativen nicht genehm sind.

Pichler: Es steht doch unzweifelhaft fest, daß die Kirche durch den Besitz vieler Säle über eine Macht verfügt und diese Macht selektiv verwendet.

Walter: Man kann nicht leugnen, daß z. B. im Stück über den Bauernkrieg die Kirche sehr scharf angegriffen wird. Man darf sich dann auch nicht wundern, wenn die Kirche diese Angriffe" zumindest in ihren eigenen Häusern nicht über sich ergehen lassen will.

SKOLAST: Aber es ist doch kein Zufall, daß alles in der Hand von privaten Vereinen ist, weil eben dann mit dem Argument gearbeitet werden kann, private Vereine könnten machen, was sie wollen. Auch das Kulturinstitut ist nicht von ungefähr ein privater Verein. Die Kulturpolitik sollte doch öffentlich zugänglich und kontrollierbar sein. Bei uns aber wird die Kulturarbeit vom Assessorat für Schule und Kultur praktisch vollständig an das Kulturinstitut delegiert. Auch das Haus der Kultur wird privat verwaltet und Zutritt hat, wer genehm ist.

Walter: Dieses Haus ist schließlich von Privatleuten gebaut worden. Vielleicht auch mit öffentlichen Geldern. Das meiste aber ist aus dem Ausland erbettelt worden und was die privat erbettelt haben, können sie auch privat weiterführen.

SKOLAST: Wir bitten Sie um eine abschließende Bemerkung dazu, was Sie unter Kulturarbeit in Südtirol verstehen, welche Schwerpunkte Sie setzen wollen und welche Möglichkeiten Sie sehen.

Walter: Mit den Freilichtspielen Unterland wollen wir versuchen, Tiroler Geschichte zu zeigen, damit man dadurch auch die Gegenwart und die Zukunft bewältigen kann, und zwar von der Geschichte her und nicht, um Ideologie zu betreiben. Mit den Freilichtspielen, aber auch mit dem Theater an der Etsch, versuchen wir einen bescheidenen Beitrag zu leisten für die Auseinandersetzung mit unserer Kultur.

Pichler: Das Kulturzentrum besteht aus Ortsgruppen, Arbeitsgruppen und freien Mitgliedern. Diese bringen in ihrer Tätigkeit die kulturellen Bedürfnisse und Vorstellungen der arbeitenden Bevölkerung zum Ausdruck, nämlich die dynamischen Ereignisse, die überall im Lande, neben der offiziellen Kultur, zur Entfaltung kommen und von einer breiten fortschrittlichen Bewegung getragen werden.

Wielander: Ich möchte die drei Punkte nochmals kurz zusammenfassen:

Privatisierung: Die Tatsache, daß alles privat ist, ist sicherlich sehr problematisch. Aber der Ausgangspunkt der meisten Initiativen ist nun einmal privat. Sicherlich müßte man auch diese Privatinitiativen mehr öffnen und pluralistischer gestalten.

Kulturelle Erstattung: Ein Aspekt der Kultur ist sicherlich die Kreativität und alles, was die kreativen Kräfte fördert, ist wünschenswert. Und nur

auf diese Weise kann man der kulturellen Erstarrung entgegenwirken.

Römische Problematik: Man läßt sich vor lauter Angst vor einer Mischkultur in eine Kleinlichkeit hincindrängen. Vieles am Verhalten der Südtiroler ist kleinlich, so wie die italienische Südtirol-Politik zumindest einmal war und zum Teil noch ist. Jedoch hat man vor allem auf kulturellem Gebiet die Chance, diese Kleinlichkeit zu überwinden.

SKOLAST: Wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Gottfried Masoner

Südtiroler Laien musizieren und singen

Das ist gewiß kein heißes Thema, so wird sich mancher denken, aber es ist nicht so kalt, wie es scheinen möchte. Ein Streiflicht wird so manches aufdecken, was man lieber nicht wissen möchte, aber es soll darüber geschrieben werden.

Kein Mensch, der Südtirol kennt, kann die prächtig gedeihende Blasmusik in Südtirol überhören. Man versteht diese Feststellung nicht ironisch, denn bei über 180 Kapellen mit über 6.000 Musikanten wird nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ viel Gutes geboten. Seit mehr als 25 Jahren besteht der Verband der Südtiroler Musikkapellen VSM, der sich durch die hervorragende Arbeit von Hans Nagele zu einem der bestfunktionierendsten kulturellen Verbände Südtirols entwickelt hat. Das Schulungsprogramm dieses Verbandes trug wesentlich zu einer Steigerung des Spielniveaus vieler Kapellen bei. Die programmatische Ausweitung scheiterte an dem Trägheitsgesetz. Obwohl Professor Gottfried Veit in seiner Blasmusikstunde des Bozner Senders für gute bläserische Kammermusik und alte Blasmusik der Venezianer eintrat und diese Sparten auch in den Schulungswochen immer wieder bewußt gepflegt wurden, muß man eine Ablehnung des großen Publikums sowie der meisten Musikanten feststellen. Woran das liegt, kann an dieser Stelle nicht näher untersucht werden. Es handelt sich jedenfalls um eine geschmackliche Begrenzung einer großen Hörer- und Spielerschicht, deren Ursachen in einer anderen Studie behandelt werden sollen.

Im gegenwärtigen Stadium haben die Kapellen im wesentlichen folgende Aufgaben, die kurz genannt sein mögen. Sie sind das belebende Klangelement bei Feiern wie: Prozessionen, Hochzeiten, kirchlichen und weltlichen Feiern, Aufmärschen, sie geben den feierlichen Beisetzungen mehr Weihe und

Eindruck und sind von Heldengedenkfeiern nicht wegzudenken. Sie unterhalten Einheimische und Fremde bei Konzerten im Freien mit gediegener Unterhaltungsmusik und auch teilweise anspruchsvollerer konzertanter Musik. Zu sehr schädigenden Verfallserscheinungen führten die ungesunden Auswüchse eines fehlorientierten Fremdenverkehrs. Der veranlaßte so manche Kapelle auf das lärmende Schunkel- und Schaukelniveau der Wald- und Wiesenfeste einzugehen und was das Schlimmste ist, das sind Bierzelte.

Seltsam, diese Abstumpfung und Verrohung wird stillschweigend hingenommen. Wahrscheinlich widerspricht das nicht der Pflege guter Tiroler Kultur, dem Vätererbe und den so geprägten und immer wieder als verteidigungswürdig genannten Werten. Daß mit dieser Gleichgültigkeit einer solchen Entwicklung gegenüber die Aufbauarbeit eines unserer besten Verbände geschädigt wird, nur weil man es den Fremden rechtmachen will, scheint die Herren nicht zu stören. Im allgemeinen kann man aber vielen Kapellen bescheinigen, daß sie sich nicht so ohne weiteres so verkonsumieren lassen. Das musikalische Selbstbewußtsein ist inzwischen immerhin so gewachsen, daß Kapellen nicht überall herhalten. Zudem haben sich eine Unmenge von Tanzkapellen gebildet, die vom Oberkrainersound über James Last-Sound bis zum Beat und Pop und allen nur möglichen Sparten jederzeit bereit sind, den Böhmischen der Blaskapellen Arbeit abzunehmen. Sie sind eine Begleiterscheinung eines sich immer noch drehenden Goldkarussells, von dem auch sie nicht schlecht profitieren, wenngleich ihre Auftraggeber ohne sie sehr bald eine leere Bude hätten.

Sehr bedeutend ist das Chorwesen unseres Landes. Der Südtiroler Sängerbund hat 52 Chöre als Mitglieder. Da-

von sind mehrere Kirchenchöre. Den besten Stand haben die Kirchenchöre, die musikalisch oft Erstaunliches leisten. Das Repertoire reicht von der Vokalpolyphonie der alten Niederländer bis zu zeitgenössischen Meistern. Der Sängerbund veranstaltete mehrere Chorbildungswochen und Stimmkursen. Noch länger und gründlicher arbeitete die Kirchenmusikkommission der Diözese Bozen-Brixen in dieser Richtung. Dadurch gewannen die Chöre merklich an Stimmqualität und stillbewußtem Singen, da die Chorleiter vor allem an der Kirchenmusikschule unserer Diözese in Brixen in einem sehr gut aufgebauten dreijährigen Lehrgang ein tragfähiges musikalisch praktisches und theoretisches Fundament erhielten. Die Wochenendkurse des SSB sind ebenfalls ein wertvoller Beitrag zur Schulung. Das Hauptverdienst des SSB, vor allem des ehemaligen Bundeschorleiters K. H. Vigl, ist die programmatische Neuorientierung. Es wurde versucht, vom ästhetischen Ideal der Liedertafel der Jahrhundertwende wegzukommen und altes sowie neues Liedgut in den Vordergrund zu stellen. Wichtig sind auch die Bestrebungen eines Sängers mit Bläsern, wo Vokal- und Instrumentalpartie sich ergänzen, sei es im Wechsel oder zusammen oder im Ersatz fehlender Stimmen. Das kostete manch harte Kämpfe, die aber nicht ohne Erfolg blieben. Von diesem Reformwillen war ja auch so mancher vom VSM besetzt. Die Erfolge der Reform waren bei den Chören größer, da diese nicht so dem Moloch Fremdenverkehr ausgesetzt sind. Erwähnt seien noch die Kantorei Leonhard Lechner, die auf Dr. Anton Mayer zurückgeht und unter O. Jaeggi zur vollen Entfaltung kam. Ihre Chöre sind der Chor der Stiftskirche St. Augustin Muri-Gries (Leiter Koloman Gschwend), der Kammerchor Leonhard Lechner (Leiter Willi Seebacher), der sich sowohl Leonhard Lechners Werk zur Aufgabe machte, vor allem aber zu einem Pionier zeitgenössischer Chormusik wurde. Dieser Chor hat internationalen Ruf. Dazu kommt der Kammerchor von Bruneck unter der Leitung von H. Hopfgartner. Es ist dies ein neuer Chor.

Bei den Chören ist eine große stilistische Vielfalt der Programme festzustellen. Die Chöre leisten eine überaus große Arbeit, so daß man ihnen einen eigenen Beitrag widmen muß.

Für die musikalische Volksbildung gründete vor mehr als 15 Jahren das Südtiroler Kulturinstitut die Musikkurse, die namentlich vom Land übernommen wurden und vom Institut für Musikerziehung weitergeführt werden. In Meran, Naturns, Eppan, Auer, Brixen (mit Zweigstelle Sterzing), Bruneck (Zweigstelle Innichen) werden die Schüler in Gesang, Theorie und verschiedenen Instrumenten wie Holz- und Blechblasinstrumenten sowie Streichinstrumenten, Klavier und Orgel

wie auch Sologesang unterrichtet. Dazu kommt auch Gitarre. Allerdings kommt die Pflege der Volksmusik zu kurz. Zither und Ziehharmonika sowie Hackbrettunterricht gibt es nur in Innichen. Eine ähnlich aufgeschlossene Haltung zur Volksmusik kann man der Privatschule des MGV Bozen nachsagen.

Die Volksmusik ist von den kulturellen Institutionen allzusehr vernachlässigt worden, davon kann man auch das SKI nicht freisprechen. Tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen erschweren die Existenz dieser Sparte, da eine schöne Saitenmusik und ein schöner Zweier-, Dreier- und Vierergesang bei der abgestumpften Masse kaum mehr ankommt, auch bei solchen nicht, die sonst gerne auf ihr Tirolertum schwören. Gleich einem Stiefkind bleiben Sänger und Spieler einem Schattendasein überlassen und wenn sich der Bozner Sender zeitweise darum annimmt, so aus gewinnstüchtigen Überlegungen, da man zu billigen Aufnahmen kam, wenngleich eine Förderungsarbeit nicht abgestritten werden soll.

Das Unbehagen, das eine von oben her gelenkte Kultur auslöste, führte zur Bildung des Kulturzentrums, einer Vereinigung, die man als Sammelstelle aller marxistisch eingestellten Jugendlichen und auch solcher älterer Leute nennen kann, die einem teils parteipolitisch orientiertem Engagement folgen, zum Großteil aber liberale Linke sind. Sie griffen das Volkslied wieder auf, aber zu stark von ideologischer Zielsetzung her. Der kämpferische Aspekt einer gesellschaftskritischen Absicht ist unverkennbar. Klassenkämpferische Ambitionen dominieren, doch regen sich auch andere Ambitionen, die in diesem Unternehmen auch ihre Chancen haben.

Das Kulturzentrum führt das Dasein einer verfeimten Gruppe, da diese Gruppe auf eine völlig intolerante Umwelt stößt und leider selber intolerant reagiert. Weil aber die allmächtige SVP bloß auf ihre Allmacht bedacht ist, bleibt vielen Nonkonformisten nur die Flucht in dieses Ghetto, das alleine aufnimmt, die sonst überall abgewiesen werden. Das SKZ bekennt sich zu einer politischen Kultur und dabei bleibt eben auch die Musik nicht ausgeklammert. Die SVP betreibt die Beeinflussung viel diskreter und überläßt die Musik weitgehend sich selbst und fördert sie vor allem als Aushängeschild für Kultur mit Bevorzugung der Blasmusik.

Dafür eignen sich besonders Männer- oder Kinderchöre. Auch der Kinderchor von Lana des MGV Lana darf das aus dem Munde eines Kulturassessors erfahren. Aber der musikalische Wille in unserem Volke vermag auch den Widerspruch zwischen offizieller Eloge und tatsächlicher Förderung zu verkraften, ich meine da die Unterstützung von Vereinen, die durch

Kinderschulung mehr leisten als ein MGV aus seinen Statuten herauslösen kann.

Volksmusikpolitik ohne Basisarbeit

Die Verpolitisierung der Musik wird von der allmächtigen Partei wie auch von ihren schärfsten Gegnern angestrebt. Beiden Seiten sehen in ihr ein Mittel zur Beeinflussung ihrer Anhänger. Zur Zeit scheint mir unsere allmächtige Partei kulturpolitisch nicht ganz glücklich zu agieren, da ihre Überlegungen allzusehr von einem einseitigen Profitdenken bestimmt sind. Solt die Volksmusik wirklich neu aufleben, so bleibt unseren Leuten kein anderer Weg als der der Selbsthilfe. Es wäre notwendig, ein Zentrum für die Interessierten zu schaffen. Aber das wird nicht so leicht zu schaffen sein, denn die Werte, die immer so hoch gepriesen werden bei all den passenden öffentlichen Anlässen, sie sollen von den Idealisten hochgehalten werden und die brauchen ja wiewieso kein Geld. Nun ist es aber so, berechnen wollen sich die Leute gar nicht, aber für ein Zentrum mit einer kleinen Fachbibliothek und einem Notenangebot zur Ansicht, braucht es doch Geld, und da es wirklich um ein noch lebendes Kulturgut geht, das an einem fortschreitenden Desinteresse eingehen könnte, wäre es angebracht, auch von höchster Stelle her einmal einige grundsätzliche Überlegungen zu machen. Eine derartige Thematik zum Beispiel ist mir bei der Jungen Generation der allmächtigen Partei noch nie aufgefallen. Mich nimmt das Wunder, da ich mir nicht vorstellen kann, wie trotz höchsten Lobes von höchster Stelle eine Parteijugend wirksam bleiben kann, wenn sie sich mit antikommunistischen Parolen begnügt, anstatt an einer zeitgemäßen geistigen Basis zu arbeiten. Wenn das Vollgefühl der Macht nicht bald einer situationsgerechten Nüchternheit weicht, so kommt unweigerlich der Augenblick eines Vollgefühls der Ohnmacht. Die derzeitige Situation der Volksmusik ist zwar noch nicht alarmierend, aber sie zeigt bedenkliche Symptome unseres unterernährten Volksbewußtseins auf. Unter Volksbewußtsein verstehe ich jenes unerläßliche Selbstbewußtsein völkischer Eigenart, welches nicht angekränkt ist von einer wie auch immer gearteten Überheblichkeit und auch nicht von der Geringschätzung anderer Volksangehöriger, wohl aber darin besteht, daß man das Eigene immer vertritt, wo es die Situation erfordert und das ist nur möglich, wenn ein allgemein lebendiges Bewußtsein dem einzelnen dazu die Kraft gibt. Schlagworte und Parolen sind kein Ersatz dafür.

Die noch lebende Volksabstanz kann wieder aufleben, wenn man sie nicht weiterhin zu eigennützigen Zwecken mißbraucht. Wenn das Verantwort-

tungsbewußtsein unserer Volksführer nicht zunimmt und auch ihre Toleranz Andersdenkenden gegenüber, wird die Partei die Gegenwartsfrage nicht überdauern. Unser musikliebendes Volk ist zweifellos in seinen Bestrebungen durch das SKI sehr gefördert worden, wie auch durch die des VSM. Diese Danereinrichtungen sind gut fundiert, aber das angesprochene Fehlende muß noch dazukommen. Es ist gut, daß die Freude und das Talent für Musik bei uns so stark sind und die Volksmusik sich ihr Eigenleben erhalten hat. So lange diejenigen, die als Hüter und Verteidiger des Volkstums auftreten, sich dieser Sache nur oberflächlich annehmen und ein unbegreiflich unterentwickeltes Interesse wie auch eine erschreckende Unkenntnis von guter Volksmusik und dem echten Volkslied haben, ist der Schwund einer Bewußtseinssubstanz nicht aufzuhalten. Wer Führung auf kulturellem Sektor übernimmt, hat bildende Verpflichtung. Das SKI entsprach der übernommenen Verpflichtung, auch der VSM und der SSB, aber darüber hinaus steht es nicht zum Guten. Unsere besten Sängerguppen werden zur Staffage degradiert. Um Gotteslohn dürfen sie bei reichen und angesehenen Leuten zur Hochzeitsmesse singen und es als Ehre ansehen, für sie singen zu dürfen. Das sind keine Sonderfälle, sondern ein immer wiederkehrendes Ärgernis. Ein solches Gönnerturn von oben herab beweist einen Mangel an Kultur, der durch keine noch so gelungene Ausrede aus der Welt geschaffen werden kann. Wenn unseren guten Volksmusikgruppen und Volksliedsängern nicht jene Wertschätzung entgegengebracht wird, die ihnen gebührt, braucht man sich nicht zu wundern, wenn erhaltenswertes Gut in die Grabkammer der Archive wandert und kaum noch eine Aussicht hat, je einmal wieder aufzuleben.

Chancen für die Zukunft hat nur ein unverkrampftes Volkstum, das keine wie immer geartete Überheblichkeit kennt, sondern von einem starken Bedürfnis erfüllt. Erbgut nicht nur konserviert, sondern selbst schaffend gegen die modischen Dekadenzerscheinungen und Strömungen unbeirrt Gegenwart mitgestaltet. Würden nicht vorausschauende Musikerzieher wie Hans Thoreaser in der Singschule des Bozner Männergesangsvereines für Kinder die Volksmusik fördern, und wäre nicht in Farnichen und auch in Bruneck Musikerziehern wie Alfred Gasser und vielen anderen die Förderung der Volksmusik ein Anliegen, stünde es schlecht um die Zukunft. Eigenständigkeit, ein Begriff, auf den sich die allmächtige Partei so viel zugute hält, sie kann nur dort gedeihen, wo man eigenständigen Geistern auch den nötigen Spielraum überläßt. Sie ist eine Sache eines intakten Selbstverständnisses und kann durch bloße Programmierung nicht erreicht werden. Lust, Liebe und Freiheit zur Sache sind die unerlässlichen Voraussetzungen dafür.

Siegfried Nitz

Zweisprachigkeit in Südtirol

Jenseits der Protokolle, Prüfungen und Provokationen

Eine der wesentlichen Fragen im Autonomiezeitalter Südtirols ist die nach dem zwischenmenschlichen Klima in diesem Lande, danach also, wie die Menschen gleicher und verschiedener Sprachzugehörigkeit miteinander umgehen, ob sie sich verstehen: sprachlich, kulturell und politisch.

Gerade eine Demokratie ist darauf angewiesen, daß die Menschen nicht nebeneinander herleben, sondern das Miteinander suchen. Deshalb sind die Verhaltensweisen einzelner Menschen wie auch die verschiedener ethnischer Gruppen zueinander, sind die Einstellungen und Gefühle zu sich und anderen, die Kenntnis geschichtlich bestimmter Faktoren im Leben des einzelnen wie der Gruppe von Bedeutung und die Frage, ob und welche Kultur eine Gemeinschaft haben wird, definiert sich schließlich daraus.

Alle Überlegungen und Klärungsversuche darüber, wie und innerhalb welcher Zeitabschnitte die von den Paketmaßnahmen vorgesehene Zweisprachigkeit der Volksgruppen in Südtirol erreicht werden kann und soll, müssen also von einer wesentlichen Zielsetzung ausgehen, nämlich, daß die Zweisprachigkeit selbst und alle Wege, die zur Kenntnis der zweiten Sprache führen, eine entscheidende Hilfestellung zu leisten haben beim Abbau der nationalistischen Barrieren und der Resentiments zwischen den Volksgruppen.

Die Kenntnis der zweiten Sprache für alle im öffentlichen Dienst arbeitenden Menschen zu fordern, ist richtig; der Paketbestimmung zufolge kann im öffentlichen Dienst nur eingestellt werden, wer über die Kenntnis der zweiten Sprache verfügt. Die Privatwirtschaft ihrerseits folgt den Notwendigkeiten, die sich aus Handelsbeziehungen und Absatzmärkten ergeben, und sie ist in der Bevorzugung zweisprachigen Personals den öffentlichen Verwaltungen zum Teil schon vorangegangen.

Zweifellos bedeutet das auch eine Potenzierung der Berufschancen und damit sicherere, weil qualifiziertere Arbeitsplätze.

Wollte man aber die Zweisprachigkeit einzig und allein als ein Sprungbrett zum sozialen Aufstieg betrachten, würde sie keine Entkrampfung der in letzter Zeit wieder angezogenen nationalistischen Spannungen bringen.

Eine derart kleinkarierte Interpretation der Paketmaßnahmen erwirgt an der Schlinge des auf Lebensunterhalt ausgerichteten, daher notwendig kurzfristigen täglichen Ackerns jede weitblickendere Bestrebung, die von einem demokratischen und kulturellen Anlie-

gen bestimmt ist. Das Erlernen der zweiten Sprache muß also nicht nur den Arbeitsplatz beschaffen helfen, sondern sie muß zugleich auch eine Öffnung zur anderen Sprachgruppe hin, zu ihren Erfahrungen, Meinungen und Vorurteilen hin ermöglichen. Der Geist der Autonomie bliebe unerfüllt, würden wir jetzt nicht auch alles daran setzen, Demokratie in unserem Lande dadurch zu verwirklichen, daß wir es möglich machen, daß die Menschen sich verstehen können.

Eine bloß als Requisite, als Dokument und Familienbogensatz verstandene Zweisprachigkeit ist aus zwei Gründen abzulehnen: erstens weil sie so Ausdruck einer ausschließlich von der Befriedigung individueller Interessen und beruflicher Ambitionen geprägten Weltanschauung antidemokratische Folgen zeitigt, die im persönlichen Profitstreben, in der Abkapselung sowie in den nationalistischen Tendenzen einzelner Menschen und der Volksgruppen ihren Ausdruck finden; zweitens weil dann gerade jene Familien in der wirtschaftlichen Konkurrenz und im Bestreben nach sozialem Aufstieg den kürzeren ziehen, deren Aufstieg und deren kulturelle Emanzipation am dringendsten ist: das sind, pauschal gesehen, die Arbeiter innerhalb der italienischen Volksgruppe und die Bauern innerhalb der deutschen und ladinischen Volksgruppen.

Zweisprachigkeit und gesellschaftliche Klassen

Damit ist zugleich ein Klassengesichtspunkt angesprochen, der in der bisher vorwiegend ethnisch und national geführten Zweisprachigkeitsdiskussion kaum einen Platz gefunden hat. Es stehen in der gegenwärtigen Situation, das heißt genauer: im Hinblick auf das Problem der Zweisprachigkeit zwei Gruppen einander gegenüber, deren Merkmale zwar dadurch gegeben sind, daß die eine ihr Selbstverständnis aus der Zugehörigkeit zum Deutschen, die andere aus der zum italienischen Kulturraum herleitet. Doch eine zweite, nicht minder bedeutsame Front läuft innerhalb der Volksgruppen: von den Klassenunterschieden innerhalb der Gruppen selbst soll die Rede sein.

Vielleicht ist es die Folge einer gezielten Fälschung oder einfach nur eines verspäteten romantischen Idealismus, daß seit Jahren zumeist ganz allgemein von der Zusammenarbeit, vom friedlichen Auskommen der Volksgruppen die Rede ist, als seien diese nicht auch in ihrem Innern unterschiedlich und durch Klassen getrennt. Dasselbe Verallgemeinerung wird begangen,

wenn auch teils die des öfteren recht idealisierend behauptet wird, die steigende Bereitschaft zur Zusammenarbeit zwischen den Volksgruppen würde eine vermehrte Zweisprachigkeit zur Folge haben.

Das ist die Sprache derer, die die Macht haben. Wer so redet, hat ein Interesse daran zu verschleiern, daß die gleichen materiellen Bedürfnisse über die eigene Sprache und den eigenen Kulturraum hinweg ebenso verbinden wie die sprachlich-ethnischen.

Gerade im Zusammenhang mit der blinden, unhistorischen und unsozialen Starbeit, mit der die SVP von heute auf morgen und in allen Bereichen die Maßnahme der Zweisprachigkeit durchführen will, kann von einer wachsenden Bereitschaft zur Zusammenarbeit zwischen den Volksgruppen gegenwärtig nicht die Rede sein. Wohl aber hat die Bereitschaft zur Zusammenarbeit der deutschen Industriellen mit den italienischen zu einer Vermehrung der Zweisprachigkeit in diesen Kreisen geführt. Daß auch die Arbeiter und Angestellten über die Sprachgrenzen hinweg gemeinsame Interessen haben, wodurch vermehrte Zweisprachigkeit, das heißt Wissen um Land und Leute, gegenseitiges Verstehen und Verständnis sich entwickeln und ein kulturelles Leben Fuß fassen könnte, das die gemeinsame Arbeitswelt miteinbezieht, all dies muß nach kapitalistischer Logik verhindert werden. Daher läßt man den Nationalismus wieder ein bißchen warmlaufen.

Der Rollentausch zwischen Minderheit und Mehrheit

Tatsächlich war in den vergangenen Jahren die Kampfansage an den Nationalismus das erste und wichtigste Anliegen einer glaubwürdigen Politik demokratischer Parteien und der Gewerkschaften. In der gegenwärtigen Situation erwächst jedoch den demokratischen Kräften eine neue Schwierigkeit daraus, daß das Paket die gewohnten und teilweise verinnerlichten Gewichtsverhältnisse zwischen Minderheit und Mehrheit ins Gegenteil gekehrt hat: die deutsche Minderheit im italienischen Staat ist in der Provinz die auch rechtlich anerkannte Mehrheit geworden. Das Gefühl der Minderheit ist dem Italiener neu. Dieser Rollentausch mußte aufgrund der geschichtlichen Vorbedingungen zu Belastungen führen, die heute nur von der Arbeiterklasse selbst positiv, das heißt im demokratischen Sinne, überwunden werden können.

Die deutsche Volksgruppe bietet dem italienischen Arbeiter gegenüber größtenteils das Bild nicht nur einer ethnischen, sondern auch einer politischen Einheit, der er sich heute ausgesetzt fühlt und der gegenüber er Verteidigungsmechanismen in Gang setzt, die leicht in nationalistische Bahnen gelenkt werden können. Dahin läuft ja auch die heutige politische Arbeit der DC.

Das Bild von der ethnisch — politi-

schen und kulturellen Einheit der deutschen Volksgruppe beim italienischen Arbeiter stützt sich einerseits mit Recht auf die Tatsache, daß die SVP etwa 80% der deutschen Südtiroler Wähler auf sich vereinigt, zum anderen darauf, daß der italienische Arbeiter zumist weder deutsch schreiben, noch sprechen, noch lesen kann und daß er dadurch keine Information über die wachsenden politischen Differenzen und über die aufbrechenden Widersprüche innerhalb dieser Volksgruppe hat. Dies verstärkt das Gefühl der Isolation und die Abneigung, Deutsch zu lernen.

Viel wird von dem politischen Verhalten der deutschen Arbeiter, Angestellten und Bauern abhängen, davon ob sie weiterhin in diesem Maße die SVP unterstützen werden. Wesentlich wird auch sein, wie schnell die demokratischen Kräfte instande sein werden, eine gewisse national angehauchte Autonomieeuphorie in gewissen Kreisen in ihren autoritären und antidemokratischen Wirkungen einzuschränken, die jede fortschrittliche Perspektive der Landesautonomie zu untergraben drohen.

Zu vermeiden ist, daß die prinzipiell richtige Forderung, die Italiener sollten endlich Deutsch lernen, jetzt als ein mit Nationalismus aufgeblähter Vorwurf politisches Programm wird. Wirtschaftliche und soziale Gesichtspunkte sind endlich auch in Erwägung zu ziehen, wenn man bemüht ist, Gründe dafür zu finden, warum immer noch so wenige Italiener kein Deutsch sprechen. Nur das Wissen um diese Gründe kann zur Überwindung der Widerstände führen und Wege finden lassen, die eine Zweisprachigkeit bei der italienischen Bevölkerung erbringen.

Sprache als Selbstschutz

Aus einem durch den Faschismus geförderten, im Laufe der Zeit gefestigten Gefühl heraus, daß der italienischen Kultur gegenüber der Südtiroler ein größeres Prestige zukommt, setzt der Italiener beim deutschsprachigen Südtiroler Italienischkenntnisse voraus. Solange der italienische Arbeiter durch soziale, wirtschaftliche und juristische Zwänge nicht von der Notwendigkeit des Erlernens der zweiten Sprache überzeugt wurde (und dies ist jetzt durch das Paket geschehen), solange wäre er nur aufgrund von ganz persönlichen und rein idealistischen Anlässungen über das Zusammenleben von Volksgruppen zum Deutschlernen bereit gewesen. Tatsächlich ist dies nur bei einem sehr kleinen Teil der gebildeten italienischen Oberschicht der Fall gewesen. Berücksichtigung finden muß, daß viele nach Südtirol zugewanderte Italiener aus dem kulturell und wirtschaftlich unterentwickelten Süden stammen. Ihre Konfrontation mit einer anderssprachigen kulturellen und wirtschaftlichen Realität und mit der ausschließlich ethnischen Politik der SVP hatte das Gefühl des Ausgesetztseins, die Angst vor Abkapselung vom italienischen Raum und damit nationalistische Tendenzen zur Folge.

Selbstverständlich lernte dieser Arbeiter in dieser Situation Deutsch erst recht nicht, ebenso wie sein Gegenüber, der deutschsprachige Bauer, der im Kampf für seine ethnischen Rechte gegen eine verantwortungslose DC-Politik sich mit seinem Dialekt abschränkte, Italienisch nur unter Zwang lernte und seinerseits nicht die Bereitschaft aufbringen konnte, sich mit dem anderen, dem Italiener, auseinanderzusetzen. Italienischlehrer an deutschen



Kulturmensch, Kulturelles von sich gebend

Voll- und Mittelschulen auf dem Lande können ein Lied davon singen, welche Feindschaft die Kinder dem Italienischunterricht entgegenbrachten und auch heute zum Teil noch entgegenbringen.

Die wichtige Funktion der deutschen Hochsprache

Die Einsicht von der Notwendigkeit der gemeinsamen Verteidigung ihrer Interessen ist bei den deutschen wie bei den italienischen Lohnabhängigen erst allmählich in Entwicklung begriffen. Diese Solidarität wird umso stärker sein, je mehr die Deutschkenntnisse bei den Italienern den Abbau von Vorurteilen auf deutscher Seite ihnen gegenüber ermöglichen.

Es läßt sich beobachten, daß der deutschsprachige Südtiroler Deutschkenntnisse bei den Italienern honoriert. Dennoch führt dies nicht von sich aus schon zu einem größeren Kontakt zwischen den Volksgruppen und zwar deshalb nicht, weil der Italiener in den meisten Fällen die Hochsprache spricht, die für den Südtiroler zu meist eine ihm ungewohnte Ebene der Kommunikation darstellt.

Die Tatsache, daß ein kleiner Kreis deutschsprachiger Personen in Anwesenheit einer deutschsprechenden italienischen Person fast immer auf Italienisch umschaltet, hat weniger mit Höflichkeit was zu tun, als damit, daß der Italiener im Dialekt nicht kommunizieren kann, daß der Gebrauch der Hochsprache den Südtirolern außer in fest abgegrenzten Bereichen wie Kirche, Schule, Rundfunk, unatürlich und fremd erscheint, daß ihnen der Gebrauch des Italienischen näher liegt als der der deutschen Hochsprache.

Es mag zwar die Gewohnheit eine Rolle spielen, die sich auch darin äußert, daß viele deutschsprachige Südtiroler im Umgang mit allem Offiziellen und Behördlichen von vornherein die italienische Sprache benutzen, obwohl sie sich selbst und den Beamten besser dienen, wenn sie von ihrem Recht Gebrauch machen. Trotzdem zeigt sich hierin auch noch ein anderer bedeutender Aspekt, nämlich der, daß Denken und Sprechen von politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen beständig beeinflusst werden. Das wirtschaftliche Wachstum Südtirols ist mit dem europäischen Wiederaufbau nach dem Kriege im allgemeinen und mit dem italienischen insbesondere eng verbunden. Mit dem davon abhängigen Wohlstand und dem Konsumismus ging eine größtenteils unbewußte Vormachtstellung der italienischen Hochsprache vor der deutschen und die mehr nach Süden ausgerichtete Orientierung des Geschmacks einher. Es hat damit auch mit dem Bedürfnis nach Dabeisein, Modernsein und Geltung haben, es hat mit dem Ausbrechen aus den stagnierenden und überbrachten Ordnungen und Auffassungen des abseits dahindämmern-den Dorfes was zu tun, wenn deutsch-

sprachige Jungen und Mädchen beispielsweise zwar italienische Schlager singen, aber ihre Wünsche und Bedürfnisse nicht in deutscher Hochsprache auszudrücken vermögen.

Die Aufwertung der Hochsprache ist in Südtirol daher eine unabdingbare Voraussetzung einmal für den Erhalt und den Ausbau eines gewissen sprachlichen und kulturellen Niveaus der deutschsprachigen Bevölkerung selbst, zum anderen ist sie aber auch Bedingung für das Erreichen einer breit gestreuten Zweisprachigkeit bei der italienischen Volksgruppe. Dies bedeutet in der Praxis, daß das Bemühen um Hochsprache auch auf jene Bereiche ausgedehnt werden muß, die traditionell von der Mundart oder von einer Art Umgangssprache beherrscht sind, daß aber auch neue Bereiche, z.B. eine Universität, geschaffen werden müssen. Die rechtliche Absicherung der deutschen Volksgruppe durch das Paket läßt diese jetzt heraustreten aus der Schutzzone, die gerade auch durch die Bevorzugung des Dialekts vor der Hochsprache charakterisiert ist. Das Verlassen dieser geschichtlich bedingten, sprachlichen und kulturellen Schranken schafft dem Italiener die Möglichkeit, im Südtiroler einen die Hochsprache sprechenden Partner zu finden, den er zuvor in Südtirol selbst größtenteils entbehrt hat.

Selbstverständlich fällt der Schule (für den Zweitsprachenunterricht eine wichtige Rolle zu. Seit in den letzten Jahren die italienische Sprachgruppe immer mehr den Wert der zweiten Sprache erkannt hat, ist gerade von dieser Seite — und nicht nur mit Assimilierungsabsichten — der Ruf nach Errichtung von zweisprachigen Schulen laut geworden. Wenn es auch einleuchtend ist, die relativ geringen Erfolge des Zweitsprachenunterrichts dadurch zu erklären, daß dabei wohl Kenntnisse der Sprache, aber nicht Kenntnisse durch die Sprache erworben werden, so liegen bisher zwar wenige, aber doch eher negative Untersuchungsergebnisse über die an zweisprachigen Schulen erreichten Sprachkenntnisse in der Fremd- und Muttersprache vor. Dennoch ist es nützlich, bei der Suche nach Wegen zur Zweisprachigkeit die Errichtung zweisprachiger Schulen unvoreingenommen zu prüfen, unter der Berücksichtigung, daß auf eine gute Kenntnis der deutschen Hochsprache auch bei den Südtirolern selbst besonders Wert gelegt werden muß.

Für das „Zusammenleben der Volksgruppen“ kann also die Zweisprachigkeit jenseits des störenden und oft nur opportunistischen Geklappers täglicher politischer Stellungnahmen noch einiges leisten; wenn wir das wollen.

Und die Politik?

Sport und gesellschaftliche Veranstaltungen haben sich als vorteilhaft erwiesen, um junge Menschen auf die Junge Generation aufmerksam zu machen.

(Pahl auf dem Landeskongreß der JG)

Endlich!

Der Landesjugendsekretär soll sich politisch möglichst zurückhalten, besonders in der kommenden Zeit.

(Peterlini zu Pahl)

Der Reiseleiter

Wir leben in einem schönen und glücklichen Land in den Bergen, auf das der Herrgott die Sonne herabschickten, Stürme und Gewitter vorbeiziehen läßt.

(Peterlini auf dem JG-Landeskongreß)

Wetterscheide Salurner Klausur

Dunkle Wolken ballen sich am südlichen Horizont unseres Landes zusammen. Wir wissen aber: wir werden den Sturm überstehen.

(Peterlini auf dem Landeskongreß der JG)

autonomi

Mit der Gründung der AOS, der „Autonomen Oberschüler Südtirols“, haben wir eine Initiative gesetzt, die in ihrer politischen Bedeutung nicht unterschätzt werden darf. Um es deutlich und klar zu betonen: uns geht es nicht um eine Verpolitisierung der Schule, uns geht es nicht um die Verlängerung unseres Armes in den Oberschulen. Die AOS ist parteipolitisch völlig unabhängig!

(Peterlini auf dem JG-Landeskongreß)

AOS

Wir sehen die Schule als einen Freiraum einer lernenden Gemeinschaft an, die von jeder ideologischen Manipulation gleich welcher Richtung verschont bleiben muß.

(Pahl auf dem Landeskongreß)

Genau so ist's!

Daraus sieht man wieder einmal, daß alles Gerede von der italienischen Wirtschaftskrise reiner Quatsch ist, dieser Staat hat Geld und weiß es sinnvoll einzusetzen.

(X in „Dolomiten“ 4. April 1978 zu einem Sportkredit)

Kastrierte Kultur?

Als zusätzlichen Beitrag zum Rahmenthema dieser Nummer veröffentlichen wir das Referat, das von Markus Vallazza bei der Forumsdiskussion der SII am 30. 6. 1978 in Bozen zum Thema „Politische und kulturelle Polarisierung in Südtirol“ gehalten worden war.

Da ich persönlich nicht zu den Superrednern zähle, die ab und zu in Südtirol von sich reden machen, müssen die hier anwesenden Damen und Herren mit dem Vorlesen meiner hier eingetragenen Notizen vorlieb nehmen.

Ich möchte zusätzlich eines vorausschicken, damit mein Fall von vornherein geklärt ist: ich zähle mich nämlich ganz bewußt zu den Kulturpessimisten — zumindest in einer Zeit, wo fast überall Kultur klein geschrieben wird und im spezifischen Fall auch in Südtirol. Wieweit Kunst mit Politik zu tun oder nicht zu tun hat, steht hier außer Frage. Jedenfalls ist es nicht mein heutiges Anliegen, das ich vorbringen will. Auch will ich kein Referat über die Kunst im allgemeinen halten, denn darüber ist schon viel zu viel geredet und verredet worden — ein Zeichen dafür, wie schlecht es um sie bestellt ist. Die anwesenden Damen und Herren wollen wahrscheinlich von mir erfahren, welche Gründe mich bewogen haben, Südtirol zu verlassen. Auch darüber habe ich mich in der für mich äußerst schätzenswerten Zeitschrift der Südtiroler Hochschüler-schaft, nämlich im „SKOLAST“ geäußert.

Nun möchte ich heute hinzufügen, daß ich meinen vor zwei Jahren gefaßten Entschluß nicht bereut habe und zwar aus folgenden Gründen: Kultur wird in Österreich wie in kaum einem anderen Lande gefördert. Wenn ich sehe, was sich in den letzten Jahren (nur im literarischen Bereich zum Beispiel) alles getan hat in Graz und Klagenfurt mit dem Steirischen Herbst und dem alljährlichen Dichtertreffen in Klagenfurt, wobei beides bereits zum internationalen Begriff geworden ist, dann frage ich mich und Sie, meine Damen und Herren, warum so etwas Ähnliches nicht auch in Südtirol möglich wäre? Wo man auch noch den Vorteil der Doppelsprachigkeit genießt.

Man wird mir entgegen, daß auch in Südtirol in den letzten Jahren dies und das getan wurde, was auch jenseits der Grenzen ein Echo gefunden hat, wie z. B. der „Wiederbelebungsversuch“ mit unserem großen Dichter Oswald von Wolkenstein, der aber zum Großteil von Ausländern bestritten bzw. praktiziert worden ist und, meines Erachtens, auch nicht immer im Sinne des Dichters. Der Südtiroler Beitrag war mehr oder weniger die dekorative Umrahmung des Ganzen.

Ich persönlich wurde im Zusammenhang in Südtirol total verschwiegen, ja geradezu boykottiert, obzwar ich

mich ganze drei Jahre mit der Figur des Wolkensteiners beschäftigt hatte. Ich verlange nicht, daß man zu meinem graphischen Beitrag unbedingt steht, aber nachdem dokumentarisch fast lückenlos gearbeitet worden ist, warum anerkennt man die Tatsache nicht, daß noch ein Südtiroler dazu Stellung bezogen hat? Offensichtlich war den Südtiroler Kulturbonzen und Kulturmachern mein Wolkensteiner zu wenig bodenständig und zu wenig anständig, kurzum zu wenig Lederhose und Gamsbart — also links, wie könnte es auch anders sein? Ich habe also den Dichter Oswald von Wolkenstein verlinkt; denn alles, was den zuständigen Herren in Südtirol nicht in ihr kulturpolitisches Konzept paßt, ist für sie links — und links amtiert nur der Teufel. So können doch nur Idioten argumentieren — und ausgerechnet im Zusammenhang mit Oswald von Wolkenstein, dem ersten europäisch denkenden Menschen in unseren Breiten. Wäre er höchstpersönlich bei all den folkloristischen Veranstaltungen bzw. Rehabilitierungsversuchen dabei gewesen, er hätte sich sicher dazu seinen Reim gemacht und wäre wahrscheinlich auch ausgewandert, da ein Vollblutkünstler inmitten von kulturellen Impotenzlern kaum Chancen hat, auf seine Rechnung zu kommen.

Damit komme ich eigentlich zum Kernpunkt meines Referats: Jeder denkende Mensch in Südtirol kann sich mit der in diesem Lande betriebenen und manipulierten Kulturpolitik nicht immer einverstanden erklären. Wenn er sich demzufolge äußert bzw. opponiert, wird er von vornherein in das linke Lager abgeschoben und kulturpolitisch begraben und zwar mit dem obligaten Stoßgebet, man könne für ihn nur beten, daß der Herrgott ihm seine Todsünde verzeihen und in die Herde zurückführen möge, denn dann verzeihen ihm auch die verständnisvollen Landespolitiker.

Wenn man also alle jene, die gegen die herrschende Kulturpolitik in Südtirol opponieren und kritisieren, in das so verpönte linke Lager abschiebt, was bleibt einer von jeder Kritik ausgeschlossenen und jeder Opposition isolierten Kulturpolitik anders übrig, als zu verflachen und zu stagnieren? Genügen uns immer noch nicht die verhängnisvollen Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit, wo plötzlich jeder vernünftig denkende Mensch suspekt war, wo man die Künstler des Landes verwies und ihre Werke als entartet erklärt und zum Teil verbrannt hat?

Ich persönlich wehre mich gegen alles, was meinen künstlerischen Intentionen bzw. meiner individuellen Freiheit im Wege steht — egal von welcher Seite man mir diese zu beschneiden versucht. Kultur kann immer nur dort entstehen und gedeihen, wo man sie als etwas Lebendes versteht und nicht als eine Sache mit Scheuklappen, Maulkorb und Sterilisationsargumenten.

Damit will ich nicht sagen, daß diesbezüglich in Österreich alles zum besten steht — weiß Gott nicht, aber wie ich bereits eingangs erwähnt habe, wird im Gegensatz zu Südtirol viel mehr Kultur gefördert, das heißt: die dort amtierenden Politiker versuchen zumindest sich auch in kulturellen Belangen Einblick zu verschaffen und nicht stur auf einem Standpunkt zu beharren, wie z. B. hierzulande argumentiert wird: „Was wollen sich die Künstler auch noch in die Politik einmischen, die verstehen eh nix davon!“ Ich möchte nicht den umgekehrten Fall erwähnen... aber eines steht fest: wir versuchen wenigstens auch von der Politik etwas zu verstehen, um bei unseren Wahlgängen nicht blind Stimmen vergeben zu müssen. Aber auch die hiesigen Politiker dürften sich etwas mehr anstrengen, unsere Ansichten, Argumente und Vorschläge genauer zu untersuchen und verstehen zu lernen, anstatt alles mit der pauschalen Linksetikette zu versehen und abzutun. Diese überhandnehmende FEinstellung finde ich destruktiv und geradezu erbärmlich! Man sage mir, abschließend, was aus diesem herrlichen Südtirol wohl werden wird, wenn auch noch das bißchen Kultur, die hier gedeihen kann, kastriert wird. Amen!

Partylöwe

Wie können wir das Fest der Arbeit schöner feiern als mit einem Tanz in den Mail!

(Pahl in Sehtanders)

Sport-Pahlade

„Nun, Italien müßte aus Dankbarkeit für diesen Erfolg, der es ihm ja erst möglich macht, das Endspiel um den dritten Platz zu bestreiten, Südtirol eigentlich wieder an Österreich abtreten.“

(Happel), holl. Trainer — „Dolomiten“, 23. 6. 1978)

SPS für Ogino-Knaus?

„Nur weil man heimlich die Pille nimmt, bleibt die Paarung der KPI mit der DC ohne Folgen.“

(„Südtiroler Zeitung“, März 1978)

Kultur und Information

Was über Kultur geredet wird, ist von Haus aus vage. Alle Versuche exakter Bestimmung erfassen den Begriff nur einseitig. Eines aber steht fest: Kultur und Information leben in einer Symbiose. Ohne Kultur gäbe es keine Information und ohne Information gäbe es keine Kultur. Wie verflochten Kultur und Information miteinander sind hat auch Max Horkheimer (gest. 1973) hervorgehoben wenn er sagt: „Die Menschen sind nicht nur in der Kleidung und im Auftreten, in ihrer Gestalt und Gefühlsweise ein Resultat der Geschichte, sondern auch die Art, wie sie sehen und hören ist von dem gesellschaftlichen Lebensprozeß, wie er in den Jahrtausenden sich entwickelt hat, nicht abzulösen.“

Kultur ist also zunächst aufgebaut auf Informationen, über Erfahrungen, die von unseren Eltern und Vorfahren gemacht und übermittleit wurden.

Weiters müssen wir festhalten, daß jeder Mensch so wie er zur Sprache veranlagt ist, auch zur Kultur veranlagt ist. Es ist also reiner Dünkel, wenn Mangel an Bildung als Kulturlosigkeit bezeichnet wird.

Wir sollen uns Kultur nicht als ein Gut vorstellen, das man hat oder nicht hat. Kultur ist ein Zustand in dem wir sind. Ähnlich wie dem Wetter und der Temperatur. Auch das schlechte Wetter ist immer noch Wetter; auch eine Kultur unter Null ist immer noch eine Kultur. — Vielleicht eine eingefrorene, die sich nur darauf beschränkt, übernommene Formen zu verhärten, auch wenn sie inhaltlos und sinnentleert geworden sind.

Ich muß hier zu einem besseren Verständnis noch einen Vergleich heranziehen: als etwas Lebendiges, vom Menschen nicht zu Trennendes, hat Konrad Lorenz die ständige Kulturanpassung mit dem Wachstum eines Knochens verglichen. Er schreibt: „Es herrscht keineswegs nur darauf, daß knochenbildende Zellen, „Osteoplasten“ neue, alsbald verkalkende Knochensubstanz anlagern, es müssen gleichzeitig auch Zellen am Wirken sein, die instand sind alte Knochensubstanz zu vernichten, nämlich die „Osteoplasten“. Durch harmonisches Zusammenwirken dieser Antagonisten wird der wachsende Knochen dauernd der Größe des heranwachsenden Tieres angepaßt.“

Auf die Kultur übertragen bedeutet dies, daß diese nur dann lebendig bleiben kann, wenn zum historisch angesammelten Wissen und Verhalten, zu den Erfahrungen unserer Eltern und Belehrungen unserer Vorgesetzten neues Wissen und neue Erfahrungen, mit einem Wort neue Informationen in die Kultur aufgenommen und eingebaut

werden. Gleichzeitig mit der Anfügung neuer Informationen müssen alte tradierte Informationen abgebaut und ausgeschieden werden. Es ist dafür gesorgt, daß der Kampf zwischen dem einen Wunsch alles zu erhalten und dem anderen Wunsch alles zu erneuern, schon in jedem einzelnen nie abbricht. „Zwei Seelen wohnen ach in meiner Brust“, sagt Faust. Noch stärker tritt dieser Kampf im Wechsel der Generationen auf. Welcher junge Mann zwischen 15 und 20 Jahren macht nicht jene Zeit der Auflehnung durch, wo er das Elternhaus als abgeschmackt und die Lehren des Vaters als Banalitäten empfindet, wo das Fernweh das Heimweh überwindet und ihn auf die Suche nach neuen Wahrheiten und neuen Erkenntnissen schickt?

Freilich, oft pervertiert dieser Drang in Alkohol oder Drogen, oder der Wunsch nach Anderssein als der Vater begnügt sich mit dem Anziehen einer Schützenschicht oder Blue Jeans.

Am schwersten ist dieser Kampf bei Leuten von hoher Intelligenz. Von Darwin habe ich gelesen, daß er am Abend des Tages, an dem er seine Entwicklungstheorie festlegte, in sein Tagebuch schrieb: „Ich komme mir vor wie ein Mörder.“

Informationen sind die Bausteine der Kultur

Wie die Osteoplasten die Bausteine des Knochens sind. Wie beim Knochen aber gleichzeitig alte Knochensubstanz durch die Osteoplasten vernichtet werden muß, so muß auch in der Kultur ständig jener Teil der Tradition vernichtet und abgetragen werden, der die harmonische Anpassung an die neuen Umstände verhindert.

Warum sage ich Ihnen gerade das? Weil ich den Eindruck habe, daß in Südtirol derzeit ein besonders verhärteter Kulturkampf stattfindet, der krankhafte Züge hat. Auf der einen Seite wird von der Landesregierung eine Kultur gezüchtet, die allem Neuen ablehnend gegenübersteht. Jede Kultur muß sich vor Erstarrung schützen. Erstarrte Kulturen brechen zusammen. Ein sprechendes Beispiel für die erstarrte Haltung der Landesregierung ist ihre Ablehnung einer Universität in Bozen. Dieses Bremsen einer normalen Entwicklung schließt aber immer Gefahren in sich. Zunächst ist da der Staueffekt: plötzlich bricht der Damm, das Neue ergießt sich mit Wucht und ungeordnet über uns. Weiters ist die Gefahr, daß, wenn die Italiener, mit denen wir zusammenleben, eine ständige Kulturentwicklung haben und wir nicht, wir zur Aufnahme der italienischen Kultur und damit zur Verdrängung der eigenen Kultur

bewogen werden. Erinnern Sie sich an die Fabel von der Wette zwischen Sonne und Wind, wer dem Wanderer schneller den Mantel vom Leib brächte? Dem Wind nützte seine ganze Gewalttätigkeit nichts, der Wanderer wickelte sich nur fester in den Mantel. Die Sonne aber mit ihrer Wärme erreichte alsbald ihr Ziel.

Was dem Faschismus mit Gewalt nicht gelungen ist, könnte ebener attraktiver italienischer Kultur leicht gelingen, nämlich, daß wir den Mantel unserer tirolischen Tradition fallen lassen.

Der öffentlichen Kulturmacherei steht ein Teil der Jugend, und nicht der schlechteste, gegenüber, der auf einen totalen Bruch mit der Tradition zusteuert. Einen solchen totalen Bruch hat es in der Menschheitsgeschichte nie gegeben. Jede Generation steht auf den Schultern der vorhergehenden Generation. Deshalb ist anzunehmen, daß dieses Ziel unerreichbar ist. Der Schaden entsteht aber dadurch, daß jene Energien, die unsere Kultur entwickeln sollte, an unerreichbaren Zielen verpuffen.

Und braun auch?

Um Südtiroler zu sein, muß man zu erst einmal Tiroler sein.

(Pahl-Profil 6/7)

Worte eines Dilettanten

Die SH mit ihrer naseweisen politischen Agitation --, die man nur politisch völlig Unerfahrenen nachsehen kann --, wird dies zur Kenntnis nehmen müssen.

(Pahl zur Blutverschiedenheit der italienischen Südtiroler - Profil 6/7)

Steinerchen des Anstosses

Entgegen besseren Wissens verfälscht sie historische Tatsachen und interpretiert den Pariser Vertrag so, als ob er nicht für die deutsche Volksgruppe allein gemacht wäre.

(JG-Steiner zur SH - Profil 6/7)

Darf er wieder?

Nicht der Landesjugendreferent, der ursprünglich angekündigt war, aber wegen Krankheit absagen mußte, sondern der IJS Franz Pahl war bei der Versammlung in Schlanders mit dabei.

(Profil - 6/7)

Wo der Stolz zum Schicksal wird!

Ein Bauerhof, Achtzehnhundert Meter über dem Meer. Ein Phunpsklo. — Alpinaromatisch. An einem Nagel, anstelle jedes spezifischen Klopapiers: der SKOLAST.

(Profil - 6/7)

Wer durch Schweigen redet

„Offener Brief“ der SH — Eine erste Bilanz

Eine erste Bilanz kann also bereits vorgelegt werden. Und es handelt sich um eine positive Bilanz. Kein Zweifel, daß der von 83 Persönlichkeiten unterzeichnete „Offener Brief“ der SH an den Landeshauptmann, an den Landesassessor für Schule und Kultur sowie an die gesamte Südtiroler Öffentlichkeit eingeschlagen hat. Überall. Bei jenen, die durch ihn überrascht worden waren, bei jenen weiters, die sich über ihn gefreut haben (mit dem berühmten Seufzer „...endlich!“), aber auch bei jenen anderen, die vor lauter schamhafter Verlegenheit nicht mehr wußten, wohin sie ihre Blicke richten sollten. Diese letzteren haben es schließlich vorgezogen, nicht nur die Initiative selbst totzuschweigen, sondern auch Leserbriefe verschwinden zu lassen und sogar die sonst so willkommene „Junge Generation in der SVP“ zu zwingen, bei der „Tiroler Tageszeitung“ Zuflucht zu nehmen. Überhaupt sollte der Kriegsschauplatz ins Ausland verlagert werden. So mußte sich die bereits genannte „Tiroler Tageszeitung“ aus Innsbruck als Kanone zur Verfügung stellen, in deren Rohr die Angesprochenen südlich des Brenners das Pulver ihrer verlegenen Aggressivität stopften. Sogar ein „Leitartikel“ war dafür zu haben. Daß schließlich die Reaktionen dieses österreichischen Blattes selbst zum Spiegelbild der fast schon Mitleid erregenden Verlegenheit der „Dolomiten“ und der „Jungen Generation“ sowie der angesprochenen Landespolitiker werden mußten, ist in diesem Zusammenhang nicht weiter verwunderlich.

Andere Presseorgane haben es denn auch nicht versäumt, die Essenz dieser Verhaltensweise hervorzuheben. Da war einerseits die Unmöglichkeit für die Angesprochenen, mit der aufgeworfenen Problematik in der gewohnten Weise fertig zu werden: indem man nämlich jede ernsthafte Diskussion vermeidet und die Initiative — kraft des Meinungsmonopols, über das man verfügt — einfach niederwalzt. Die Planierraupen-Praxis konnte hier nicht ohne eigenen Schaden angewandt werden. Schließlich hatte ja eine Menge namhafter Persönlichkeiten unterzeichnet, von denen gar einige dem SVP-„Dolomiten“-Raum nahestehen, während andere wiederum über eine unbestreitbare kulturelle und künstlerische Autorität verfügen. Die erste Verteidigung, mit der sich einige Personen in der ersten Überraschung ans Tageslicht getrauten und wonach der größte Teil der Unterzeichner hält eben der KPI angehört oder ihr sehr nahestünden, mußte schließlich als das Heiße geschoben werden, was sie von Anfang an gewesen war — eine klägliche Unwahrheit. Und Otto Saurer? Seine Unterzeichnung war ein politischer

Fehler, hörte man münkeln. Mancher Einfaltspinsel ging sogar so weit, der SH vorzuwerfen, sie habe nicht ganz korrekt gehandelt, als sie diesen zweifelsohne mit Autorität versehenen Vertreter der „Arbeitnehmer in der SVP“ um seine Unterschrift ersuchte. Ein politischer Fehler! Hinter diesem Euphemismus verbirgt sich ein maßloser, jedoch ohnmächtiger Ärger. Die übliche Taktik der „verbrannten Erde“ war hier also feint am Platze. Nur einem Hans Benedikter konnte es auf dem SVP-Landeskongreß einfallen, dennoch für einen Augenblick zur alten Medizin (in Wirklichkeit ein garstiges Gift) zu greifen und die Unterzeichner (unter anderen Otto Saurer, Karl Plattner, Hans Widman, Markus Vallazza, Hellmuth Ladurner, Robert Pöder, Willi Erschbaumer, Egmont Jenny usw.) als „nützliche Idioten“ zu beschimpfen. Aber er war auch hier eine Ausnahme.

Andererseits war es jedoch die vollkommene Unfähigkeit, mit den Promotoren und den Unterzeichnern in eine offene, wenn auch harte demokratische Auseinandersetzung einzutreten, die es für angebracht erscheinen ließ, überhaupt nicht zu reagieren. Zu schuldig fühlte man sich, zu sehr war man angesprochen worden, zu groß war die Beiröhenheit und die Einsicht, daß man in einer solchen Diskussion mehr als eine Feder hätte lassen müssen. Man schwieg also. Und lieferte damit den letzten Beweis, wie recht die SH mit ihrer Initiative hatte. Es gab kaum ein Presseorgan des In- und Auslandes, das diese Tatsache nicht vermerkte. Vielleicht war es eben dieses Gefühl, durch das eigene Schweigen eigentlich mehr auszusagen als man mit Worten je hätte schaffen können, das es letztlich dem Landesrat Dubis und dem SVP-Jugendlichen Perwanger geraten erscheinen ließ, eine Teilnahme an der Diskussion im Walthaus zum „Offenen Brief“ nicht mehr abzulehnen. Jedenfalls soll es in den SVP-Gremien hart zugegangen sein, bevor es zur Geburt dieses Entschlusses kam. Die große Verlegenheit kam jedoch auch in den Feiertagen dieser beiden SVP-Vertreter einmal mehr zum Ausdruck.

Damit aber am Ende auch kein einziger Zweifel an der Fundiertheit der Aussagen des „Offenen Briefes“ aufkommen konnte, erklärte der Landeshauptmann Magnago dem „Corriere della Sera“: zwischen Antikommunismus und Kommunismus kann es keine Neutralität geben! Womit der entscheidene Wille zur kulturfeindlichen Polarisierung aus höchstem Munde bestätigt worden ist.

Aber nicht genug. Auch die „Junge Generation“ konnte es sich nicht er-

sparen, ihren Teil beizusteuern, um auch jene noch von der Richtigkeit der SH-Initiative zu überzeugen, die vielleicht noch etwas zögerten. Wir beziehen uns auf das blödsinnige Aufsätzchen eines gewissen „Anderl“ in der Juni-Nummer des „Profil“. Eigentlich sollte es eine Glosse sein, mit der die „Junge Generation“ (zum ersten Male seit langer Zeit, wohlgerückt) den „Fragenkomplex einer Universität in Südtirol“ behandeln wollte. Man muß sich das vorstellen. Seit einigen Jahren bringt die SH die Frage der Universität in der demokratischsten Form voran. Seit genauso vielen Jahren bemüht sie sich, zu diesem Thema auch mit der SVP und ihrer „Jungen Generation“ in ein sachliches Gespräch zu kommen. Wie oft schon wurden Vertreter dieser Organisationen zur Diskussion eingeladen und sind nie erschienen! Und nun erscheint im JG-Blatt eine „Glosse“, die von „Arbeitsbrigaden“ spricht und von Professoren „Mitra“ und „Galera“ zu erzählen weiß. Und nichts mehr! Diese Art, mit einem ersichtlichen Problem (zu dem man verschiedenster Meinung sein kann — wodurch das Problem noch lange nicht aufhört, ein ernsthaftes zu sein!) fertig zu werden, nachdem man sich jahrelang geweigert hatte, mit der SH offen und sachlich darüber zu diskutieren, beweist für sich allein bereits, wie richtig der Nagel im „Offenen Brief“ getroffen worden ist.

Viel differenzierter und problematischer ging hingegen Dr. Josef Innerhofer vom „Katholischen Sonntagsblatt“ an den „Offenen Brief“ heran. Er, der nicht gerade als besonderer Freund der gegenwärtigen SH-Mehrheit gilt und beileide nicht den Ruf eines Oppositionellen hat, wahrte immerhin seinen Ruf als intellektuell ehr-

Verbot für Alpenrosen?

Die um sich wuchernden roten Blumen werden in unseren Bergen und Knotten keine Lebensessenz finden.

(Ein Schütze zum Naturschutz „Dolomiten“ 19. Mai 1978)

Inge Gualtieri

39012 Meran, Manzonistraße 11
Tel. (0473) 3 33 11 Büro
Tel. (0473) 2 31 10 Priv.

übernimmt Reinschrift, Einband und Druck von Doktorarbeiten. Pünktliche und formschöne Ausführung.

Mehrere Schriftbilder, Farbbänder und Farbmuster stehen zur Auswahl.

**Folgende Persönlichkeiten haben den im Titelblatt
abgedruckten „Offenen Brief“ der SH unterzeichnet:**

Arch. Zeno ABRAM	Architekt
Dr. Günther ANDERGASSEN	Schulleiter
Dr. Werner v. AUFSCHNAITER	Landesbeamter
Elisabeth BAUMGARTNER	Journalistin
Dr. Siegfried BAUR	Schuldirektor
Dr. Luis BENEDIKTER	Oberschullehrer
Dr. Alexander BRENNER-KNOLL	Oberschullehrer
Dr. Oktavia BRÜGGER	Journalistin
Dr. Hansjörg DELL'ANTONIO	Landesbeamter
Dr. Siegfried DE RACHEWILTZ	Autor
Willi ERSCHBAUMER	Landtagsabgeordneter
Walter FILL	Journalist
Dr. Eduard FLEISCHMANN	Universitätsassistent
Alfred FREI	Parteisekretär
Arch. Walter GADNER	Architekt
Arch. Paul GAMPER	Architekt
Prof. Claus GATTERER	Publizist
Jörg HOFER	Maler
Dr. Elisabeth HÖGLINGER	Oberschullehrerin
Michael HÖLLRIGL	Bildhauer
Dr. Reinhold HUBER	Arzt
Dr. Reinhold JANEK	Mittelschullehrer
Albert JANUTH	Parteisekretär
Dr. Egmont JENNY	Landtagsabgeordneter
Norbert C. KASER	Autor
Roland KRISTANELL	Autor
Dr. Florian KRONBICHLER	Beamter
Dr. Hellmuth LADURNER	Landesbeamter
Dr. Franz LANTHALER	Oberschullehrer/Gewerkschafter
Dr. Hartmuth LINDENMEYER	Pastor
Franco MARINI	Regisseur
Gottfried MASONER	Maler/Musikkritiker
Albert MAYR	Musiker
Dr. Renate MEYER	Biologin
Gerhard MUMELTER	Mittelschullehrer/Journalist
Cuido A. MUSS	Bildhauer
Dr. Konrad NEULICHEDL	RAI-Angestellter
Dr. Fritz NEUMAIR	Arzt
Dr. Siegfried NITZ	Oberschullehrer
Heidrun OBEREGGER	Malerin
Turde OBEREGGER	Malerin
Volker OBEREGGER	Musiker
Kurt PARDELLER	RAI-Angestellter
Josef PERKMANN	Gewerkschafter
Fritz PESENDORFER	ÖH-Vorsitzender
Franz PICHLER	Maler
Karl PLATTNER	Maler
Robert PÖDER	Journalist
Krista POSCH	Rundfunksprecherin
Arch. Paul PREIMS	Architekt
Alrun PRÜNSTER	Malerin/Soziologin
Dr. Roland PSENNER	Assistent der Österr. Akademie der Wissenschaften
Dr. Oskar PUTZER	Universitätsassistent
Dr. Konrad RABENSTEINER	Autor
Klaus RAINER	Regisseur
Birgid RAUEN	Autorin
Klaus REIDER	Gewerkschafter
Robert RIENZNER	RAI-Angestellter
Dr. Otto SAURER	Vize-Direktor des Instituts für Geförderten Wohnbau
Matthias SCHÖNWEGER	Maler/Autor
Dr. Rainer SEBERICH	Schuldirektor
Dr. Max SILLER	Universitätsassistent
Benno SIMMA	Gewerkschafter
Dr. Anton SITZMANN	Bibliothekar
Gottfried SOLDNER	Journalist
Gerd STAFFLER	Journalist
Luis Stefan STECHER	Maler/Autor
Dr. Leopold STEURER	Oberschullehrer
Emil STOCKER	Parteisekretär
Josef STRICKER	Arbeiterpriester
Hubert STUPPNER	Musiker
Dr. Walter TAPPEINER	Oberschullehrer
Dr. Arno TEUTSCH	Bankgewerkschafter
Markus VALLAZZA	Maler
Arch. Roland VENERI	Architekt
Dr. Otto VINATZER	Rechtsanwalt
Oswald WALDNER	Autor

liche Person und gab zu, daß etliche Dinge an der SH-Initiative zumindest überlegenswert sind. Auch die ausgeglichene Stimmungsnahe Dr. Friedl Folgers zum „Offenen Brief“ sowie die Unterschriften Dr. Saurers und anderer SVP-naher Persönlichkeiten haben bewiesen, daß die intellektuelle Redlichkeit und die Unabhängigkeit auch in diesen Kreisen noch eine gewisse Rolle spielt.

Großes und im allgemeinen ein positives Echo fand die Initiative in der gesamten italienischen Presse. Es gab kaum eine Zeitung oder eine Rundfunk- oder Fernsehstation, die sie nicht — wenn auch im Zusammenhang mit dem SVP-Kongreß —, wenigstens erwähnt hätte. Sehr aufmerksam haben auch die ausländischen, vor allem deutschen und österreichischen Massenmedien den „Offenen Brief“ verfolgt. Der SH-Vorstand wird versuchen, eine kleine Dokumentation über die verschiedenen Reaktionen zusammenzustellen.

Die erste Zwischenbilanz kann also im großen und ganzen positiv bewertet werden. Der „Offene Brief“ ist nur der Anfang einer auf längere Zeit geplanten Initiative zur Frage der kulturellen und politischen Minderheiten in Südtirol und zum Problem der kulturellen Bewegungsfreiheit in unserem Lande. Die bisherigen Dinge haben gezeigt, daß es möglich ist, zu dieser Frage Menschen verschiedenster Ausrichtung zu mobilisieren.

Die Redaktion

Kennst Du ihn?

Jahrgang 1955, Wohnort Radein, Studium an Franziskanergymnasium in Bozen und an der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Florenz. Ich arbeite gerade an der Doktorarbeit zum Thema: „Die Filzlaus und ihre Eingliederung in die eurokommunistische Gesellschaft“.

(Profil 6/7)

Karin WELPNER
Malerin
Hans WIDMANN
Gewerkschafter
Dr. Hans WIELANDER
Oberschullehrer
Dr. Otto WUNDERER
Oberschullehrer
Joseph ZODERER
Autor/Journalist
Arch. Oswald ZÖGGLER
Architekt

Forumsdiskussion im Waltherhaus

30. Juni 1978

Ein beinahe vollbesetzter Saal. Voran, ein langer Tisch, es sitzen da: drei Unterzeichner des inzwischen über die Landesgrenzen gellatterten offenen Briefes: Helmut Ladurner, Josef Stricker, Markus Vallazza; und zwei Vertreter der SVP: Klaus Dubis, Markus Perwanger (Junge Generation).

Es geht um die kulturellen und politischen Minderheiten im Lande, um die Andersdenkenden, es geht um den Versuch der SVP, einen kompakten Block auf „kulturellem“ Gebiet zu schaffen. So die Einleitung G. Pallavers. (Die Ausführungszeichen sind von mir -- dürften Pallaver aber nicht stören...). Positionen (politisch) werden unterschoben, man ist „Wegbereiter für Kommunisten“ u.a.m. Vermittlung wird nicht zugelassen. Soweit Pallaver.

Ladurner ist der erste Redner: zählt sich nicht zu den „Intellektuellen“, ebensowenig zu den „nützlichen Idioten“ Hans Beaudiktorscher Definition. Aufgabe des offenen Briefes ist es laut Ladurner, erstarrte Verhältnisse in Bewegung zu setzen. Die gesamtstaatliche und europäische Ebene wird in Betracht gezogen. Ein neues Gesellschaftsbewußtsein bahnt sich an. Stricker weist auf das Anflackern der nationalen Gegensätze hin, auf beiden Seiten (er denkt da sicher an die Artikelserie gewisser italienischer Presse, die, nebensächlich bemerkt, von bundesdeutschem Kapital mitfinanziert wird...). Man versucht, Intoleranz religiös zu motivieren. 1971 ist der KVV auf „Linkskurs“, die ACLI schwimmen im „linken Fahrwasser“, der Redner selber ist laut „Athesia-Presse“ linkslastig, was ja weiters nicht so schlimm wäre. Schlimm ist es, wie Stricker bemerkt, daß man das Christentum für ein politisches Projekt vereinheitlicht, daß alles Neue, das nicht ins politische Konzept paßt, mit religiöser Motivierung verdammt wird. Ich denke an Artikel in der „Dolomiten“: Väterglaube gleichgestellt mit Tradition; Tradition gleich Kultur. Ein Beispiel: Gründung der x-ten Schützenkompanie in Berufung auf Väterglaube und Tradition (ist Kultur), führt zur x-ten Fahnenweihe (Kultur und Kirche), anschließend Feldmesse mit Predigt über Väterglaube und Tradition, x-te Heidenkehrung (ist Tradition?), abschließend Festzug zum Festzelt: Hendl und Bier und Aufwärmen glorreicher Erinnerungen. Heimwärts torkelnde Schützen und nicht: Kultur hat sich getan! Zugleich ist man kulturell-politisches Bollwerk gegen den Kommunismus, farbenprächtig und „völkisch“ (Pfeifhofer, hoher Rang in der Schützenhierarchie, hat das „Völkische“ wiederentdeckt). Zudem hat man den Touristen was geboten (Südtiroler Kultur), hat also letzten Endes, wie das tapfere

Schneiderlein, mehr als eine Fliege mit einem (kulturellen) Schlag erledigt. Stricker: Die SVP „Bulldozer“ des Antikommunismus rollen seit 1975 übers Land, christlich motiviert, politisch manövriert.

Vallazza zählt sich zu den Kulturpessimisten: ich habe ihn trotzdem gern. Man hat mit ihm die Hoffnung auf kulturelles Südtiroler Neuland nach Österreich versandt. Vallazza stellt Vergleiche Südtirol -- Österreich auf kulturellem Gebiet an. Warum ist das was dort, nicht auch hier möglich? Er kommt auf Oswald von Wolkenstein zu sprechen, zu dessen „Wiederbelebnungsversuch“, zu dem Südtirol den schmückenden Rahmen, das Ausland den Rest lieferte. Vallazzas Wolkenstein wurde diskret übergangen: zuwenig Lederhose, nicht völkisch, also: linkslastig und somit verdammt. Wolkenstein, so Vallazza, wäre, lebte er heute, auch ausgewandert. Auch ihm träfe das Urteil: barbarische Kunst. (Definition, die in nicht allzu lerner Vergangenheit alle jene traf, die, weil „Bolschewiken“ nicht der Blut- und Bodenromantik huldigten. Die echten Künstler waren auch damals zur Auswanderung gezwungen, wenn die SS diesem Bestreben nicht zuvorkam...).

Vallazza schließt mit der Bemerkung: das bische Kultur das hier noch existiert, wird kastriert... Die einzige Feststellung Vallazzas, die G. Schedereit in seiner gewohnt objektiven Art, im „Mittagsmagazin“ des darauffolgenden Tages in seinem Kommentar zur Diskussion zitiert.

Szenenwechsel: die drei Unterschreiber hatten sitzend gesprochen, ohne Krawatte und Anzug. Macht hingegen, man weiß, liebt Dekor. Festlich sehen sie aus, die beiden SVP-Vertreter und Dubis, er hat das Wort, erhebt sich, sich entschuldigend, da er „klein gewachsen“. Wie dann gleich die Fernschotypen auftauchen und den stehenden Dubis von unten (optischer Trick: da wirkt das Kleine größer) und seitlich (zurück zur Wirklichkeit) filmen, da steigt in mir der Verdacht auf, daß der „kleine Wuchs“ unseres Fernseh-Ernährers zweitrangig ist, eine stehende Rolle steht ihm auf jeden Fall zu. Den offenen Brief hat und hätte er nicht unterschrieben, meint er. Die Unterschreiber haben das Ziel verfehlt: der Angriff auf „Dolomiten“ und „Junge Generation“ ist nicht richtig formuliert, wenn er in Form eines offenen Briefes an den Landeshauptmann und Kulturassessor Zelger gerichtet ist. Man wolle ja sicher nicht, daß Magnago seinen Einfluß auf die „Dolomiten“ ausübe! Fazit: man hat auf die falschen Personen geschossen! (Das Ganze als bloßen Angriff auf „Dolomiten“ und JG zu interpretieren ist ja, ehr-

lich gesagt, ein etwas plumpe Manöver...). Wie dem auch sei, Dubis ist Realpolitiker: was zwischen zwei Machtblöcken liegt, wird zerrieben (kategorisch) -- wer zwischen zwei Mühlsteinen liegt, wehrt sich -- gegen beide allerdings! (aufklärend). Schweigen im Saal: da verwandelt sich ein „kleiner Mann“ in Mühlestein, zerreibend und selbstsicher wie nur ein Mühler sich in sein Produktionsmittel hineinleben kann. Daß Mühlsteine ohne Korn zwecklos, Korn aber auch ohne Mühlsteine gegessen werden kann, scheint mir erwähnenswert. Wird auch wieder Mode: Vollkorn, Integral-Form. Zurück zu Dubis: die kommunistischen Blätter (die Navas in diesem Blätterwald werden feintüchtig verschwiegen) wettern ja auch gegen die SVP! Kulturelle Unterdrückung -- Dubis Stimme wird vorwurfsvoll -- ist ein schwerwiegendes Wort (wären nur alle SVP-Politiker in der Verwendung gewisser Worte so vorsichtig, geht's mir durch den Kopf), er wartet da auf konkrete Beweise und zeigt anklagend gen Osten: Länder in denen nicht alle sagen können was sie wollen! (Russische Dissidenten beklagen sich, daß sie zwar schreiben dürfen, ihre Werke aber nicht veröffentlicht werden; daß sie zwar sprechen können, aber keine Mittel zur Verfügung haben, ihre Stimme den Massen zu kommen zu lassen; daß sie zwar malen dürfen, aber keine Ausstellungsräume für ihre Werke zur Verfügung gestellt bekommen. Das „Kulturzentrum“ z. B. kann über gleiche Situationen in Südtirol ein Lied singen... die Anklage Dubis hat den berühmten Boomerang-Effekt). Bescheiden weist Dubis auf unser Glück hin, gleich drei Fernsehprogramme aus verschiedenen Ländern zu empfangen. Ja, und schließlich gehöre es zur Freiheit, daß auch die „Dolomiten“ ihre Linie vertreten dürfen! (Ich seh' etwas enttäuscht zu Vallazza hin: hat er von den drei Fernsehstationen nicht gewußt? Wird er in Österreich noch das Glück haben... Und ich seh' mir die anderen Unterschreiber an: sind sie sich bewußt, daß sie mit ihrer Unterschrift der „Dolomiten“ beinahe die Freiheit der Linie genommen haben?)

Laut Schedereit („Mittagsmagazin“) fand Dubis mehr Anklang als Perwanger (JG). Von dem einstimmigen, starken Beifall, der die Reden der „Opposition“ unterstrich, kein Wort. Schedereits Aufenthalt in England war offensichtlich zu kurz: objektive Berichterstattung ist ihm fremd. Intoleranz drückt sich auch so aus. Eine blendende Karriere dürfte ihm unter diesen Vorzeichen allerdings sicher sein.

Was nun der Vertreter der „Jungen Generation“ bietet, ist stark. Da muß sogar Schedereit das Wort „Arroganz“ fallenlassen. Anders ist das Auftreten nicht zu umschreiben. Zwei, drei Zitate ersetzen eigene Denkvorgänge, den Anwesenden („sogenannten Intellektuellen“ wie er meint) wird erklärt, daß das antikommunistische Konzept (??)

auch in großen Parteien zu finden sei. (Kultur hat sich demnach wohl den Parteien unterzuordnen...). Es kam bei Perwangers Ausführungen zu Gelächter aus dem Publikum und zu einer hysterischen Reaktion desselben: Kronhiebler was hoschn zu lochn ha? ha? usw. Wenn Leute dieses Schlags in nicht allzu ferner Zukunft unser Land regieren sollten, dann werden sie kaum das bißchen Toleranz aufbringen, das heute in Südtirol (mit einigem Suchen) noch zu finden ist.

N.O.

Notwendige Nachschrift:

Unser Randbemerker des „Dolomiten“ ... Dienstags war bei der Forumsdiskussion anscheinend nicht anwesend, denn er schreibt: „wie mir berichtet wurde... sagte...“ (11. Juli: „DIE AUSGESTOSSENEN“). Bei der Beweisführung gegen die „Lieblinglüge der Südtiroler Linken“: die aus der Heimat vertriebenen Kulturschaffenden, zählt er die Namen dieser angeblich Vertriebenen auf: Tumlner, Rosendorfer, Flora, Plattner, Gatterer und kommt zum Schluß: von „vertrieben“ keine Rede, den Herren geht es glänzend, Gatterer sogar von der SPÖ zum Professor ernannt (man höre und staune), Urlaub wird auf heimischen Boden verbracht, der zugleich „Kraftquellen“ künstlerischen Schaffens liefert (den Saft bringen diese Herren dann unverzollt ins Ausland!), kurz und gut, alles in bester Ordnung bis auf einen „bedeutenden Grödner“ Maler und Lyriker... verflucht, wie heißt der nur? Man stelle sich einen Randbemerker am Montagabend vor, der für Dienstag seine Sparte füllen muß und nun, vor Redaktionsschluß unter den „Klassikern“ stüdt. Kulturlebens verzweifelt nach dem Namen dieses Grödners forscht! (Hektisches Telefonieren: „Herr Assessor, ... ja, der Salzburg...“, aber den Namen! Wissen Sie auch nicht? oh Gott!“ Telefonhörer sinkt in seine Gabel. Ideell: Amt für Denkmalschutz: „... Ja, Edelsitz erworben, Nähe Gröden... Fenster vergrößert... wie?... Anzeige? den Namen des Herrn bitte!... nicht? Nein, kein Bundesdeutscher... Ihren Vorgesetzten bitte...!“ (ein Stöhnen X's): „im Urlaub!“ Klick!“ Aus! Verzweilungstat des X: greift zum Bleistift und versucht psychologischen Trick: zeichnet den Grödner und dessen Werke nach. Resultat: miserable Zeichnungen, der Name MARKUS VALLAZZA kommt aus dem Unterbewußtsein nicht hervor...).

Wenn man immer am Rande bemerkt bzw. vermerkt, fällt halt hier und da etwas über den Rand und aus dem Gedächtnis: am 11. Juli, Dienstag, erscheint die „Randbemerkung“: „DIE AUSGESTOSSENEN“. Markus Vallazza wird ironisch um- und beschrieben — aber nicht genannt. Der Leser verzehle mir, wenn ich nun vollkommen vom Thema abgekommen bin: eigentlich wollte ich Formen subtiler Diskriminierung und geschickter Demagogie aufzeigen...

Eine Bürgerinitiative in Südtirol

Anmerkungen

kürzlich erschien eine Broschüre, die Rechenschaft abgibt über die Aktivitäten und Kämpfe einer Bürgerinitiative in Südtirol — es ist hier die Rede von der „Aktion zur Erhaltung der Geislergruppe“.

Diese Aktionsgruppe entstand 1973 mit der Zielsetzung, die von der Zansgampen GmbH geplante Errichtung eines Skizentrums im Talschluß von Villnöß zu verhindern. Ihr Alternativvorschlag war: den gesamten Talschluß in den geplanten Naturpark Puez-Geislergruppe einzubeziehen und dadurch den natürlichen Erholungsraum für den Fremdenverkehr zu erhalten.

Fremdenverkehrsfragen wurden zum Zankapfel, was wohl bezeichnend ist für unser Südtirol, dessen Wirtschaft einseitig in diese „Monokultur“ investiert.

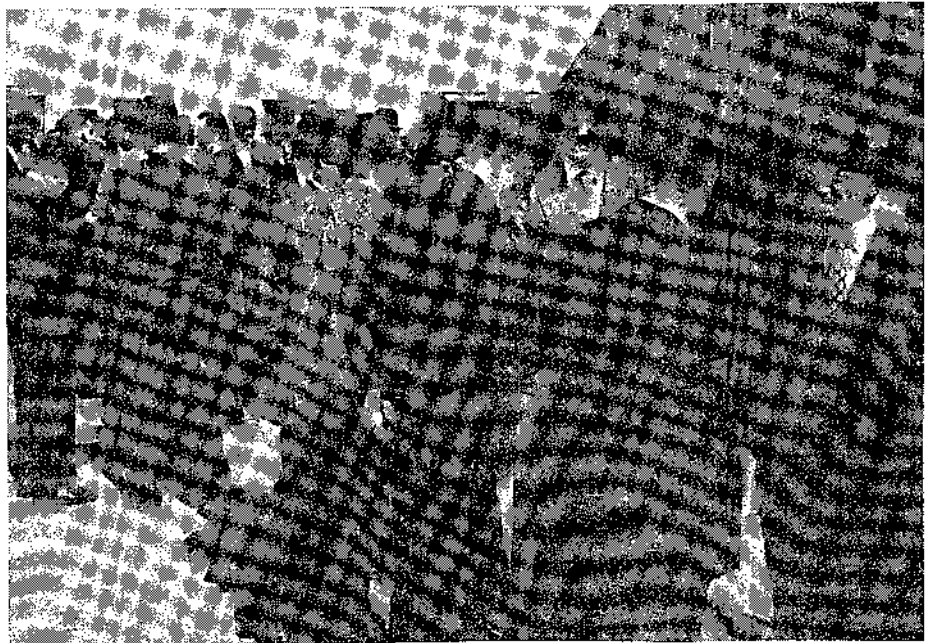
Trotz allem — auch die Bürgerinitiative sieht im Fremdenverkehr eine wichtige Einnahmequelle für das Villnößtal, nur glaubt man, Villnöß ist nicht ins Hintertreffen gegenüber anderen Tälern geraten. Diese Ansicht erwächst aus einem höchst ungerechten einseitigen Vergleichsdenken. Der zwanghafte Nachahmungstrieb übersieht das Spezifische für Villnöß, es hat seinen Grund, daß Villnöß sich nicht zu einem Skizirkus entwickelt hat wie Gröden oder Corvara. Heute eine Jahrzehntalte Entwicklung im Schnellzugtempo nachvollziehen zu wollen, ist falsch“. (S. 10)

Kurzfristige Profitorientierung und Spekulantentum waren also der Stein des Anstoßes — dagegen stellte man die Chancen einer weitsichtigeren Planung und des Naturschutzes. Der Kampf gegen die „Mächtigen“ war schwer, aber nicht erfolglos.

In diesen kurzen Anmerkungen soll nicht auf Einzelheiten eingegangen werden, sie sollen jedoch dazu anregen, sich selbst zu informieren. Hinweisen möchte ich noch auf das Vorwort R. Pöders, der meint, zentrales Anliegen der Initiative sei Bewußtseinsbildung gewesen, „Bewußtseinsbildung über das Gespräch aller Beteiligten, Meinungsbildung aufgrund sachbezogener kritischer und umfassender Informationen, Entscheidungsfindung im Sinne zukunftsorientierter Mitverantwortung; Bürgerinitiative also verstanden als politischer Reifungsprozeß“. (S. 3)

Es ist erfreulich, daß es auch in Südtirol Leute gibt, die den Mut haben, sich gegen den Strom zu stellen, trotz aller Schwierigkeiten. Inwieweit es jedoch gelungen ist, diese Initiative von Einzelpersonen zu einer „echten“ Bürgerinitiative zu machen, kann ich nicht beurteilen.

Vielleicht machen Sie sich selbst ein Bild darüber — die Broschüre ist erhältlich im Sitz des Landesverbandes für Heimatpflege, Bozen, Waltherhaus, Schloßstraße 1, Tel. 2 36 93. r.m.



Bis in die letzten Jahre herauf war Villnöß beinahe ausschließlich vom Bauernstand geprägt. Heute teilt sich das Sozialgefüge in Vollerwerbs-, Zu- und Nebenerwerbsbauern, in Fabrikarbeiter-Pendler, zahlreiche selbständige Handwerker, Kaufleute und Unternehmer im Sektor Fremdenverkehr. Ein Beispiel für die Konflikte, die den Wandel begleiten: seit einiger Zeit ist den Bauern an den Sonntagen der Zutritt zu bestimmten Lokalen im ersten Gasthof am Platz untersagt, denn die Gäste sollen es ruhig haben.

Klassenbewegung und Autonomie

Der Beitrag über die Wirtschaftliche Macht und ideologische Absicherung" (SKOLAST 1/78) hat eine heftige Polemik innerhalb der Südtiroler Linken entfacht, die nicht nur in der Antwort Violas (SKOLAST 2/78), sondern auch bei mehreren öffentlichen Diskussionen zum Thema Autonomie zum Ausdruck gekommen ist.

Deshalb richtet sich dieser Diskussionsbeitrag nicht nur gegen die im Viola-Artikel enthaltenen Argumente, sondern auch gegen die in der Diskussion aufgeworfenen Polemiken.

Die strittigen Punkte sind dabei zum größten Teil die Folge einer verschiedenen und differenzierten Einstellung zu einigen grundsätzlichen Standpunkten wie z. B.:

— Staatskonzeption (Akzeptierung oder Ablehnung des bürgerlichen Staates und seiner Institutionen);

— Verfassungskonzeption (einerseits eine grundsätzliche und starre Verteidigung in einer statischen und ungeschichtlichen Betrachtungsweise, bei der die Verfassung als Wert an sich — frei von jeder materiellen Basis — betrachtet wird; andererseits die Auffassung von der jeweiligen Bedingtheit der Verfassung(en) aufgrund des jeweiligen Standes der Klassenkonflikte).

— Verhältnis Politik—Klasse (Priorität, die der Politik im institutionellen parlamentarischen Raum gegenüber dem unmittelbaren Klassenkampf eingeräumt wird).

Eine auch nur thesenartig aufgearbeitete Gegenüberstellung der verschiedenen Positionen würde sicherlich den mir zur Verfügung gestellten Raum weit überschreiten, dennoch müssen einige Aspekte zumindest ansatzweise angeführt werden, da sie zu einem besseren Verständnis der Polemik zu meinem Artikel notwendig sind.

Innerhalb der Linkskräfte in Südtirol tendiert man immer stärker dazu, die ursprünglichen Bedenken gegenüber Autonomiestatut und „Paket“ zu verdrängen und bedingungslos diese Autonomie als einen Erfolg „vor allem für die Arbeiter und Werktätigen“ (so Viola) zu sehen. Selbst Dr. Jenny, der sich in den ersten siebenziger Jahren noch gegen das „Paket“ gerichtet hatte, hat jetzt Meinung gewechselt (siehe seine Stellungnahme anlässlich der öffentlichen Diskussion zur Autonomie in Salurn am 29. April dieses Jahres).

Dabei wird völlig verkannt, daß das „Paket“ zwar einige wichtige Ansätze zu einer Gebietsautonomie enthält; jedoch, und dies muß für die Arbeiterbewegung der entscheidende Punkt sein, bringt das Paket in seiner Gesamtheit kein Mehr an Demokratie für die arbeitende Bevölkerung, sondern verstärkt im Gegenteil die politische Macht der dominierenden wirtschaftlichen Kräfte; (weil die von der

Linken bejahten Normen der Gebietsautonomie nicht abstrakt, sondern in der politischen Praxis betrachtet werden müssen). Das „Paket“ wird in diesem Sinne ein Instrument der bürgerlichen Kräfte gegen die Arbeiterbewegung. Typisch dafür ist z. B. der Gesetzesvorschlag zur Wahl der Stadt- und Ortsviertelräte seitens der SVP.

Von einem großen Teil der Südtiroler Linken wird der Standpunkt Violas, das „Paket“ sei eine institutionalisiertes Normensystem zum Zweck demokratischer Selbstregierung“, geteilt — abgesehen davon, daß die konkrete politische Praxis das Gegenteil beweist — ist ein solcher Standpunkt meiner Meinung nach von einer marxistischen Betrachtungsweise aus gesehen, nicht ohne weiteres zu vertreten, da er:

— die ethnische Minderheit als „Gesamtheit“ betrachtet, ohne auf die Klassenverhältnisse innerhalb dieser Minderheit einzugehen; das heißt der ethnischen Frage den Vorrang einräumt und die objektiven Klassengegensätze als zweitrangig einstuft (Klassengegensätze, die unabhängig vom 90%igen Stimmenanteil der SVP bestehen!);

— das Normensystem „Paket“ nicht in den historischen Kontext stellt, in dem es entstanden ist — und damit verkennet, daß es von Interessenvertretern des Südtiroler Bürgertums gemacht worden ist und dabei die Arbeiterorganisationen nicht zur Mitarbeit herangezogen worden sind.

Der Standpunkt „Paket“ als Normensystem demokratischer Selbstregierung“ ist nur aus einer Identifikation mit der bürgerlichen Demokratie zu erklären — die aber keineswegs eine sozialistische Errungenschaft ist — und von sich aus keine notwendige Ausgangsbasis für den Sozialismus darstellt.

Weil, meiner Meinung nach, der relative (jeweils an die materielle Basis geknüpfte) Charakter der bürgerlichen Verfassungsgesetze (unter anderem auch des „Paketes“) vielen nicht genügend bewußt ist, muß auf die Parallelen eingegangen werden, die es zwischen der „Paket“-Diskussion und der Diskussion über die gesamte italienische Verfassung gibt — dies kann zu einem besseren Verständnis der „Paket“-Thematik führen.

Die italienische Verfassung ist sicherlich als ein Produkt der wirtschaftlich-sozialen Situation, in der sie entstanden ist, zu betrachten und folglich als ein Spiegelbild des damaligen Standes der Klassenausinandersetzungen anzusehen; dies bedeutet, daß in der Verfassung zwar viele Normen enthalten sind, die von allen Arbeitern verteidigt werden können, daß aber auch Normen enthalten sind, die den bürgerli-

chen Staat festigen. Dabei darf von der Arbeiterbewegung nicht verkannt werden, daß die Verfassung keinen Wert an sich darstellt, sondern eng mit der materiellen Basis verbunden — folglich wandelbar auf Grund des jeweiligen Standes der Klassenausinandersetzungen ist.

Nach beinahe dreißigjähriger Verfassungserfahrung, in der je nach der Stärke der Klassegegner wesentliche Verfassungsgrundsätze unberücksichtigt blieben bzw. außer Kraft gesetzt wurden, dürfte dies unbestritten sein. Viele Genossen verfallen jedoch in eine falsche Identifizierung von bürgerlicher Demokratie und Kampf für den Sozialismus — wobei sich in der Vergangenheit sowohl in Italien wie auch in der BRD klar gezeigt hat, daß eine gegen die politische Rechte gerichtete Verfassung keinesfalls ein Stützpunkt für eine sozialistische Umwandlung der Gesellschaft und des Staates geworden ist.

Diese grundsätzlichen Überlegungen gelten im selben Ausmaß auch für das Normensystem „Paket“. Für die Arbeiterbewegung bedeutet dies konkret, daß das „Paket“ in seiner Relativität gesehen werden muß; das heißt als ein institutioneller Rahmen, der wesentlich vom Südtiroler Bürgertum „erhandelt“ und derzeit ein Machtinstrument in dessen Händen darstellt; der aber sicherlich auf Grund der jeweiligen konkreten materiellen Situation Veränderungen erfahren wird. Nicht umsonst ist ein Teil der SVP bestrebt, das „Paket“ nicht als eine endgültige Regelung der Südtirol-Frage anzusehen. Die Forderung nach Selbstbestimmung geht in diese Richtung, wenn sie auch derzeit nur ideologische Funktionen hat. Selbst Achmüller¹⁾ spricht davon, daß „... Autonomie niemals etwas Abgeschlossenes, etwas Steriles... sondern immer in ständiger Ausweitung begriffen“ sei. Wie diese „Ausweitung“ sein wird, bestimmen jeweils jene Kräfte, die politisch an der Macht sind (politische Macht hier nicht nur im Sinne der Mehrheitsverhältnisse im Landtag).

Für Viola ist die Autonomie ein „Kampffeld“ für die Arbeiterklasse... Kampf, der aber in erster Linie zur Eroberung des politischen Konsens der Bevölkerung gemacht werden und sich folglich auf einer institutionellen Ebene abspielen soll („Eroberung einer neuen demokratischen Hegemonie“).

In diesem Sinne überträgt Viola die Strategie seiner Partei der „demokratischen Konfrontation“ mit der DC auf gesamtstaatlicher Ebene (compromesso storico) einfach auf die Südtiroler Verhältnisse. Diese „demokratische Konfrontation“ soll an die Stelle „steriler Anklage und Protesthaltung gegenüber der Vorherrschaft der SVP treten“ (Viola). Indirekt bedeutet dies aber als politische Konsequenz, daß man von einer Kampfpartei zu einer Wahlpartei wird; was damit verbunden ist, hat ein bekannter bundesdeut-

schier Politologe schon 1969 formuliert?):

„...setzt eine kommunistische Partei auf die Verfassung statt auf die Revolution und konstitutionalisiert sie sich, so verändert sich dabei von Grund auf auch ihr eigenes Organisationsprinzip. Sie verliert schließlich ihren Charakter: sie ist nicht länger avantgardistische Kraft, die den Bruch anstrebt und die Kader der dynamischen Gegengewalt stellt. Sie wird, wenn nicht direkt zur Ordnungspartei, so doch zu einer wohlgeordneten Partei ohne innere Dialektik (denn eine lebendige innerparteiliche Debatte könnte bekanntlich die Wähler verwirren); einer Partei von Kandidaten, die für die legale Arbeit der Gesetzgebungsorgane und der Regierung bereitstehen; einer rechtschaffenen Partei, die die Stimmen der Rechtschaffenen verdient. Nun wie man weiß: die Rechtschaffenen lieben die Organisation der permanenten und aktiven Mobilisierung nicht, denn diese stört den Schlaf, die Träume, die Moral und den Konsun...“

Die politische Strategie der „Wahlpartei“ anstelle der Kampfpartei (die wohlgemerkt nicht nur von der KPI, sondern auch von anderen linken Parteien verfolgt wird) und — teils eine Konsequenz dieser Strategie — die „Verklärung“ dieser Autonomie bewirken eine teilweise Abkehr von allgemeinen sozialistischen Grundsätzen. Konkret: eine Unterordnung der Bedürfnisse der Werktätigen an die rechtlichen Normen dieser Autonomie (unter anderem ethnischer Proporz!) Bedürfnisse ergeben sich aber nicht im Verhältnis 1 zu 3 oder umgekehrt, sondern unabhängig davon. Dies betrifft sowohl das Bedürfnis nach Wohnung, Schule, Kultur ... als auch nach Arbeit. Es wäre fatal, wenn die Arbeiterorganisationen die „ethnische Norm“ als Grundnorm verinnerlichen würden — denn eine erste Konsequenz dieser Linie wäre sicherlich eine Abkehr vom Klassenkampf zugunsten des ethnischen Kampfes. Die Arbeiter müssen sich bewußt werden, daß fehlende Wohnungen und Sozialstrukturen nicht auf die Limits des 1 zu 3 (oder umgekehrt) zurückgehen, sondern auf die profitorientierte Logik des Systems — für die unsere Autonomie sicherlich keine Ausnahme darstellt.

Von den Linkskräften wird allzu oft die subjektive Fähigkeit der Arbeiter verkannt, die wahren Ursachen der Mißstände einzusehen und gegen die Herren, gleich welcher Sprache, zu sein. Infolgedessen wird aus kurzfristigen taktischen Überlegungen die harte Konfrontation mit dem Klassengegner vermieden, die Mobilisierung der Werktätigen nicht genutzt. Die Konsequenz davon ist, daß sich die Sozialpartnerschaftsideologie immer stärker im Bewußtsein der Arbeiter einnistet.

Die politischen Konsequenzen, die aus dieser Situation in Südtirol gezogen werden müßten, laufen weniger in

einer von Viola propagierten Schaffung eines neuen historischen Blockes (auch in Anbetracht der bisher historisch und ökonomisch bedingten mangelnden Hegemonie der Arbeiterschaft in Südtirol), der wahrscheinlich nur zu einer neuen interklassistischen Wahlpartei führen würde, sondern eher in einer tätlichen Praxis des Klassenkampfes in allen Lebensbereichen, der die erste Voraussetzung zu einer Hegemonie der Arbeiterklasse schafft.

Denn die Einordnung in eine Logik der Wahlpartei bzw. des Stimmenlaufes (um die Stimmen der Rechtschaffenen) bewirkt ein Abflachen der poli-

tisch-bewußten Auseinandersetzungen — die gerade in Anbetracht der Sozialpartnerschafts-Strategie der Südtiroler Unternehmer und des ASGB eine Hegemonie der Arbeiterklasse erschwert.

In diesem Sinne wird die Arbeit einer auf Klassenpositionen aufgebauten Linksfrente wesentlich wichtiger als eine auf Erobern des „Konsens“ ausgerichtete Wahlstrategie.

1) Aus: Informationsschrift des Landtages und der Landesregierung zur Debatte im Südtiroler Landtag über die Durchführungsbestimmungen 12-1978.

2) Johannes Agnoli: Überlegungen zum bürgerlichen Staat — Wagenbach.

Guido Denicolò

Klassenkampf oder Autonomie?

Bemerkungen zu einem falschen Dilemma

Ich muß etwas vorausschieben. Bin „Privileg“ gestattet es mir, die Artikel des SKOLAST zu kennen, noch bevor sie in Druck gehen. So hatte ich auch Gelegenheit, Arno Teutschs Erwiderung auf die Kritiken Violas zu lesen, ohne erst die Herausgabe des SKOLAST abwarten zu müssen.

Ich bin überzeugt, daß mir Arno Teutsch den Umstand, daß ich dieses „Privileg“ benutzt habe, um noch in dieser Nummer meinen kurzen Beitrag (es ist zu hoffen, daß noch viele andere folgen werden) zu veröffentlichen, nicht übelnehmen wird.

Teutsch hat recht: sein erster Artikel, „Wirtschaftliche Macht und ideologische Absicherung“, hat in der Südtiroler Linken (aber auch in anderen politischen Kreisen) eine lebhafteste Diskussion zur Folge gehabt. Und darin liegt denn auch sein großes Verdienst, seine positive Seite. Es ist nämlich höchst an der Zeit, daß innerhalb der Südtiroler Linken (vor allem der marxistischen) eine Auseinandersetzung zum Thema der Autonomie ins Rollen kommt (und dann auch hoffentlich anhält), die über die reine (oft offizielle) Darstellung der eigenen Position hinausgeht und zu einem Ideenvergleich führt, der sehr fruchtbar sein könnte. Romano Viola hat sich in der letzten Nummer des SKOLAST bereits mit einigen Aspekten des vorhin genannten Artikels beschäftigt. Ich habe nicht die Absicht, nach der Replik Teutschs den Pflichtverteidiger Violas zu spielen (was er auch gar nicht nötig hat), obwohl ich mit der Gesamteinstellung und auch mit den meisten spezifischen Aussagen seines Artikels voll einverstanden bin.

Mir geht es vielmehr um eine Auseinandersetzung mit den Thesen, die Teutsch in seiner Antwort vertritt. Es versteht sich von selbst, daß auch mein Beitrag notwendigerweise etwas schematisch und natürlich weitgehend unvollständig sein muß.

Teutsch führt seine Überlegungen auf zwei Ebenen aus: eine allgemein-theoretische (Staat und Verfassung) und eine spezifische (Südtirol und seine Autonomie/Paket). Es ist klar, daß sich diese zwei Ebenen in einem Verhältnis der gegenseitigen Beeinflussung gegenüberstehen. Teutsch geht denn auch von einer theoretischen Erfassung des Problems aus, um schließlich Schlußfolgerungen für die besondere Situation in Südtirol anzustellen. Dabei kommt allerdings sehr oft — das ist mein Eindruck — eine ausreichende Beschäftigung mit der realen lokalen politischen und klassenmäßigen Situation etwas zu kurz. Ich bin mir bewußt, daß auch Arno Teutsch mit dem leidigen Platzmangel zu kämpfen hatte, — aber ich muß mich an das halten, was er geschrieben hat. Seine Lösung des allgemein-theoretischen Problems (Staat und Verfassung) hat natürlich große Implikationen für die Antworten, die er der Südtiroler Realität entgegensetzt. Abgesehen davon, daß er die Parallele zwischen Staat und territorialer Gebietsautonomie meines Erachtens zu voreilig und vor allem zu einfach zieht, muß hier also kurz auch auf die Substanz seiner „Staatstheorie“ eingegangen werden.

Die allgemein-theoretische Ebene

Der Autor versucht am Anfang seines Beitrages, die Tragweite und die Merkmale der Auseinandersetzung festzulegen. „Die strittigen Punkte“, so schreibt er, sind meist „die Folge

einer verschiedenen und differenzierten Einstellung zu einigen grundsätzlichen Standpunkten". Daran kann nun nicht gezweifelt werden. Es geht effektiv um grundsätzliche Fragen. Aber das Problem liegt anderswo. Ich bezweifle nämlich, daß diese „grundsätzlichen Standpunkte“ sich so darstellen, wie Teutsch es behauptet. Sehen wir uns an, was er sagt:

1. Staatskonzeption: hier liegt laut Teutsch die Verschiedenheit bei einer Akzeptierung oder Ablehnung des bürgerlichen Staates und seiner Institutionen.

2. Verfassungskonzeption: da steht auf der einen Seite eine „grundsätzliche und starre Verteidigung“, in einer „statischen und ungeschichtlichen Betrachtungsweise“, der Verfassung als „Wert an sich“, frei von jeder materiellen Basis; auf der anderen Seite wird die Meinung vertreten, daß die Verfassungen durch den Stand der jeweiligen Klassenkonflikte bedingt seien.

3. Verhältnis Politik—Klasse: hier kann man, immer laut Teutsch, wählen zwischen einer Betonung der Priorität der Politik im institutionellen Rahmen und einem „unmittelbaren“ Klassenkampf.

Ich sagte schon, — ich bezweifle, daß die „grundsätzlichen Standpunkte“ so liegen. Die Trennung ist zu einfach, die Gegenüberstellung zu banal. Man darf sich überhaupt fragen, ob Teutsch hier ganz allgemein die marxistische Methode der Analyse mit der schärfsten, verschlossensten bürgerlichen Art der Darstellung (es gibt nämlich auch bei bürgerlichen Politikologen und Verfassungsrechtlern bereits differenziertere Positionen) vergleichen wollte oder ob er damit die „verschiedenen Standpunkte“ innerhalb der (marxistischen?) Linken zu charakterisieren beabsichtigte. Es scheint tatsächlich die zweite Möglichkeit zuzutreffen, nachdem Teutsch selber auf eine „ Polemik innerhalb der Linken“ hindeutet. In diesem Falle muß dann allerdings gesagt werden, daß er sich eine unzulässige Vereinfachung der Positionen erlaubt, die er wohl kaum im Ernst vertreten kann.

Aber das Problem scheint noch tiefer zu liegen. Er scheint nämlich der Überzeugung zu sein, daß sich politisch ein solcher, von ihm dargestellter Dualismus (hier Institutionen, Verfassung, Politik — dort Ablehnung der Institutionen, „unmittelbarer“ Klassenkampf und Produktionsverhältnisse) nicht nur nachweisen läßt, sondern in der revolutionären politischen Praxis auch vertreten werden muß. Das ist nun aber auch der theoretische Punkt, mit dem man nicht einverstanden sein kann. Diese von Teutsch vertretene Ansicht zu Klassenkampf, Staat und Institutionen ist übrigens in einem Teil der italienischen sogenannten Neuen Linken weit verbreitet, — obschon gesagt werden muß, daß auch in diesem Bereich (dem Teutsch zwar nicht angehört) diesbezüglich ein gewisses Umdenken im Gange ist. So schreibt bei-

spielsweise Ugo Rescigno, der bekannteste Verfassungsrechtler aus dem Bereich der „Neuen Linken“: „... der Kampf der Arbeiterklasse ist immer, aus absoluter Notwendigkeit, gegen die Institutionen gerichtet gewesen, auch wenn sie richtigerweise die Institutionen benutzt hat und benutzt.“ Und weiter vorne: „... die reale Massendemokratie ist immer antiinstitutionell, ... weil sie immer die bestehenden Institutionen in Frage stellt.“

Abgesehen von der inneren Widersprüchlichkeit dieser Aussagen, ist auch ihre Grundeinstellung bereits mehrfach (und mit Erfolg, wie ich meine) kritisiert worden²⁾.

Das Verhältnis zwischen Institutionen-Staat und Klassenkampf-Produktionsverhältnissen ist nicht ein statisches (hier wird Teutsch von seinem eigenen Vorwurf getroffen), sondern ein geschichtlich-dialektisches. Teutsch läßt einen großen Teil seiner Aussagen auf Johannes Agnoli. Der Einwand, der diesem bekannten deutschen Politikologen von verschiedenen anderen Marxisten entgegengehalten wird, betrifft gerade „seinen“ Staat, dem vorgehalten wird, er wirke in der Klassenauseinandersetzung nur in eine Richtung, er übe zwar seinen Einfluß auf die Gesellschaft aus, sei selber jedoch gegenüber jedem Einfluß aus der Gesellschaft (und ihren Kämpfen) immun³⁾. Es geht letztlich auch um die Theorie von den ideologischen Staatsapparaten, deren Grenzen bereits von Viola aufgezeigt worden sind.

Teutschs Analyse des Staates trägt zudem jenen großen Veränderungen, die sich in der Rolle des Staates in der modernen kapitalistischen Wirtschaft ergeben haben, keinerlei Rechnung. „Der Staat hat in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft eine Doppelnatur: er ist die politische Organisation der kapitalistischen Gesellschaft; er ist gleichzeitig Element ihrer ökonomischen Organisation⁴⁾.“ Das heißt, er ist nicht mehr nur der „Staat der Kapitalisten“, der „Nachwächterstaat“, sondern er ist (in Italien mehr als anderswo) selbst Kapitalist geworden. Über das System der öffentlichen Ausgaben greift er selbst tief in den Produktionsprozeß ein. Kurz, — er ist nicht mehr nur Überbau, sondern immer gewichtigerer Teil der ökonomischen Struktur. „Heute lenkt der Staat den ökonomischen Prozeß: er ist der höchste Regler der Reproduktionsprozesse des Kapitals und ist zugleich Teilhaber an diesen Prozessen, als Kapitalist unter Kapitalisten⁵⁾.“ Die Rolle des Staates läßt sich also nicht mehr allein mit dem Stichwort von der „Staatsmaschine“, vom „Staat als ideologischer Apparat“ erklären.

Die Politik (hiermit kommen wir zum zentralen Punkt) wird in diesem Rahmen **unmittelbares** — nicht mehr nur indirektes —, ökonomisches Machtinstrument. Die Institutionen sind nicht mehr nur ein überbaulicher „Leerlauf“, sondern werden zu Trä-

gern ökonomischer (das heißt fundamentaler) Macht. „Das Recht auf politische Partizipation wird zum Recht auf Beteiligung an der Führung des ökonomischen Prozesses⁶⁾.“

Hier tritt nun aber auch der Widerspruch zwischen dieser Sachlage und den demokratischen Forderungsgeschäften auf, vor allem gegenüber den Forderungen nach mehr Partizipation. Und dieser Widerspruch ist in der Tat von einigen zeitgenössischen Marxisten als neuer großer Widerspruch des modernen Kapitalismus erkannt worden; die Massen könnten durch die politische Macht (in den Institutionen, im Staat) auch ökonomische Macht erhalten, gerade weil die Politik so tief in die Regelung des ökonomischen Prozesses verwickelt ist. Die Fernhaltung der Massen von den ökonomischen Entscheidungen ist jedoch seit jeher das Grundbestreben des Bürgertums, — ist seit jeher Gegenstand des Klassenkampfes. Die politische Macht der Arbeiterklasse ist heute für den Kapitalismus, für seine innere Logik, gefährlicher als je zuvor. Und das ist vom Bürgertum auch erkannt worden. Hier ist nicht der genügende Raum vorhanden, ansonsten könnte aufgezeigt werden, wie sehr beispielsweise in Italien die großen Entscheidungen in der Wirtschaftspolitik den gewählten Institutionen entrissen und der Exekutive übertragen worden waren. „Der kapitalistische Staat als Gesamtheit hat aus der Regierung seinen bevollmächtigten Geschäftsführer gemacht⁷⁾.“ Man denke lediglich an die bisherige politische Verwaltung der Staatsbeteiligungen, aber auch der verschiedenen Instrumente der Wirtschaftsförderung (vergünstigte Kredite, Verlustbeiträge, Infrastrukturpolitik usw.). Diese Hinweise mögen jedoch genügen, um den Kern der Argumentation klarzulegen.

Teutsch wird zugeben, daß in einer solchen Situation jede „demokratische Forderungsgeschäft“ tatsächlich eine „Erkungsgeschäft im Klassenkampf darstellt“ (Galgano). Dies ist bereits vielen Marxisten so sehr zu Bewußtsein gekommen, daß sie von einer „neuen Front des Klassenkampfes“ sprechen: die politische, die institutionelle Front tritt neben die traditionelle Front der Auseinandersetzung am Arbeitsplatz, der Arbeiter kämpft in dieser Situation als Arbeiter in den Gewerkschaften und als „Staatsbürger“ in den Arbeiterpartei —, das Ziel ist jedoch dasselbe: die Kontrolle des ökonomischen Prozesses, das heißt der wichtigste Aspekt des Sozialismus. Von einer „falschen Identifizierung von bürgerlicher Demokratie und Kampf um den Sozialismus“ kann hier also keine Rede sein. Es geht vielmehr um das richtige Verhältnis. Die parlamentarische Demokratie ist eine bürgerliche Kreatur? Unsere Verfassung ist eine bürgerliche Verfassung? Aber natürlich! Das sind Binsenwahrheiten. Die Frage ist nicht, ob unsere Verfassung bereits eine sozialistische ist (es gibt diesbezüglich —, auch innerhalb der Partei Teutschs —,

linke Verfassungsrechtler und Juristen, die jedoch auch —, und mit Recht, wie mir scheint —, eine glatte Identifizierung unserer Verfassung mit einer rein bürgerlich-kapitalistischen Verfassung ablehnen?). Die Frage ist auch nicht, ob die demokratischen Freiheiten geschichtlich in den Kampf des Bürgertums ihren Ursprung haben. Es geht vielmehr um das Problem, ob die politische Demokratie in den Klassenkonflikt hineingezogen werden kann, ob sie also für die Kämpfe der Arbeiterbewegung ein Hindernis darstellt oder nicht vielmehr einen Boden bietet, auf dem der Sozialismus aufgebaut werden kann. Die bisherigen Erfahrungen mit den verschiedenen „realen Sozialismen“ sollten uns zumindest anhalten, über dieses Problem nachzudenken. Ein inzwischen fixes Element der italienischen Arbeiterpartei ist die Überzeugung (die über die verschiedenen Strategien hinweg als gemeinsamer Aspekt betrachtet werden kann), daß die politische Demokratie nicht nur als Instrument für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, sondern als zukünftiger integrierender Bestandteil des Sozialismus gelten muß. Daß die Erhaltung eines „demokratischen Minimums“ nicht einen „Wert an sich“ abgibt, sondern vor allem auch für die Weiterentwicklung des Sozialismus reale Bedeutung hat, hat gerade ein akuter Denker aus Teutschs Partei festgestellt. Vorausgesetzt, daß die Weiterentwicklung des Sozialismus konfliktueller Art sein wird (so wie heute der Kampf um den Sozialismus eine Konfliktualität und die Möglichkeit ihrer Entfaltung voraussetzt), muß der Kampf der Arbeiterbewegung auf die Erhaltung einer „konfliktuellen Demokratie“ abzielen. „Die Konfliktualität der Demokratie bedeutet Transparenz, in der Demokratie, der realen ökonomisch-sozialen und politischen Beziehungen, der Beziehungen zwischen den Menschen“).

Aber Teutsch gibt ja selbst implizit eine positive Antwort auf diesen Problembereich, wenn er sagt, daß die Verfassung, also die Rolle der Institutionen nicht gleich bleiben sondern wandelbar sind —, je nach dem Stand der Klassenausinandersetzungen. Er gibt also zu, daß die Verfassung, daß die Rolle der Normensysteme und der politischen Institutionen nicht gleich bleiben, sondern sich im Laufe der Klassenkämpfe je nach Kräfteverhältnis zugunsten oder zuungunsten der Arbeiterbewegung ändern können. Er läßt also den Weg für eine progressive demokratische und sozialistische Veränderung der Institutionen offen und hat somit selbst bewiesen, was hingegen gezeigt werden sollte und was er am Anfang so entschieden zu bestreiten versuchte: nämlich die Vereinbarkeit des Klassenkampfes mit dem Kampf in den Institutionen und um die Institutionen. Die Realität hat hier übrigens bereits die Antwort gegeben. Teutsch stellt fest, daß nach „dreißig-

jähriger Verfassungserfahrung, je nach der Stärke der Klassegegner (sich), wesentliche Verfassungsgrundsätze unberücksichtigt“ geblieben sind. Er wird aber auch hinzufügen müssen, daß in den letzten Jahren einige wichtige Verfassungsgrundsätze (darunter auch gerade die Gebietsautonomie) verwickelt wurden —, und er weiß auch besser als ich, daß sie nicht so einfach vom Himmel gefallen sind. Mit Recht wurde auch oft darauf hingewiesen, wie das Urteil Nr. 290/1974 des Verfassungsgerichtshofes, das den politischen Streik rechtfertigt, möglich gewesen wäre, wenn es in unserer Verfassung nicht den 2. Absatz des Artikels 3 gäbe. Oder ob wir heute über ein solch fortschrittliches Instrument wie das Arbeitsstatut verfügen könnten, wenn es wahr wäre, daß die Normensysteme nur in eine Richtung wirken und nicht auch ihrerseits durch die gesellschaftlichen Kämpfe geprägt werden?).

Nach diesem Ausflug in die „allgemein-theoretische Ebene“ kann auf die spezifische Frage eingegangen werden: Südtirol, die Autonomie und die Klassenausinandersetzungen.

Die spezifische Ebene

Teutsch hält Viola vor, die „marxistische Betrachtungsweise“ verlassen zu haben, weil „er die ethnische Minderheit als „Gesamtheit“ betrachtet, ohne auf die Klassenverhältnisse innerhalb der Minderheit einzugehen, das heißt der ethnischen Frage den Vorrang einräumt“. Abgesehen davon, daß eine solche Aussage Violas Artikel wohl kaum entnommen werden kann (sie ist bestenfalls eine Darstellung der „Arbeitnehmer in der SVP“), haben wir hier wiederum —, so scheint es mir jedenfalls — eine zweifelhafte Nebeneinanderreihung der klassenmäßigen, kulturellen und ethnischen Faktoren —, eine Nebeneinanderreihung, die offenbar ganz von einer Möglichkeit der dialektischen Beziehung zwischen diesen Faktoren abzusehen scheint und die in Teutschs Argumentationen mehrmals festgestellt werden kann. Hier kann ihm Violas Vorwurf, er vertrete einen „statischen und schematischen Marxismusbegriff“, beim besten Willen nicht erspart bleiben. Nicht nur, daß Teutsch hier die theoretischen Errungenschaften eines Gramsci in keiner Weise berücksichtigt (?), er verliert auch die Daten der Wirklichkeit aus den Augen. Ein Blick auf die revolutionären Bewegungen unserer Zeit zeigt nämlich sehr deutlich, wie stark sich sozial-ökonomische und ethnisch-nationale Emanzipation verflechten können: Vietnam, Palästina, Eritrea, Ogaden, Basken usw. Hier kann man nun nicht entgegenhalten, in diesen Fällen sei der Kampf auch gegen den Imperialismus gerichtet, was in Südtirol hingegen nicht der Fall sei. Das wäre eine sehr reduktive, oberflächliche Erklärung. Es kann nicht übersehen werden, daß diese Kämpfe nicht nur

gegen die imperialistische Unterdrückung der Nation und ihrer Produktivkräfte gingen und gehen, sondern in ihnen auch ein starkes kulturelles Element, ein Element der ethnisch-nationalen Identitätsfindung mitspielt.

In Südtirol ist die nationale, die ethnische Frage einem verbreiteten (auch ökonomischen) Bedürfnis entsprungen. Nur hat sich in unserem Lande die bürgerlich-konservative Schicht zum Interpret dieses Bedürfnisses gemacht. Die SVP-Hegemonie kann daher nicht einfach nur mit den ideologischen Apparaten erklärt werden —, damit schafft sich die Linke höchstens eine Entschuldigung für ihre Verspätung. Wir wissen alle, wie sehr die Südtiroler Situation durch historische Faktoren bedingt war und ist. Es muß aber auch gesagt werden, daß die Südtiroler Linke gerade wegen ihrer (meist dogmatischen) Unterschätzung der ethnischen Frage lange Zeit dieses Bedürfnis nicht verstanden, ja es oft sogar als reines Scheinbedürfnis, als bürgerliche Ideologie abgetan hat. Damit hatte sie das Problem mit der Verkleidung, in die es geschichtlich gehüllt war, verwechselt und vor allem hatte sie es dadurch versäumt, bereits früher in der ethnischen Auseinandersetzung eine positive Rolle zu spielen. Heute erweist sich dies als ein wichtiger Grund für die noch schwache Glaubwürdigkeit der Südtiroler Linken unter der Bevölkerung des Landes. Sicher, es gab auch den Faschismus, mit seiner Verfolgung der Linken und vor allem mit seinem „Sammleffekt“ auf die Südtiroler. Das soll uns jedoch nicht über Probleme hinwegtäuschen, die ebenfalls vorhanden sind und die heute (spät genug) angegangen werden müssen.

Heißt das nun, daß in Südtirol der Klassenkampf nicht aktuell ist, keinen Raum findet, weil der ethnische Kampf diesen Raum einnimmt? Absolut nicht! Das bedeutet nur, daß der Klassenkampf in Südtirol sein originelles Gesicht bekommen, daß er mit Faktoren rechnen muß, die für Südtirol typisch sind und die nicht vernachlässigt werden dürfen, wenn man dem Klassenkampf wirklich eine möglichst breite Entfaltung garantieren will. „Wo zwei oder mehrere ethnische Gruppen auf engem Raume zusammenleben, ist der Rekurs auf die Volksgruppenzugehörigkeit eine alltägliche Angelegenheit... Je größer die Bedrohung und je größer der Wille zur Selbstbehauptung ist, desto deutlicher wird in solchen Zeiten die nationale Rolle hervorgekehrt... Dies bedeutet gleichzeitig, daß das Auftauchen und Anerkennen von Problemen, die Art und Weise, in der sie gesehen werden und die Methode ihrer Bearbeitung einer kollektiven Definition unterliegen, die vorrangig auf den Schutz der eigenen Volksgruppe ausgerichtet ist. Viele Themen, die in Zeiten ohne Volkstumskampf die Öffentlichkeit und die politische Führung beschäftigen würden, erlangen gar nicht den

Status abgesehen anerkannter Probleme 11).“

Auch in der Linken wird heute diese Gefahr ziemlich stark gefühlt: „Nicht zu unterschätzen ist schließlich der Umstand, daß sich die deutsche und ladinische Bevölkerung in den fünfziger und sechziger Jahren verhalten hat wie ein Volk, das gegen eine andere Nation Krieg führt. Es wurde ein sogenannter Bürgerfrieden unter den sozialen Klassen eingehalten... In einer solchen Situation ließ sich natürlich auch in der Gewerkschaftsbewegung die Karte der ethnischen Trennung ausspielen, was zur vollständigen gewerkschaftlichen Schwächung der Südtiroler Arbeiterschaft führte 12).“

Gerade die nicht erfolgte Lösung der ethnischen Probleme (dazu gehörte auch das Problem, dessen normativer Ausdruck der „ethnische Proporz“ heute ist!) machte es dem Südtiroler Bürgertum möglich, einerseits die sozialen Probleme zu übertünchen und andererseits für die dennoch aufgetretenen Probleme die Verantwortung nach Rom abzuschieben. Es war also vorzüglich, die Problematik, die einer solchen Situation zugrunde lag, zu lösen. Dies ist geschichtlich mit dem „Paket“ begonnen worden. Zugleich war die Südtiroler Autonomie jedoch ein Teil der gesamtitalienischen Tendenzen zur Verwirklichung einer substantiellen Gebietsautonomie, deren Hauptverfechter nicht zufällig die Linke gewesen war und noch immer ist.

Teutsch hat also recht, wenn er bemerkt, daß ein großer Teil der Südtiroler Linken seine Haltung zur Autonomie (zu dieser Autonomie) in der letzten Zeit geändert hat. Er scheint dies zu bedauern. Ich glaube vielmehr, daß die Linke unseres Landes damit langsam die Kinderschuhe verläßt und erwachsen wird.

Es gilt also, die frontale Gegenüberstellung zwischen Klassenbewegung und Autonomie ein für allemal zu überwinden. Die Südtiroler linke Bewegung steht nicht vor dem Dilemma Klassenkampf oder Autonomie. Dieses Dilemma steht Teutsch meines Erachtens zu Unrecht (und ist, sieh mal an!, ausgerechnet der Propagandaslogan der Konservativen!). Es geht vielmehr darum, diese Autonomie als Kampfebene anzuerkennen und zu nutzen. Aber Teutsch gibt zurück, daß die Autonomie in Südtirol nur dem Bürgertum mehr Macht gebracht habe. Daran kann gezweifelt werden. Die Autonomie hat nichts anderes bewirkt, als die bereits bestehende Position des Bürgertums zu artikulieren, also transparenter zu machen. Heute wird in Südtirol Politik gemacht und die Verantwortlichen können sich nicht mehr so leicht verstecken.

Aber Teutsch widerspricht sich schließlich auch hier zutiefst und gibt daher letztlich eine positive Antwort. Nachdem er geäußert hat, daß die Autonomie ein Kampffeld für die Ar-

beiterklasse sein kann (er wirft nämlich diese Aussage Viola vor), weil sie nach seiner Meinung in erster Linie vom Südtiroler Bürgertum „erhandelt“ worden ist (was nicht angezweifelt werden soll), stellt er fest, daß die Autonomie auch ausgeweitet werden kann. Er fügt dann hinzu: „wie diese Ausweitung sein wird, bestimmen jeweils jene Kräfte, die politisch an der Macht sind“. Und Teutsch zeigt, daß er von der „Macht“ richtigerweise eine ausgedehnte Konzeption hat, wenn er sagt, daß damit nicht allein die Mehrheitsverhältnisse im Landtag gemeint sind. Er verweist also auf die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Aber kann nicht — vor allem in diesem Sinne —, auch die Arbeiterklasse „an die Macht kommen“, Macht ausüben und die „Ausweitung der Autonomie“ leuken oder zumindest bedingen? Wenn wir zudem noch bedenken, daß mit dem An-die-Macht-kommen der sozialistischen Bewegung nicht allein ein Wahlakt und schon gar nicht ein einziger explosiver Akt gemeint sein kann, sondern ein langer Prozeß, nämlich der tägliche Klassenkampf auf den vorhin aufgezeigten Fronten, dann schaut das Bild doch etwas anders aus, als es Teutsch am Anfang gemalt hat.

Kann man da noch von einem Dilemma sprechen? Schließen sich da Klassenbewegung und Autonomie noch aus? Ich glaube nicht. Es geht darum, die Südtiroler Realität in ihrer Dynamik zu sehen und folglich auch der Autonomie endlich ihre positive geschichtliche Rolle zugestehen. Dazu muß natürlich nach vorne geschaut werden! Mit einer Umwandlung der Arbeiterparteien in reine Wahlparteien hat das nichts zu tun. Klassenkampf, Konsens, neuer historischer Block und Hegemonie der Arbeiterklasse lassen sich nicht voneinander trennen 13). Und in der konsequenten Verfolgung dieser Ziele, in der Einsicht in ihre gegenseitige dialektische Bedingung, liegt wohl die Essenz einer demokratischen revolutionären Bewegung in Westeuropa —, und wohl auch in Südtirol 14).

1) Ugo Rescigno, La democrazia istituzionale di Inghilterra, UNITA' PROLETARIA, Jänner 1978.

Rescigno hat diese seine Ansichten auch in verschiedenen Büchern dargelegt.

2) Siehe vor allem die Schriften von F. Galgano, aber auch das höchst interessante Büchlein „Costituzione e Socialismo“, C. Lavagna, Il Mulino.

3) Unter anderem A. Baldassarro: „Le istituzioni politiche subiscono una interpretazione rigidamente unidimensionale e unilaterale... nel saggio di Johannes Agnoli „Lo Stato del capitale“, Feltrinelli, — in RINASCITA 17. 3. 1978.

4) F. Galgano, Le istituzioni dell'economia capitalistica, Zanichelli 1974.

5) F. Galgano, Le istituzioni dell'economia di transizione, Ed. Riun. 1978.

6) Ebenda.

7) So etwa C. Lavagna, Costituzione e Socialismo, Il Mulino.

8) Giovanni Ferrara, Una strategia istituzionale per il socialismo, MONDO OPERAIO 1/78.

In diesem Sinne kann der Begriff der „Konfliktuellen Demokratie“ einen fruchtbaren Beitrag leisten. Es muß aber auch gesagt werden, daß dieser Begriff heute meist in einer —, nicht immer fruchtbaren —, polemischen Absicht gebraucht wird —, und zwar als Gegenstück zur laut PSI-Intellektuellen angeleglichen „Konsoziativen Demokratie“ der KPI.

9) Es ist akut bemerkt worden, daß das Arbeiterstatut eine konfliktuelle Situation in den Betrieben voraussetzt und zur Kenntnis nimmt, weshalb sozialpartnerschaftliche oder solidaristische Unternehmensebenen und -ideologien bereits durch das Arbeiterstatut eine „legislative Absage“ erhalten haben.

10) Ich kann Viola voll zustimmen, wenn er schreibt, es bedürfe in Südtirol einer ähnlichen Analyse wie der Gramscis, die „es ihm und durch ihn der italienischen Arbeiterbewegung ermöglichte, die italienische Wirklichkeit genauer zu erfassen“ usw.

Es geht also genau um das Gegenteil dessen, was Teutsch kritisiert. Er sagt, Viola (aber gemeint ist wohl ein großer Teil der Südtiroler Linken) übertrage die „Strategie seiner Partei auf gesamtstaatlicher Ebene“ einfach auf Südtirol. In Südtirol wird indes die Methode Gramscis nicht etwa zu sehr, sondern viel zu wenig angewandt!

11) Peter Seidl/Elisabeth Brugger/Eva Köckels-Stangl, Die Verdrängung sozialer Problembereiche als Folge einer erstarrten Volkstumspolitik: Südtirol seit dem Paket, ÖSTERREICHISCHE ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK-WISSENSCHAFT, 7/72.

12) Josef Perkmann, SKOLAST 2/77.

13) Ich weiß nicht, auf welche Grundlagen sich Teutschs Behauptung, die KPI sei eine Wahlpartei anstatt eine Kampfpartei, stützt. Ich möchte ihn auf die Untersuchung „RICERCA SULLA STRUTTURA DEL PARTITO COMUNISTA ITALIANO...“ Marzio Barbagli, Piergiorgio Corbetta, in INCHIESTA, Jänner-Februar 1978, hinweisen.

14) Daß die bürgerliche Demokratie „keineswegs eine sozialistische Errungenschaft ist“ kann nicht in Zweifel gezogen werden! Anders verhält es sich mit Teutschs These, daß sie „von sich aus keine notwendige Ausgangsbasis für den Sozialismus darstellt“. Hier kann Teutsch wohl nur jene bürgerliche Demokratie meinen, die wir heute in Westeuropa (und ganz besonders in Italien) historisch vor uns haben. Dann muß allerdings bemerkt werden, daß diese „bürgerliche Demokratie“ zu einem guten Teil auch Errungenschaft der Arbeiterbewegung ist —, denn „von sich aus“ wird die bürgerliche Demokratie nicht nur nicht zu einem Ausgangspunkt für den Sozialismus, sondern hätte nicht einmal jene Entwicklung genommen, die sie dann effektiv zu einem Kampfboden der Arbeiterbewegung gemacht hat. Teutsch müßte hier die Alternative nennen. Eine Alternative, die sich nicht im Dilemma Sozialdemokratie oder Stalinismus erschöpft.

SH-Statistik

Obwohl die SH nie ein Geheimnis aus ihren Mitgliedszahlen gemacht hat, wurde von verschiedener (bestimmter?) Seite immer wieder die Forderung nach einer genauen Mitgliederstatistik laut. Man glaubte vielleicht daran die Legitimations- bzw. Berechtigungsfrage knüpfen zu können; d.h. der SH im Falle niedriger Mitgliedszahlen das Recht absprechen zu können, im Namen „aller Südtiroler Studenten“ oder „der Südtiroler Studentenschaft“ sprechen und handeln zu dürfen.

Diese Art einer Legitimationsfrage kann nicht einfach von einer absoluten Mitgliederzahl ausgehen und von dieser her — wenn sie als zu niedrig erachtet wird — ein Vertretungsrecht absprechen, dies zeigen Beispiele anderer Organisationen bzw. die Institution der Vertretungsdemokratie selbst. Dabei bliebe darüberhinaus noch der relevante Prozentsatz strittig, der zu diesem Anspruch berechtigt; ganz abgesehen davon, daß die Gesamtzahl der Südtiroler Studenten ohnehin weder genau bekannt noch genau ermittelbar ist.

Ich hoffe allerdings, mit diesen Daten nicht sosehr die Grundlagen für Fragen und Polemiken dieser Art zu liefern, als vielmehr wichtiges und aufschlußreiches Informationsmaterial über die Südtiroler Studentenschaft, ihre soziale, regionale und schultypische Herkunft, ihre Frequenz nach Fachrichtungen und Studienorten.

Den Großteil an dieser Ausarbeitung hat die Universität Trient geleistet, die sämtliche auf den SH-Statistikbögen ermittelten Daten (das sind: Geschlecht, Beruf des Vaters, Geburtsjahr, Geburtsort, Staatsbürgerschaft, Wohnort, besuchte Schule, Ort der Matura, Jahr der Matura, Inskriptionsjahr, Inskriptionsort, Fakultät/Studienrichtung und Abschluß-Studientitel) über EDV ausgewertet.

Da diese SH-Statistik zum einen viel zu umfangreich (156 EDV-Seiten) zum anderen aber auch zu einem erheblichen Teil Daten enthält, die eher irrelevant und sekundär sind, habe ich versucht, die wichtigsten Ergebnisse herauszugreifen und übersichtlich darzulegen. Von Hauptinteresse schienen mir dabei die Variablen Studienort, Studienrichtung, soziale und regionale Herkunft der Studenten.

Vorausgeschickt ist hier noch, daß alle Daten auf den SH-Statistikbögen faßbar sind also alle SH-Mitglieder, die im Juni 1977 an einer

Hochschule/Universität inskribiert waren.

1. Absolute Zahlen:

Von den im Juni 1977 studierenden SH-Mitgliedern waren 862 (73,7%) männlich und 307 (= 26,3%) weiblich. Das ergibt also eine Gesamtmitgliederszahl von 1.169. Davon sind der überwiegende Teil, nämlich 1.136 (= 97,2%) italienische, 12 deutsche und 10 österreichische Staatsbürger, während 11 darüber keine Auskunft geben.

Zum Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der SH-Mitglieder ist zu sagen, daß er zwar nicht repräsentativ für die gesamte Südtiroler Studentenschaft sein muß, da vielleicht verhältnismäßig mehr männliche Studenten der SH beitreten. Mit 26,3% sind sie aber entschieden unterrepräsentiert, da sogar an der Universität Innsbruck rund 33% der Hörer Frauen sind (was natürlich noch weitaus keine gerechte Verteilung ist!).

2. Regionale Herkunft:

Hinsichtlich der Herkunft der Südtiroler Studenten ergibt sich folgendes Bild: (da die Statistiker der Universität Trient die Herkunftsorte nach den „stradali postali“ aufgeschlüsselt haben, mußte diese Einteilung beibehalten werden. Zur Klärung des Begriffes „stradale postale“: Südtirol ist seitens der Post in fünf Bezirke [1., 2., 3., usw.] und Bozen als eigenen Bezirk gegliedert; dabei gibt die vorletzte Ziffer der Postleitzahl den Bezirk an.)

aus dem 1. stradale postale	221 (= 18,9%) (= Burggrafenamt, Falschtal zwischen Bozen und Meran, Passeiertal, Ulten)
aus dem 2. stradale postale	146 (= 12,5%) (= Vinschgau)
aus dem 3. stradale postale	194 (= 16,6%) (= Pustertal samt Seitentälern)
aus dem 4. stradale postale	248 (= 21,2%) (= Eisacktal und Gröden, Unterland)
aus dem 5. stradale postale	114 (= 9,8%) (= Bozen-Umgebung, Ritten, Überetsch)
aus Bozen-Stadt	215 (= 18,4%)
außerhalb der Provinz	6 (= 0,5%)
Ausland	7 (= 0,6%)
keine Angabe	18 (= 1,5%)

Trotz der schlecht vergleichbaren Größen der Bezirke ist hier doch das Übergewicht von Bozen-Stadt im Vergleich zur jeweiligen (deutschsprachigen!) Bevölkerung dieser Gebiete festzustellen.

3. Besuchte Schule:

Schultyp	Anzahl d. stud. Absolv.	(= Prozent)
Klass.-Hum. Gymnasium	497	42,5
Wiss. Realgymnasium	271	23,2
LBA	75	6,4
Handelsoberschule	86	7,4
Geometerschule	30	2,6
Kauf. Lehren.	69	5,9
Höhere Fachschulen	84	7,2
keine Ang.	75	4,9

Diese Tabelle zeigt klar das Übergewicht der Absolventen des klassischen Gymnasiums, die mit 42,5 Prozent den weitaus größten Teil der Studenten stellen. Auffallend ist auch noch, daß beispielsweise mehr Absolventen der Handelsoberschule als etwa der Lehrerbildungsanstalt (7,4 gegenüber 6,4 Prozent) weiterstudieren, obwohl letztere doch eine ungleich größere Schüler- bzw. Maturantenzahl aufweist.

Das Fingerspitzengefühl

Beim notorischen Groll der SVP-Jugend in Sachen Hochschülerschaft ist es schon ganz und gar nicht verwunderlich, daß die Schläge deftig und saftig unter die Gürtellinie geraten. Ja liebe Jungmänner und Jungfrauen, wo habt Ihr denn einmal diesen feinen Jargon her... aus einem urbayrischen Wildbad? Da müßt Ihr Euch schon noch viel besser ausbilden lassen, damit die Zoten zotig in Maul und Feder rinnen, das war noch viel zu wenig. Unsereins hat's schon wesentlich besser, wir sind halt doch ein gewaltiges Stück voraus in der politischen Bildung, denn unsre Schulung haben wir diktatorisch in östlichen Diktaturen bekommen und trotzdem schwant uns nichts Gutes, wenn wir als akademische Rentner einstens von Euch regiert werden. Demokratisch natürlich. Daß der „skolast“ über die Waldgrenze gekommen ist und dort lebensnotwendiges Papier ersetzt, schmeißt uns ungemein, daß sich die gesamte SVP-Jugend damit wischt, entspringt haus eigener Logik... das Papier ist etwas starr und jede unabhängige Tageszeitung wär gescheitert. Des Menschen Wille ist sein Himmelreich. Auch Florian zu heißen, wird langsam gefährlich. Man dankt für die Vorwarnung: heiliger St. Florian beschützt mein Haus, schir andre an! Auch werden sich unsre Studenten mehr pornographischen Dissertationen hingeben müssen, ist auch besser, denn das bisherige ideologische, philosophische, psychologische, hypochondrische Pabulieren in Marxens Bart war schon stroh-trocken. Wir geben's zu. Nur eine letzte Frage, wie wir damit die politischen Hochköpfe der Parteijugend füllen sollen, ist uns wirklich eine akademische Untersuchung wert. Oder nicht?

norbert conrad

4. Soziale Herkunft:

Studienrichtung Beruf des Vaters	Frei- beruf Abs. %	Leit. Ang. Abs. %	Ange- stellter Abs. %	Arbei- ter Abs. %	Bauer Abs. %	Freier Unter- nehmer Abs. %	Hand- werker Abs. %	Pensio- nist Abs. %	Keine Angabe Abs. %
Theologie	0	0	1 5,9	3 17,6	7 41,2	1 5,9	3 17,6	1 5,9	1 5,9
Philosophie	41 12,9	15 4,7	57 17,9	38 11,9	78 24,5	34 10,7	32 10,1	6 1,9	17 5,3
Politwissenschaft	0	1 25,0	0	0	2 50,0	0	1 25,0	0	0
Rechtswissenschaft	19 18,5	12 11,8	17 16,7	14 13,7	19 18,6	11 10,8	5 4,9	3 2,9	2 2,0
Medizin	28 15,9	8 4,5	39 22,2	24 13,6	41 23,3	16 9,1	7 4,0	4 2,3	9 5,1
Veterinärmedizin	3 16,7	0	1 5,6	1 5,6	5 27,8	4 22,2	3 16,7	0	1 5,6
Pharmazie	2 13,3	1 6,7	4 26,7	2 13,3	3 20,0	3 20,0	0	0	0
Naturwissenschaft	6 6,7	4 4,4	12 13,3	13 14,4	23 25,6	13 14,4	8 8,9	3 3,3	8 8,9
Land-Forstwirtschaft	3 9,1	1 3,0	7 21,2	2 6,1	13 39,4	3 9,1	1 3,0	0	3 9,1
Technik	11 7,1	11 7,1	25 16,1	18 11,6	42 27,1	15 9,7	23 14,8	2 1,3	8 5,2
Wirtschaft. Soz. Wiss.	24 14,0	10 5,8	25 14,5	17 9,9	34 19,8	32 18,4	13 7,6	1 0,6	16 9,3
Kunstakademie	7 12,7	3 5,5	5 9,1	5 9,1	16 29,1	5 9,1	9 16,4	0	5 9,1
Päd. Ak. (Magistero)	0	1 12,5	0	1 12,5	3 37,5	0	3 37,5	0	0
Handelsakademie	1 100,0	---	---	---	---	---	---	---	---
Dentistschule	0	0	1 50,0	---	---	---	1 50,0	---	---
Dolmetsch-Übersetzer	---	---	---	---	---	---	2 100,0	---	---

Die Prozentangaben beziehen sich auf den Anteil an den gesamten SH-Mitgliedern einer jeweiligen Studienrichtung.

Beruf des Vaters	Anzahl der Studieren- den	davon weiblich	Prozent weiblich	Prozent gesamt
Freiberufler	145	46	31,7	12,4
Leitender Angestellter	68	24	35,3	5,8
Angestellter	194	48	24,7	16,6
Arbeiter	138	24	17,4	11,8
Bauer	286	68	23,8	24,5
Freier Unternehmer	137	41	29,9	11,7
Handwerker	111	29	26,1	9,5
Pensionist	20	5	25,0	1,7
keine Angabe	70	22	31,4	6,0

In der sozialen Herkunft der Südtiroler Studenten (die SH-Mitglieder sind) zeigt sich mit 24,5 Prozent ein vielleicht unerwartet hoher Anteil der Studenten bäuerlicher Herkunft, obwohl er natürlich nach dem Anteil an der Gesamtbevölkerung (1971 = rund 30 Prozent) noch höher ausfallen müßte.

Auffallend an dieser Statistik ist aber besonders, daß der Anteil der weiblichen Studenten, die Arbeiterkinder sind, mit 17,4 Prozent überaus niedrig liegt; der durchschnittliche Anteil der Studentinnen an den jeweiligen Berufsgruppen beträgt „immerhin“ rund ein Viertel.

Ebenso entschieden unterrepräsentiert sind Arbeiter- und Handwerkerkinder, die zusammen lediglich einen Prozentanteil von 21,3 erreichen.

Wesentlich aussagekräftiger für die Sozialstruktur bzw. inwieweit diese das Studium beeinflusst, ist allerdings die folgende Tabelle, die nach sozialer Herkunft und Studienrichtung gegliedert ist:

Hier ist auf den ersten Blick auffallend, daß etwa die studierenden Bauernkinder, die nur 24,5 Prozent aller Studenten stellen, mit 41,2 den mit Abstand höchsten Anteil der Theologiestudenten stellen, sogar noch mehr als bei der Land- und Forstwirtschaft, wo sie lediglich mit 39,4 Prozent aufscheinen.

5. Gliederung nach dem Inskriptionsjahr an der Universität:

Inskrip. Jahr	Zahl der Inskrip.	(= Prozent) der Gesamt- mitglieder
1956	2	0,2
58	1	0,1
59	2	0,2
60	4	0,3
61	5	0,4
62	7	0,6
63	4	0,3
64	11	0,9
65	9	0,8
66	9	0,8
67	18	1,5
68	28	2,4
69	49	4,2
70	62	5,3
71	118	10,1
72	150	12,8
73	182	15,6
74	175	15,0
75	189	16,2
76	136	11,6
keine Angabe	8	0,7

Diese Aufstellung zeigt, daß der weit- aus größte Teil der SH-Mitglieder (nämlich 81,1 Prozent) seit 1971 inskribiert hat. Seit mehr als 10 Jahren sind lediglich 4,2 Prozent an einer Universi- tät inskribiert.

6. Studienort und Studienrichtung:

Studienort	Studierende	-%
Bologna	59	5,0
Florenz	49	4,2
Mailand	16	1,2
Modena	15	1,3
Padua	59	5,0
Parma	2	0,2
Pavia	1	0,1
Rom	7	0,6
Trient	11	0,9
Triest	1	0,1
Turin	2	0,2
Venedig	3	0,3
Verona	87	7,4
and. ital. Städte	9	0,8
Graz	93	8,0
Innsbruck	442	37,8
Linz a. D.	3	0,3
Salzburg	26	2,2
Wien	240	20,5
Berlin	2	0,2
Bonn	2	0,2
Frankfurt	1	0,1
Heidelberg	1	0,1
Köln	1	0,1
München	26	2,2
Münster	1	0,1
Stuttgart	1	0,1
Tübingen	1	0,1
and. deutsche Städte	7	0,6

(Fortsetzung auf Seite 27)

Aufstellung nach Studienort und Fakultät/Studienrichtung

		Italien gesamt	Bologna	Florenz	Mailand	Modena	Padua	Parma	Pavia	Rom	Trient	Triest	Turin	Venedig	Verona
Theologie	Nr.	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—
	%	5,9	—	—	—	—	—	—	—	5,9	—	—	—	—	—
Philosophie	Nr.	67	11	5	4	—	6	—	—	4	—	1	—	1	35
	%	19,9	3,5	1,6	1,3	—	1,9	—	—	1,3	—	0,3	—	0,3	11,0
Rechtswissensch.	Nr.	70	23	15	—	9	21	—	—	2	—	—	—	—	—
	%	68,6	22,5	14,7	—	8,8	20,6	—	—	2,0	—	—	—	—	—
Politische Wiss.	Nr.	3	—	1	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—
	%	75,0	—	25,0	—	—	50,0	—	—	—	—	—	—	—	—
Medizin	Nr.	15	4	1	1	3	3	2	1	—	—	—	—	—	—
	%	8,6	2,3	0,6	0,6	1,7	1,7	1,1	0,6	—	—	—	—	—	—
Veterinärmedizin	Nr.	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	%	11,1	11,1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Pharmazie	Nr.	9	4	3	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—
	%	60,0	26,7	20,0	—	—	13,3	—	—	—	—	—	—	—	—
Naturwissensch.	Nr.	12	3	3	—	1	5	—	—	—	—	—	—	—	—
	%	13,3	3,3	3,3	—	1,1	5,6	—	—	—	—	—	—	—	—
Land- u. Forstwiss.	Nr.	10	2	1	—	—	7	—	—	—	—	—	—	—	—
	%	33,3	6,1	3,0	—	—	21,2	—	—	—	—	—	—	—	—
Technik	Nr.	20	4	4	2	—	9	—	—	—	—	—	—	1	—
	%	11,9	2,6	2,6	1,3	—	5,8	—	—	—	—	—	—	0,6	—
Wirtsch. u. Sozialwiss.	Nr.	84	5	7	7	2	1	—	—	—	11	—	—	—	51
	%	49,0	2,9	4,1	4,1	1,2	0,6	—	—	6,4	—	—	—	—	29,7
Kunstakademie	Nr.	12	1	9	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
	%	21,8	1,8	16,4	1,8	—	—	—	—	—	—	—	—	1,8	—
Magistero/Päd. Ak.	Nr.	6	—	—	—	—	3	—	—	—	—	—	2	—	1
	%	75,0	—	—	—	—	37,5	—	—	—	—	—	25,0	—	12,5
Handelsakademie	Nr.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	%	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dolm. und Übers.	Nr.	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	%	50,0	—	—	50,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dentistenschule	Nr.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	%	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

		Österreich gesamt	Graz	Innsbruck	Linz/D.	Salzburg	Wien	BRD gesamt	Berlin	Bonn	Frankfurt	Heidelberg	Köln	München	Tübingen
Theologie	Nr.	8	—	4	—	2	2	1	—	—	—	—	—	—	1
	%	47,1	—	23,5	—	11,8	11,8	5,9	—	—	—	—	—	—	5,9
Philosophie	Nr.	232	5	147	—	21	59	15	—	2	—	1	1	11	—
	%	73,2	1,6	46,4	—	6,6	18,6	4,7	—	0,6	—	0,3	0,3	3,5	—
Rechtswissensch.	Nr.	31	1	29	—	—	1	1	—	—	—	—	—	1	—
	%	30,4	1,0	28,4	—	—	1,0	1,0	—	—	—	—	—	1,0	—
Politische Wiss.	Nr.	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—
	%	—	—	—	—	—	—	25,0	—	—	—	—	—	25,0	—
Medizin	Nr.	156	4	120	—	—	32	4	—	—	1	—	—	3	—
	%	85,7	2,3	68,2	—	—	18,2	2,3	—	—	0,6	—	—	1,7	—
Veterinärmedizin	Nr.	16	—	—	—	—	16	—	—	—	—	—	—	—	—
	%	88,9	—	—	—	—	88,9	—	—	—	—	—	—	—	—
Pharmazie	Nr.	6	—	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	%	40,0	—	40,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Naturwissensch.	Nr.	74	6	51	—	—	17	2	—	—	—	—	—	2	—
	%	82,3	6,7	56,7	—	—	18,9	2,2	—	—	—	—	—	2,2	—
Land- u. Forstwiss.	Nr.	22	2	—	—	—	20	—	—	—	—	—	—	—	—
	%	66,7	6,1	—	—	—	60,6	—	—	—	—	—	—	—	—
Technik	Nr.	130	66	29	—	—	35	3	—	—	—	—	—	3	—
	%	83,0	42,6	18,7	—	—	22,6	1,9	—	—	—	—	—	1,9	—
Wirtsch. u. Sozialwiss.	Nr.	84	3	51	—	—	31	3	—	—	—	—	—	2	—
	%	49,4	1,7	29,7	—	—	18,0	1,8	—	—	—	—	—	1,2	—
Kunstakademie	Nr.	39	6	2	3	3	25	3	1	—	—	—	—	2	—
	%	71,0	10,9	3,6	5,5	5,5	45,5	5,4	1,8	—	—	—	—	3,6	—
Magistero/Päd. Ak.	Nr.	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	%	12,5	—	12,5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Handelsakademie	Nr.	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	%	100,0	—	100,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dolm. und Übers.	Nr.	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—
	%	—	—	—	—	—	—	50,0	—	—	—	—	—	—	—
Dentistenschule	Nr.	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	%	100,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Die Prozentzahlen beziehen sich auf die jeweilige Studienrichtung.

ASM fordert Richtigstellung

Studienrichtung	Studierende		= %
	1977	1971	
Theologie	17	91	1,5
Philosophie	318	311	27,2
Rechtswiss.	102	92	8,7
Polit. Wiss.	4	15	0,3
Medizin	176	170	15,1
Veterinärmed.	18	12	1,5
Pharmazie	15	8	1,3
Naturwiss.	90	98	7,7
Land-Forstwiss.	33	25	2,8
Technik	155	142	13,3
Wirtschaft-Soz.	172	154	14,7
Kunstakademie	55	51	4,7
Päd. Ak. Magistero	8	—	0,7
Handelsakademie	1	—	0,1
Dolmetsch-Überset.	2	—	0,2
Dentistenschule	2	—	0,2
Keine Angabe	1	—	0,1

Die Prozentangaben beziehen sich jeweils auf die Gesamtzahl der studierenden SH-Mitglieder.

Die beiden Tabellen bestätigen zum Teil allgemein bekannte Tatsachen: daß mehr als die Hälfte der Südtiroler (SH-Mitglieder) in Innsbruck und Wien (gesamt: 58,3%) studieren; daß in bezug auf Italien die Universitäten Verona, Padua, Bologna und Florenz (insgesamt 21,6% und 72,3% der in Italien studierenden) am stärksten vertreten sind und daß auf die BRD nur ein verschwindend geringer Prozentsatz (3,7) entfällt.

Hinsichtlich der Studienrichtung zeigt sich die klare Vormachtstellung der philosophischen Studienzweige, an denen 27,2 Prozent der SH-Mitglieder studieren.

Die Vergleichszahlen von 1971 sind allerdings nur bedingt heranzuziehen, da in ihnen im Gegensatz zu denen von 1977 nicht ausschließlich SH-Mitglieder erfaßt sind. Es lassen sich aber, abgesehen von der schwindstüchtigen Theologie, kaum größere Veränderungen feststellen.

Die folgende Tabelle soll den Überblick mit einer Aufschlüsselung der Studenten nach Studienorten und -richtungen abschließen.

Ich hoffe nun, mit dieser Zusammenstellung einem allgemeinen Bedürfnis entgegengekommen zu sein und darüberhinaus auch Material und Anregungen für weitere Vergleiche und Schlußfolgerungen zur Verfügung gestellt zu haben.

Wichtigungen und weitergehende Interpretationen sowie Schlußfolgerungen habe ich hier bewußt ausgespart, da sie Gegenstand einer eingehenden Untersuchung und eines Vergleichs mit anderen Zahlenmaterial sein müßten.

(Für die verspätete Fertigstellung übernehme ich allein die „Verantwortung“.)

Quellen: Statistikbögen der SH, Auswertung der Universität Trient, SH-Statistik von 1971 (in: SKOLAST 4/1971), Uni Press (Innsbruck) Nr. 18/1978, Südtirol: 1981.

Die kurze Stellungnahme zum Interview, das die SH mit mir als ASM-Vorsitzenden durchführen wollte, enthält mehrere Unrichtigkeiten und beweist weder Korrektheit noch Takt.

Wenn der SH an einem Interview mit mir soviel lag, wundert es mich, daß lediglich die Sekretärin der SH im ASM-Büro telefonisch anfragte, wann das Interview stattfinden könnte.

Die SH erachtete es als selbstverständlich, daß ich ohne Bedenken dem SKOLAST zur Verfügung stehe.

Es ist aber mein Bestreben, den ASM aus der Politik möglichst herauszuhalten, weil innerhalb des ASM alle Südtiroler Mittelschullehrer Platz finden müssen, gleichgültig ob sie SVP-Wähler oder KPI-Mitglieder sind. Nur durch das bewußte Unterlassen von eindeutigen politischen Stellungnahmen zugunsten einer bestimmten Partei kann eine so heterogene Gruppe, wie es die Mittelschullehrer sind, eine gemeinsame Basis für eine erfolgreiche Tätigkeit zugunsten der Interessengemeinschaft finden. Dies ist eine Haltung, die sicherlich auch für die SH überlegen wäre.

Weil nun das Presseorgan der SH von nicht wenigen ASM-Mitgliedern wegen der politischen Linie, die es vertritt, abgelehnt wird, ist es nicht so selbstverständlich, daß ich das Interview gebe.

Die Unrichtigkeiten in der Stellungnahme liegen darin,

- daß ich zuerst den ASM-Vorstand über die Absicht der SH informieren wollte,
- daß ich aus diesem Grunde das Interview schriftlich durchführen wollte,
- daß ich mich erkundigte, worüber gesprochen werden sollte, weil der Bereich Schule recht umfassend ist und weil der ASM nicht zu allen Fragen Stellung nehmen kann,
- daß hingegen nicht von einem Verhandeln der schriftlichen Fragen die Rede war.

Es wäre in diesem Falle wohl mehr als angebracht gewesen, wenn einer der Pressereferenten der SH persönlich mit mir Kontakt aufgenommen hätte.

Dr. Alois Sparber
ASM-Vorsitzender

Es ist nicht die Art dieser „Schriftleitung“, jeden Leserbrief gleich eine Nachbemerkung anzuhängen. Trotzdem erlauben wir uns, zu einigen Punkten in der Antwort des ASM-Vorsitzenden — die uns direkt angehen — kurz Stellung zu nehmen.

Da ist nun gleich schon ein Ding, das wir gerne ins rechte (ist nicht politisch gemeint!) Licht rücken möchten. Unsere Sekretärin ist nämlich keine „Lediglich“. Sie genießt vielmehr unser volles Vertrauen -- so war's bisher und so wird es weiterhin bleiben. Zur Berichtigung Dr. Sparbers wollen wir daran erinnern, daß die meisten bisher geführten Interviews über unsere Sekretärin in die Wege geleitet worden sind, ohne daß sich die Angesprochenen falsch behandelt gefühlt hätten.

Und nun zur Sache. Die SH „erachtete es als selbstverständlich“, daß der ASM-Vorsitzende „ohne Bedenken“ dem SKOLAST zur Verfügung stehen sollte? Um Himmels willen! Keine Rede! Wir glaubten nur (die Korrektheit kann einem eben auch zum Vorwurf gemacht werden -- wie man sieht), daß der ASM als größte Südtiroler Lehrervereinigung zum Thema „Schule in Südtirol“ korrekterweise angehört werden mußte. Schließlich hatte sich diese Organisation in der letzten Zeit alles andere als „aus der Politik herausgehalten“ und hatte vielmehr zu heißen und wichtigen Fragen der Schulrealität unseres Landes Stellung bezogen: Schulbuchverordnung, Bewertungsbogen, Elternrecht, Supplenten usw. Ein Interview mit Dr. Sparber schien uns in diesem Zusammenhang nicht nur interessant, sondern geradezu obligat zu sein. Es konnte jedoch nicht dazu kommen. Und wir sind gezwungen, unsere Feststellung, daß Dr. Sparber ein Interview gescheut hat und über unsere Fragen verhandeln wollte, zu wiederholen. Dr. Sparber schreibt ja selbst, daß er das Gespräch schriftlich durchführen wollte (obwohl ihm alle möglichen Garantien geboten worden wären) und sich „erkundigte, worüber gesprochen werden sollte, weil... der ASM nicht zu allen Fragen Stellung nehmen kann“. Das heißt man eben nichts anderes, als daß der ASM-Vorsitzende sich die Fragen auswählte, also verhandeln wollte. Und wenn er glaubte, wir wollten ihn zu eindeutigen politischen Stellungnahmen zugunsten einer bestimmten Partei(!) bewegen, dann muß er einfach nicht verstanden haben!

Wir wollen abschließen. Von Unrichtigkeiten in unserer ersten Stellungnahme kann also keine Rede sein, von Taktillosigkeit und Unkorrektheit wohl auch nicht.

Die Redaktion

Antwort an Pallaver

Wenn die Argumente fehlen, nehme man die Satire zu Hilfe. Dies muß sich wohl der „große Vorsitzende“ Pallaver gedacht haben, als er daranging, eine Antwort auf meinen Artikel im SKOLAST 1/1978, Seite 19 zu schreiben. Und auf die Satire versteht er sich vortrefflich. Daß er dabei geschmacklos geworden ist, hat er nicht bemerkt. Der aufmerksame Leser beider Artikel dürfte bemerkt haben, daß man mit Satire nicht überzeugen kann. Auf die wichtigsten Punkte möchte ich hier eingehen.

1. Interessensvertretung der Studenten und gesellschaftspolitisches Engagement des SH-Vorstandes. In den Stipendienangelegenheiten hat der SH-Vorstand einiges geleistet. Im letzten jedoch hat er versagt, wie Udo Diehl, Mitglied des Vorstandes, bei der Vollversammlung in Innsbruck am 22. Mai 1978 zugegeben hat. Das Stipendium wurde viel zu spät ausbezahlt und der Vorstand versäumte es, entsprechende Aktionen zu setzen. Das Engagement bei den Dissertantenbeihilfen besteht darin, die jährlich von der Sparkasse zur Verfügung stehenden zu verteilen. Zusätzliche hat der Vorstand nicht aufgetrieben. In der Kommission für Studientitelanerkennung mag der Vorstand kräftig mitarbeiten, ein Pluspunkt. Aber der Maturantenführer wird mit einem Jahr Verspätung herausgegeben. Daß die Maturantenberatung im Büro nicht zum besten bestellt ist, kann man öfters hören. Wo bleiben da die großen Tätigkeiten für die Interessensvertretung der Studenten? Aber die Initiative zu einem „Manifest des Dissenses“ ergreift man ohne Zögern? Warum gerade in der Vorwahlperiode, wenn man doch ganz unabhängig sein will? Und warum diskutiert man diesen offenen Brief nicht vorher mit den Studenten? Wenn auch in überspitzten Formulierungen einige zutreffende Aussagen gemacht werden, erhebt sich trotzdem die Frage, was der Vorstand bezwecken wollte. Und daß der Vorstand in den eigenen Reihen der SH eine Minderheit ebenso unterdrückt, nur um die Linie aufrechterhalten zu können, werde ich gleich nachweisen.

2. Blockbildungen im Ausschuß. Der Kollege Pallaver führt drei Tätigkeitsbereiche an, in denen auch Mitglieder der Minderheit mitarbeiten, um zu beweisen, daß die Mehrheit nicht nur „kommandieren“ wolle. Schauen wir uns diese Bereiche an. Die Kommission zur Erlangung des passiven Wahlrechtes auf Hochschulebene in Innsbruck wurde vom Vorstand in Innsbruck ins Leben gerufen und kann nicht als Ausschußarbeitsgruppe be-

trachtet werden. Bei der Statutenkommission konnte der Vorstand nicht anders, außer auch die Minderheit zu berücksichtigen. Statuten können ja zum Glück nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit beschlossen werden. Und bei der Vorbereitung der Studientagung kann man wohl mitarbeiten, aber nicht mitentscheiden. Es liegen meinerseits diesbezügliche Erfahrungen von der letzten Studientagung vor. Eine Beteiligung der Minderheit an den Tätigkeiten der SH liegt also nicht vor und somit kann die Blockbildung nicht vermieden werden. Bezeichnend ist allerdings, daß die Diskussion in den Ausschußsitzungen zum größten Teil von den Vertretern der Minderheit bestritten wird. Aber der Vorsitzende scheint es nicht notwendig zu haben, diese zu berücksichtigen, er hat ja eine hauchdünne Mehrheit hinter sich. Das wendet er natürlich auch auf die Vertretung im Jugendring an. Daß die SH wesentlich glaubwürdiger für verschiedene Stellen in Südtirol wäre, wenn auch die Minderheit echt mitarbeiten könnte, scheint Kollege Pallaver nicht zu bedenken.

3. Aufschlußreich ist, worauf der Vorsitzende nicht geantwortet hat. Absichtlich oder konnte er nicht anders? In dem früheren Artikel warf der Kollege Pallaver der sogenannten Minderheit vor, konservativ und parteiabhängig zu sein. Er lieferte in seinem jetzigen Artikel den geforderten Beweis nicht! Also muß die frühere Aussage wohl nicht den Tatsachen entsprechen!

Zichte (zöge — Anm. d. Red.) ich ein Resümee aus einem Jahr Tätigkeit im Ausschuß, muß ich sagen, daß es sich gelohnt hat. Nicht, weil man mitarbeiten und mitbestimmen hätte können, aber weil der Vorstand sich nicht mehr alles erlauben konnte wie in vergangenen Jahren. Zudem konnte gezeigt werden, daß nicht alle Studenten linken Ideologien nachhängen und daß die Studenten immer mehr davon abgehen. Aus diesem Grunde, und um der Interessenvertretung der Studenten willen ist es notwendig, sich in der SH zu engagieren und man wird auch das Vertrauen der Studenten erhalten, um so auch bald die Mehrheit im Ausschuß darstellen zu können.

Robert Hochgruber
Ausschußmitglied

Neuerlich entlarvt?

Zur Entgegnung des Vorsitzenden der Südtiroler Hochschülerschaft, Günther Pallaver an Robert Hochgruber „Entlarvt?“ SKOLAST 2/1978.

Zum obgenannten Artikel möchte ich gerne Stellung nehmen und die Punkte herausstreichen, die am ungereimtesten sind.

— Günther Pallaver behauptet, man münkle hinter vorgestreckter Hand, daß im Sommer 1977 so etliche Studenten aus Bozen nach Innsbruck zur SH-Ausschlußwahl geschleust worden seien, um der Wahl „nachzuhelfen“.

Nun muß ich allerdings fragen, ob man nur mehr Munkelereien verbreiten kann um seinen Gegner zu diffamieren? Ist der Vorsitzende wirklich schon so tief gesunken, daß er nur mehr mit solchen Unterstellungen argumentiert?

— Nun zum Maturantenführer: Auf dem Flugblatt zu den Ausschlußwahlen 1977 in Innsbruck, auf dem unter anderem auch der Name des Vorsitzenden steht, wird den Studenten der neue Maturantenführer für den Herbst 1977 versprochen, gesehen haben wir ihn noch nicht. Wie lange will uns der Vorstand diesen Ladenhüter noch als Beispiel von intensiver „Gewerkschaftsvertretung“ verkaufen? Von rascher und effizienter Serviceleistung ist hier nicht viel zu sehen.

— Der Vorsitzende preist die paritätische Zusammensetzung der Statutenkommission an, verschweigt aber, daß man in diesem Punkt wohl oder übel auch die Meinung der Minderheit berücksichtigen mußte, da eine Statutenänderung im Ausschuß unmöglich ist, ohne die Zwei-Drittel-Mehrheit zu besitzen. Diese Mehrheit hat der Vorsitzende aber bekanntlich nicht.

— Daß die Minderheit im SH-Ausschuß bei der Vorbereitung der Studientagung nicht nach proportionaler Stärke zum Zuge kommt, sondern nach Belieben mitarbeiten kann, wird uns ebenso als leuchtendes Beispiel von Demokratieverständnis präsentiert. Hier geht es eben nur um die Arbeitslust eines jeden Ausschußmitgliedes. An den bestehenden „Machtverhältnissen“ wird dabei nicht im geringsten gerüttelt. Davon sagt uns Pallaver natürlich nichts.

— Was die Problematik des Jugendringes betrifft, muß ich dem Vorsitzenden anerkennen, daß er hier seine Machtpolitik konsequent durchgeführt hat. Von den beiden SH-Vertretern im Jugendring wird der nicht zu übersehenden Minderheit keiner zugestanden. Kompromißbereitschaft ist ein Wort, das im SH-Ausschuß oft sein Recht verloren hat.

— Ähnlich verhält es sich bei den Vorstandsmitgliedern. Wenn der Vorsitzende der SH wirklich so eine Leuchte in Sachen Demokratie wäre, dann hätte er der Minderheit zwei Posten als Vorstandsmitglieder zugestehen müssen. Nur auf diese Weise wäre es möglich, in der SH-Vertretung ein Spiegelbild aller Studenten zu sehen.

Aber ich fürchte, der Vorsitzende wird mit meinen Gedanken ebenso ironisch fertig, wie mit denen des Kollegen Hochgruber. Allerdings lasse ich mich auch gerne eines Besseren belehren. Somit verbleibe ich Ihr

Felmut Schuster
Ausschußmitglied

Duplik an die Kollegen Hochgruber und Schuster

Da die beiden Leserbriefe ziemlich deckungsgleich in ihrer Aussage sind, erlaube ich mir, auf beide zugleich einzugehen.

Maturantenführer (oder „Ladenhüter“):

Sämtliche Unterlagen für die Herausgabe des neuen Maturantenführers sind Anfang Jänner dem zuständigen Landesamt übergeben worden, das freundlicherweise die Kosten übernommen hat. Der Maturantenführer in spe hat also im Landesamt die Lade gehütet und nicht in der SH (übrigens ist er jetzt bereits erschienen).

Schlechte Maturantenberatung im Büro der SH:

Ich habe im Büro oft genug zugehört, wie man aus vielen Maturanten mit Gewalt herausholen muß, was sie eigentlich interessiert, um dann festzustellen, daß sie hauptsächlich einen Garantieschein für den späteren „Traumjob“ möchten. Vom Sekretariat eine Entscheidung über die eigene Berufswahl zu verlangen, geht aber wohl zu weit. Mit konkreten Fragen ist keiner abgewiesen, höchstens an andere Stellen verwiesen worden.

Mitarbeit der Minderheit:

Noch ein Beispiel: Nachdem man sich über das Thema der Studententagung 1978 geeinigt hatte, erging an alle ein Aufruf, sich nach der Ausschusssitzung zusammensetzen, um Arbeitskreise zu bilden und gemeinsam die Arbeit in Angriff zu nehmen. Wo war denn da die Minderheit? Kein Schatten hat sich blicken lassen, aber ausgeschlossen, ja das ist sie!

Zusammensetzung des Vorstandes:

Dies ist wohl die Gretchenfrage für die Opposition. Auch für mich allerdings. Ich habe nämlich nicht das leiseste Interesse, daß gegen alles, was in der SH passiert und was von der SH geplant ist, fünf Minuten später unter den Lauben 9 (Sitz der JG in der SVP) Gegenschachzüge vorbereitet werden können. Dabei bleibt es auch!

Stipendien:

Danke für das ausgesprochene Lob — allerdings mit Einschränkungen, weil das Landesstipendium sehr spät ausbezahlt worden ist und die SH dabei latentlos zugesehen habe. Richtig — wir haben uns durch die wiederholten Versprechungen des Landes immer wieder beruhigen lassen. So hat z. B. Assessor Zelger bei einer Versammlung vor Studenten am 12. April die Zusicherung gegeben, in zehn Tagen seien die Stipendien mehr oder weniger auszahlungsfähig. Ausbezahlt wurden sie dann allerdings Ende Mai, Anfang Juni. Einmal mußte der Rechnungshof die Schuld auf sich nehmen, einmal war ein anderes Hindernis eingetreten. Heuer haben wir den Beleu-

erungen geglaubt, nächstes Jahr werden wir uns — aufgrund der gemachten Erfahrungen — nicht mehr hinhalten lassen. Dann wird man, wenn es angebracht ist, auch zu den „entsprechenden Aktionen“ schreiten.

Konservativ und parteiabhängig:

Die meisten Oppositionellen im SH-Ausschuß und besonders ihre Fraktionssprecher haben ein Parteibuch in der Westentasche. Daß die Junge Generation mit allen Mitteln versucht, die SH zu knacken, kann man in x Berichten des Landesjugendreferenten nachlesen — natürlich nicht so offensichtlich wie im fehlgeschlagenen Putsch des Jahres 1976, sondern auf subtilere Weise mit Parolen wie „autonom, kritisch, parteiunabhängig“ usw. Daß die Junge Generation konservativ ist, stellt nicht einmal Altsenator Friedl Volgger in Frage, und dem schließe ich mich an.

Nachsatz:

Der SH wird von allen Seiten, nicht nur von der Opposition im Ausschuß, der Vorwurf gemacht, sie kümmere sich nicht um die spezifischen Interessen der Studenten, sondern krakele nur noch in der Gegend herum. Diese Aussagen sind verständlich, denn kritische Stimmen hört man eben in unseren Breiten nicht gern und deshalb versucht man, die SH auf eine „stille Arbeit“ einzupendeln. Denn für die Politik sind die Politiker zuständig, für die Kultur die Kulturschaffenden und für die Bildung die Lehrer. Jeder hat seinen Aufgabenbereich, niemand hat über diesen hinauszuschauen und wer es wagt, ist nicht kompetent und verstoßt gegen das sich im Aufbau befindliche Modell der Stünde.

Nach dem Grundsatz „jedem sein Reservat“ wird neben vielen anderen auch der SH ihre Rolle streitig gemacht, sich mit verschiedenen Problemen auseinanderzusetzen. Dies hat auch die Diskussion über den „Offenen Brief“ im Ausschuß deutlich gezeigt. Dabei blieb unklar, ob die Opposition auf den Inhalt nicht einging, weil sie nicht wollte, konnte, durfte oder solches gar bereits verlernt hat; es wurde lediglich in die bewährte Trickkiste zurückgegriffen und versucht, formale Mängel nachzuweisen.

Wie immer ein Schlußwort:

Kollege Hochgruber stellt am Ende seines Briefes fest, daß nicht alle Studenten linken Ideologien nachhängen und daß die Studenten immer mehr davon abgehen. In diesem Zusammenhang möchte ich ganz schlicht auf das Wahlergebnis zum SH-Vorsitzenden 1978/79 hinweisen, welches eine mehr als deutliche Sprache spricht. Aber wahrscheinlich hat man dafür wieder eine Ausrede parat. Die Fußballweltmeisterschaften haben die Kollegen, welche nicht diesen linken Ideologien nachhängen, leider vom Wahlgang abgehalten — Viva el Mundial Argentinal!

Günther Pallaver

Benachteiligte Redakteure

Die „Dolomiten“ erscheint sechsmal in der Woche. An sechs Tagen lesen die Leser da irgendjemandes Meinung, die eben in dieser Zeitung steht. Zu dieser irgendjemandes Meinung dürfen sich die Leser eine eigene Meinung machen und sie der Zeitung schreiben. „Nach Maßgabe des zur Verfügung stehenden Raumes“ (so Chefredakteur Toni Ebner) wird diese Meinung dann auch veröffentlicht. Nun wird dieser nur einmal pro Woche den Lesern zur Verfügung stehende Raum auch noch dadurch beschränkt, daß die Redaktion völlig unauffordert an die Meinung des Lesers noch ihre Meinung anhängt. Das Ganze natürlich kursiv gedruckt und mit Schriftleitung unterschrieben.

Diese Sitte gibt es selbstverständlich nicht nur bei der „Dolomiten“. Aber es gibt auch andere Zeitungen, die den Lesern den ihnen zustehenden Platz unangetastet lassen.

Nun frage ich mich, ob dieser Irgendjemand, dessen Meinung die Zeitung täglich wiedergibt, nicht auch einmal die Redaktion zu Wort kommen lassen könnte. Nicht daß dieser Irgendjemand dazu verpflichtet ist, gewiß nicht. Aber bei der vielen Arbeit, die die Redaktion leistet, steht ihr das auch zu. Man könnte zum Beispiel einmal die Leserbriefe der Leser und ein andermal die Leserbriefe der Redaktion veröffentlichen. Ein ständiges Durcheinander wäre damit vermieden, die Ordnung wieder hergestellt.

Eine eigene Rubrik mit Leserbriefen der Redaktion wäre schon deshalb gerechtfertigt, weil die Redaktion schließlich nicht weniger Rechte haben soll wie die Leser der Zeitung. Denn der Grundsatz, daß der Kunde einer Zeitung auch ihr König sein soll, kann sicher auch übertrieben werden. Obwohl Irgendjemand das einmal einseht.

PS: Die Situation scheint sich zuzuspitzen. Sogar Chefredakteur-filius Michl Ebner wandte sich am 26. April hilfesuchend an seine Hauszeitung, um endlich einmal öffentlich seine Meinung sagen zu dürfen. Und wer kann es ihm verargen, wenn er sich gegenüber dem Redaktionsmitglied Michl Ebner im Hintertreffen wählt, der uns immer in Kommentaren und Sonderberichten seine Meinung sagt.

Pepi Tinkhauser

Die Opfer des Tiroler Widerstandes

Alois Albreider wurde 1926 in Untermais geboren und nach dem Besuch des Vinzenzianums im Sommer 1944 zum Polizeiregiment Schlanders einberufen; nach einem Genesungsurlaub kehrte er nicht mehr zur Truppe zurück, sondern versteckte sich zu Hause. Da die Nazis seinen Eltern Repressalien androhten, stellte er sich dem Bozner Polizeikommando; doch sein verspätetes Einrücken vom Genesungsurlaub wurde ihm als Fahnenflucht ausgelegt: am 23. 2. 1945 stirbt er im KZ Buchenwald an „Magen- und Darmkatarrh“ mit der Häftlingsnummer 85.501.

Als bei einer Bombardierung des Bozner Bahnhofes ein Waggon voller Pantoffeln zertrümmert wurde, nahmen sich Antonioni Lorenz und Perstich Albert — beide aus Kaltern und rund 40 Jahre alt — je ein Paar heraus. Beide wurden von der Gestapo verhaftet und ohne Zielangabe abtransportiert: Antonioni starb im Dezember 1944 im Lager Mosbach-Baden an „Lungenödem“ und Perstich wahrscheinlich zur selben Zeit in Uetken bei Danzig.

Anton Guller aus Gummer im Eggenal (geboren 1927) kehrte nach einem Urlaub nicht mehr zu seiner Einheit, dem Polizeiregiment Brixen zurück, und schloß sich einer Gruppe von Widerstandskämpfern in den Bergen an. Am 1. Mai 1945 rief er den Soldaten auf einem Militärlastwagen „defätistische“ Parolen zu. Er soll daraufhin von diesem Wagen aus erschossen worden sein.

Diese drei Opfer des nationalsozialistischen Regimes in Südtirol mögen anstelle der rund 150 Tiroler stehen, die ihren Widerstand mit dem Leben bezahlen mußten; es sind dies Bauern und Akademiker, junge Rekruten und Pensionisten, KP-Mitglieder ebenso wie Priester und Juden gewesen.

Ihr Leben, ihre Beweggründe und ihr Ende versuchten die Herausgeber (Dr. J. Holzner, P.A. Pinsker SJ, P.J. Reiter SJ, Dr. H. Tschöl) in der Dokumentation „Zeugen des Widerstandes“ (Tyrolia-Verlag, Innsbruck, Wien, München 1977, 112 S., III.) zu rekonstruieren.

Ist bereits die Initiative, eine derartige Dokumentation zu erstellen, zweifellos begrüßenswert, so erstaunt es einem umso mehr, daß diese so brisante Lücke in der Geschichtsschreibung unseres Landes gerade der Tyrolia-Verlag füllen möchte. Doch läßt man sich vom Untertitel („Eine Dokumentation über die Opfer des Nationalsozialismus in Nord-, Ost- und Südtirol von 1938—1945“) und vom Vorwort (von Anton Pelinka verfaßt) nicht zu sehr beeindrucken, erkennt man mit eini-

gem Kritikbewußtsein bald die Mängel des Buches.

Laut Vorwort wollte man mit dieser Dokumentation aufzeigen, daß es auch in Tirol ein aktives Eintreten gegen die Fremdbestimmung des Landes gab, und daß ohne die Kenntnis des Tiroler Widerstandes — wie gering er auch gewesen sein mag — „die Geschichte dieses Landes falsch verstanden werden“ muß.

Aber bereits nach zwei Seiten Einleitung folgt die alphabetische (!) Dokumentation der 147 Opfer des Widerstandes. Sicherlich sind die persönlichen Daten gründlich recherchiert worden, die Beweggründe angeführt und die zitierten Gerichtsurteile ebenso emotional ergreifend wie die Abschiedsbriefe der zum Tode Verurteilten. Doch stellt sich unweigerlich die Frage, ob diese Vorgangsweise verhindert, daß „die Geschichte unseres Landes falsch verstanden“ wird.

Was also in erster Linie fehlt, ist eine ausführliche Einleitung, die in die komplizierte — weil verschwiegene — historische Situation einführt. Wie kam es dazu, daß deutsche und Tiroler Gestapoleute 1943 eine Jagd auf die „Dableiber“ und „Heimattreuen“ machten, so daß „die ersten und eigentlichen Opfer des Nazismus in Südtirol (...) nicht die Italiener (waren), sondern die Südtiroler Italienoptanten“ (C. Gatterer, Im Kampf gegen Rom, Wien 1968, S. 781)? Oder was hat es mit der „Widerstandsgruppe unter Paul Flora in Innsbruck“ (Zeugen des Widerstandes, S. 75) auf sich? So wie diese bleiben unzählige Fragen offen. Diese Phase der Geschichte kann nur verstanden werden, wenn die einzelnen angeführten Opfer in einem historischen Gesamtzusammenhang stünden.

Heißt es im Vorwort, man „erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und Lückenlosigkeit“, so ist dies verständlich. Immerhin ist es ein Fortschritt in der Geschichtsforschung, wenn es den Herausgebern gelang, 38 Opfer des Nationalsozialismus in Südtirol ausfindig zu machen — Gatterer z.B. gibt im oben zitierten Werk ihre Zahl noch mit 21 an. Doch stutzig wird man, wenn man etwa einen Mann wie Manlio Longo vergeblich sucht; Longo war immerhin einer der Aktivsten des Bozner CLN und wurde im Dezember 1944 im Bozner Kerker zu Tode gemartert. Oder warum sind die 10 Toten des 30. April 1945 in Meran nicht erwähnt? (Ethische Gründe dürften allerdings nicht ausschlaggebend gewesen sein, denn es werden einige andere Personen angeführt, die nicht Tiroler waren, aber dort ihr Leben ließen.)

Der weiter oben begonnene Gedanke, daß erst im Gesamtzusammenhang

Aufklärung eine Wirkung erhält, gilt auch in bezug auf die Vollständigkeit. Es wäre angebracht gewesen, nicht nur die getöteten Widerstandskämpfer, sondern auch die Überlebenden zu erfassen; denn auch ihre Entbehrungen trugen zur Errichtung eines freien Tirol bei, und wir schulden ihnen somit Aufmerksamkeit: den „Prominenten“ — wie Friedl Volgger oder Erich Amonn — genau so wie der Widerstandsgruppe um Hans Fgarter im Passierstal und den Geiseln im Lager von Prags und den 40.000 Personen, die durch das Polizeidurchgangslager in Bozen in die KZ geschleust wurden und schließlich den vielen Unbekannten.

Vergiftet man sie, so war es sinnlos, daß „überall auf dem Lande (die) Tiroler Fabnen (wehten)“ (Gatterer, S. 802), als unser Land befreit wurde. Und es scheint in der Tat, daß bald der angebrochene Frühling der großen Hoffnungen“ (Gatterer, S. 802) einen erstarrenden Herbst gewichen ist.

All dies unterstreicht, mit welcher Zaghaftigkeit die Herausgeber die Problematik angehen. Dies beweist aber auch einmal mehr, wie Geschichtsforschung in Tirol betrieben wird.

Denn diese Dokumentation sollte aufzeigen, „daß der Widerstand gegen die mächtigen auch weiterhin seinen Platz im Bewußtsein des Landes hat — in der Vergangenheit wie auch in einer möglichen Zukunft“ —: was ausgeklammert bleibt, ist wie immer, die Gegenwart!

Gunther Waibl

Leserbrief:

Liebe Freunde!

Ihr habt mich also nicht verstanden (siehe SKOLAST 2/78). Das ist nicht schlimm: wichtiger ist oft über eine Sache nachzudenken als sie zu verstehen.

Durch ein paar glückliche Umstände bin ich jedoch in die Lage versetzt worden, einige Barer Formulierungen wie „Kampf des Proletariats“ oder „Klassenkonfrontation“ jetzt zu verstehen. Wie waren doch meine Augen verblendet und mein Herz verstockt, daß ich das bisheinen nicht verstanden habe. Es ist ganz einfach eure Kultursprache. Und ich hatte alles wortwörtlich genommen. Andererseits war es mir nie eingefallen, die Anrufungen der lauretanischen Lilanei wortwörtlich zu nehmen: „Du Turm Davids“, „Du elfenbeinener Turm“, „Du goldenes Haus“, „Du Arche des Bundes“, „Du Morgenstern“ usw.

Die Schuld liegt an mir: ich hätte sollen überall mit gleichem Maße messen.

Wolfgang Raffener

Promotionen

AICHNER Josef, Reischach
 AUSSERRER Theodor, Meran
 BAUMGARTNER Peppi, Klausen
 BERTAGNOLI Arthur, St. Walburg/Ulten
 BRAUN Gottfried, Waidbruck
 BRUNNER MAURER Anna, Niederoltau
 CANALI-HOFFER Barbara, Klausen
 CIMADOM-LETRARI Elda, Brixen
 CLARA Gerhard, Toblach
 CONT Maria Christina, Meran
 CORRADINI Claudio, Bozen
 DALLINGER Reinhard, Bozen
 DANAY Gerdi, Eppan

DAPRA' Brigitte, Schenna
 DELLANTONIO Elio, Meran
 von DELLEMANN Helmut, Bozen
 DELOGGI Irene, Bozen

DIJAR-DONA' Marlene, St. Pauls

von EGEN Alexander, Kalten
 EGGER Erika, Laurein
 ERSCHBAUMER Franz Alois, Welschnofen
 FILIPPI Günther, Bozen
 FISCHALLER Alfred, Lüssen
 FLENGER Albin, Brixen
 FORER Heinrich, Brixen
 FUCHSBRUGGER Franz, Bozen
 GAMPER Herbert, Klausen
 GÖTSCH Edith, Goldrain
 GROSSMANN Walter, Bozen
 GRUBER Elisabeth, Naturns
 GSCHLIESSER Herbert, Sterzing
 GUTWENIGER Rita, Meran
 HASLER Franz, Klausen
 HILPOLD Otto, Meran
 HIRTHALER Margarethe, Bozen
 HOFER Erich, Leiters

Diplom-Ingenieur (Bauwesen) — Graz
 Doktor der Medizin — Innsbruck.
 Doktor der Philosophie (Psychologie) — Innsbruck.
 Doktor der Rechtswissenschaften — Innsbruck.
 Doktor der Medizin — Innsbruck.
 Doktor der Philosophie (Geisteswissenschaftliche Fakultät) — Innsbruck.
 Magister der Naturwissenschaften — Innsbruck.
 Doktor der Modernen Sprachen — Bologna.
 Doktor der Medizin — Innsbruck.
 Doktor der Modernen Sprachen — Verona.
 Doktor der Medizin — Innsbruck.
 Doktor der Philosophie (Biologie) — Innsbruck.
 Doktor der Modernen Sprachen — Padua. Diss.: „Die Schmerzgedanken in der Lyrik von Christine Lavant“.
 Doktor der Kunstgeschichte — Florenz.
 Doktor der Medizin — Innsbruck.
 Doktor der Philosophie (Geisteswissenschaftliche Fakultät) — Innsbruck.
 Doktor der Biologie — Padua.
 Diss.: „Das anthropologische Bild der Länder deutscher Sprache im Mittelalter“.
 Diplom für Landschaftspflege — Technische Universität München. Diplomarbeit: „Ökologische Studie der Bergbauernwirtschaft im Villnößtal (Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fremdenverkehr)“.
 Doktor der Rechtswissenschaften — Innsbruck.
 Doktor der Modernen Sprachen — Verona.
 Doktor der Medizin — Innsbruck.
 Magister der Naturwissenschaften — Innsbruck.
 Doktor der Rechtswissenschaften — Innsbruck.
 Diplom-Tierarzt — Wien.
 Diplom-Tierarzt — Wien.
 Doktor der Medizin — Innsbruck.
 Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften — Innsbruck.
 Doktor der Rechtswissenschaften — Bologna.
 Doktor der Wirtschafts- und Handelswissenschaften — Verona.
 Doktor der Medizin — Innsbruck.
 Doktor der Medizin — Innsbruck.
 Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften — Innsbruck.
 Doktor der Medizin — Innsbruck.
 Doktor der Modernen Sprachen — Bologna.
 Doktor der Medizin — Innsbruck.
 Doktor-Ingenieur (Bauwesen) — Bologna.

südtiroler volkszeitung

erscheint 14tägig

eine alternative, demokratische Information für Südtirol

Die nächste Nummer erscheint am 4. August

ABONNEMENT

Durch Euer Abonnement unterstützt Ihr die freie Meinungsbildung im Lande.

Im Inland kosten 25 Nummern (einschließlich Versand) 7500 Lire
 Im Ausland 15.000 Lire.

Einzahlung: Auf Bank-Kontokorrent Nr. 1884/8, Raiffeisenkasse, Bozen oder Post-Kontokorrent Nr. 14/12166, Trient

Bitte: Namen und Adresse angeben und ab welcher Nummer.

- HOZZI Heinz, Algund
 KASSLATTER Max, Wolkestein
 KHUEN Georg, Bozen
 KIEM Alois, Algund
 KIEM Gertraud, Algund
 KLAMMER Peter, Schabs
 KOFLER Einar, Lana
 KOSTNER Hermann, Corvara
 KURZ Herbert, Laas
 LANZA Georg, Meran
 LEITNER Severin SJ, Pfunders
 LINTNER Horst, Klobenstein
 LINTNER Karl, Unterinn
 LINTNER-HUBER Dorothea, Eppan
 MAYR Christina, Lana
 MAYR Christoph, Bozen
 MAYR Eduard, Obereggen
 MAIR Paula, Oberlaitach/Bozen
- MESSNER Hubert, Villnöß
 MOSER Helmut, Oberolting
 MULSER Martha, Völs
 MUR Macianne, Unterinn
 NEUNHAUSERER Maria, Toblach
 NIEDERWIESER Kurt, Bruneck
 OBERAR/BACHER Paul, Pichl/Gsies
 OBERLECHNER Ernst, Mühlwald
 PATTIS Eva, Bozen
- PERTOLL Josef, Meran
 PES COSTA Arthur, Bruneck
 PEZZI Johann, Mühlbach
 PICKEL Georg, Bozen
 PIRCHER Paul, St. Walburg/Ulten
- PÖDER Annemarie, Lana
 PRUNSTER Alrun, Bozen
- RAHENSTEINER Anton, Klausen
 ROTTENSTEINER Oswald, Klobenstein
 SALTUARI Leopold, Bozen
 SEEBACHER Martina, Kiens
 SOYTARA Robert, Wengen
 SCHEIDLE Clara, Klausen
- SCHREDER Hertha, Terlan
 STPINER Christine, Dorf Tiroi
 STEURER Gerda, Meran
 STÖCKER Nikolaus, Mals
 TEUTSCH Werner, Bozen
- THALER Othmar, Laas
- THUIE Richard, Gargazon
 TINKHAUSER Josef, Bruneck
 TOMSICH Dr. Manuela, Meran
 UNTERFRAUNER Hans, Klausen
 UNTERHOLZNER Gertraud, St. Walburg/Ulten
 UNTERKOFLER Albert, Mühlwald
- UNTERPERFINGER Eva, Meran
 WEISSTEINER Konrad, Vintl
- WALCH Hans, Mühlwald
 WIDMANN Reinhard, Bozen
 ZWISCHENBRUGGER Erna, Bozen
- Doktor der Medizin — Innsbruck.
 Doktor der Medizin — Innsbruck.
 Doktor der Medizin — Innsbruck.
 Doktor der Philosophie (Psychologie) — Wien.
 Doktor der Medizin — Innsbruck.
 Doktor der Rechtswissenschaften — Innsbruck.
 Diplom-Ingenieur (Bauwesen) — Innsbruck.
 Diplom-Ingenieur (Architektur) — Graz.
 Doktor der Philosophie (Mathematik) — Innsbruck.
 Diplom-Ingenieur — Innsbruck.
 Doktor der Theologie — Innsbruck.
 Doktor der Medizin — Wien.
 Doktor der Medizin — Innsbruck.
 Doktor der Philosophie (Geisteswissenschaftliche Fakultät) — Innsbruck.
 Doktor der Philosophie (Geisteswissenschaftliche Fakultät) — Innsbruck.
 Diplom-Ingenieur — Innsbruck.
 Diplom-Ingenieur (Elektrotechnik) — Wien.
 Doktor der Modernen Sprachen — Verona.
 Diss.: „Thomas Mann als Warner und Ermahner — Seine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus.“
 Doktor der Medizin — Innsbruck.
 Doktor der Philosophie (Biologie) — Innsbruck.
 Doktor der Philosophie (Geschichte) — Innsbruck.
 Doktor der Philosophie (Geschichte) — Graz.
 Doktor der Medizin — Innsbruck.
 Doktor der Rechtswissenschaften — Modena.
 Doktor der Philosophie (Botanik) — Innsbruck.
 Doktor der Medizin — Innsbruck.
 Doktor der Philosophie (Psychologie) — Innsbruck. Diss.: „Der Yoga — Ausübung im Westen und im Osten.“
 Doktor der Medizin — Innsbruck.
 Diplom-Ingenieur (Architektur) — Graz.
 Doktor der Literaturwissenschaften — Padua.
 Doktor der Wirtschafts- und Handelswissenschaften — Bocconi Mailand.
 Diplom-Ingenieur (Architektur) — Wien. Diplomarbeit: „Dorfzentrum in der Landgemeinde St. Walburg im Ultental“.
 Doktor der Literaturwissenschaften — Padua.
 Diplom-Soziologin — München. Diplomarbeit: „Arbeit, schöpferische Arbeit und Phantasie. Kritik der psychoanalytischen Kunsttheorie“.
 Doktor der Philosophie (Geschichte) — Innsbruck.
 Diplom-Ingenieur (Architektur) — Graz.
 Doktor der Medizin — Innsbruck.
 Doktor der Medizin — Innsbruck.
 Magister der Theologie — Innsbruck.
 Doktor der Rechtswissenschaften — Rom. Diss.: „Der Konflikt zwischen Italien und Österreich und die Südtirolfrage“.
 Doktor der Medizin — Wien.
 Magister der Philosophie — Innsbruck.
 Doktor der Medizin — Innsbruck.
 Doktor der Rechtswissenschaften — Innsbruck.
 Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Betriebswirtschaft) — Innsbruck.
 Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Betriebswirtschaft) — Innsbruck.
 Doktor der Medizin — Innsbruck.
 Doktor der Philosophie (Mathematik) — Innsbruck
 Doktor der Psychologie — Katholische Universität Mailand.
 Doktor der Philosophie (Mathematik) — Innsbruck.
 Doktor der Medizin — Innsbruck.
 Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Betriebswirtschaft) — Innsbruck.
 Doktor der Modernen Sprachen — Venedig.
 Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Betriebswirtschaft) — Innsbruck.
 Magister der Philosophie (Lehramt für Englisch und Theologie) — Salzburg.
 Doktor der Rechtswissenschaften — Modena.
 Doktor der Modernen Sprachen — Verona.

skolast

Südtiroler Hochschülerzeitchrift

Herausgeber und Verwaltung:
Südtiroler Hochschülerschaft,
39100 Bozen, Waltherhaus, Tel. 24614

Redaktion: KLAUS MENAPACE/GUIDO DENICOLÒ
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: WALTER FILL

Druck: Ferrari Auer, Bozen

Skolast, 4—6 Hefte im Jahr Einzelpreis Lire 700

Abonnement: Italien Lire 3000
Österreich 6S 70
Deutschland DM 10

Italien: Postsparkasse Konto Nr. 14/1177, Bozen

Die Artikel geben die Meinung der Autoren wieder.

Eintragung: Landesgericht Bozen R. St. I/56, Erlaß vom 18. Juni 1956

Spedizione in abbonamento postale - Gruppo IV, 70%
